

SACHSEN

SPD

UNSER SACHSEN **FÜR MORGEN**

**LANDESPARTEITAG
22. & 23. OKTOBER 2016
MESSE CHEMNITZ**

– ANTRAGSBUCH –

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Votum der Antragskommission	Seite
L 01	SPD-Landesvorstand Sachsen Starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat in Sachsen	Leitanträge	Diskussion	6
B01	SPD-Unterbezirk Dresden Schule und Kita zusammendenken – Modellversuch unterstützen	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	Konsensliste	27
B 02	AfA Sachsen Vorbereitungsklassen für junge Geflüchtete an den Berufsschulzentren	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	Konsensliste	29
B03	AfB Sachsen Lehrerversorgung in Sachsen: Qualität trotz Not	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	Diskussion	31
B04	Jusos Sachsen Kultureuro ermöglichen	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	Diskussion	34
B05	Jusos Sachsen GRW-Leistungskurs ermöglichen. Politische Meinungsbildung unterstützen.	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	Diskussion	35
B06	Stadtverband Leipzig Schule weiterentwickeln	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	Erledigt bei Annahme L 01	37
A 01	Jusos Sachsen Bildungsurlaube endlich auch für Sachsen	Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt	Konsensliste	38
A 02	Jusos Sachsen Neuregelung der Rücknahme von Leuchtkörpern und Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema „Recycling von Leuchtkörpern“	Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt	Konsensliste	39

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Votum der Antragskommission	Seite
A 03	SPD-Kreisverband Görlitz SPD-Kreisverband Bautzen ÖPNV/SPNV für Stadt und Land – Grundversorgung für Sachsen sichern	Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt	Diskussion	42
A 04	SPD-Kreisverband Leipzig Öffentlicher Nahverkehr im ländlichen Raum - Unterstützung des Modellvorhabens „Muldentail in Fahrt“ für eine zukunftsfähige Mobilität	Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt	Diskussion	44
A 05	AG 60 plus Sachsen Schnelles Internet auch für den ländlichen Raum	Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt	Erledigt bei Annahme L 01	47
D 01	SPD-Unterbezirk Dresden Jusos Sachsen Stasi-Unterlagenbehörde eigenständig weiterentwickeln	Demokratie und Inneres	Diskussion	48
D 02	Jusos Sachsen Refugees Welcome - auch an sächsischen Hochschulen	Demokratie und Inneres	Diskussion	50
D 03	AG 60 plus Sachsen Verbot des Tragens einer Burka in der Öffentlichkeit	Demokratie und Inneres	Diskussion	51
D 04	SPD-Ortsverein Leipzig- Südwest Feiertag bleibt freier Tag	Demokratie und Inneres	Diskussion	52
D 05	Jusos Sachsen Profit über Sicherheit? Kontrollen an Flughäfen wieder verstaatlichen!	Demokratie und Inneres	Diskussion	53
D 06	AG 60 plus Sachsen Verkleinerung des Sächsischen Landtages	Demokratie und Inneres	Diskussion	55

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Votum der Antragskommission	Seite
S 01	ASF Sachsen KiTa - Betreuungsschlüssel	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Konsensliste	56
S 02	SPD-Kreisverband Leipzig Sozialdemokratische Gesundheitspolitik heißt Bürgerversicherung einführen	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Konsensliste	58
S 03	AfB Sachsen Entwicklung „Strategiepapier zur Gewinnung und Qualifizierung zusätzlicher Fachkräfte für Kindertageseinrichtungen“	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Konsensliste	60
S 04	ASF Sachsen Frauen im Osten ticken anders	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Konsensliste	62
S 05	SPD-Unterbezirk Chemnitz Einführung Wohnungslosenstatistik	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Konsensliste	64
S 06	AG Selbstaktiv Sachsen Stärkung der Obdachlosenarbeit und der sozial- und suchttherapeutischen Angebote in Sachsen	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Konsensliste	65
S 07	Jusos Sachsen Ausbau von barrierefreien Inhalten im MDR	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Konsensliste	66
S 08	SPD-Unterbezirk Dresden Ziele der Pflegereformen in Sachsen sichern – die Bedingungen für Pflegende und Pflegebedürftige gut gestalten	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Diskussion	67

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Votum der Antragskommission	Seite
S 09	SPD-Kreisverband Leipzig Kommunen und Familien entlasten - Kitapauschale an die Realität anpassen	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Diskussion	69
S 10	ASF Sachsen Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Diskussion	71
S 11	SPD-Unterbezirk Chemnitz Beitragsschuldenerlass in der Krankenversicherung	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Diskussion	75
S 12	ASG Sachsen Enquete-Kommission Drogenpolitik	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	Diskussion	76
E 01	SPD-Unterbezirk Dresden Den Brexit zum Neustart machen: Für eine EU des Ausgleichs, der Demokratie und gemeinsamen Verantwortung	Europa und Internationales	Diskussion	77
E 02	SPD-Kreisverband Erzgebirge SPD-Ortsverein Aue-Bad Schlema-Schneeberg Aufhebung der Russland-Sanktionen überdenken	Europa und Internationales	Diskussion	85
P 01	Jusos Sachsen Gelebte Nachhaltigkeit in der SPD	Parteileben	Konsensliste	86
P 02	SPD-Unterbezirk Meißen Wer, wenn nicht wir? Vereinbarkeit von Familie und Politik in der SPD Sachsen	Parteileben	Diskussion	87
P 03	AG Selbstaktiv Sachsen Barrierefreie Dokumente	Parteileben	Diskussion	90

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Votum der Antragskommission	Seite
P 04	AG Selbstaktiv Sachsen MitarbeiterInnen der Landes- und Regionalgeschäftsstellen mit Zertifikat „Leichte Sprache“	Parteilieben	Diskussion	91
P05	ASF Sachsen Aufstellung der sächsischen Liste zu den Bundestagswahlen	Parteilieben	Diskussion	92
P 06	AG Selbstaktiv Sachsen Inklusionsbeauftragte des SPD-Landesparteivorstandes	Parteilieben	Diskussion	93
P07	AG Selbstaktiv Sachsen Umgang mit psychisch erkrankten Genossinnen und Genossen in der SPD Sachsen	Parteilieben	Diskussion	94

Leitanträge

1 **Antrag: L 01**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: SPD-Landesvorstand Sachsen**

7
8 **Thema:**
9 **Starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat in Sach-**
10 **sen**

11
12 **I. Für eine starke demokratische Bürgergesellschaft in einem handlungsfähigen**
13 **Staat**

14
15 Die sächsische SPD steht für einen handlungsfähigen Staat und eine starke demokrati-
16 sche Bürgergesellschaft in Sachsen. Das haben wir in den letzten Jahren immer wieder in
17 Anträgen, Programmen und Reden deutlich gefordert und in Koalitionsverhandlungen ge-
18 gen harten Widerstand und in teils schwierigen Kompromissen durchgesetzt. In der Koali-
19 tion haben wir begonnen, den Staat handlungsfähiger zu machen und die Bürgergesell-
20 schaft zu stärken. Diese Arbeit setzen wir fort. Das ist dringend notwendig: Die Hand-
21 lungsfähigkeit des Staates in Sachsen wurde seit Jahren gefährlich geschwächt und die
22 Bürgerinnen und Bürger wurden in ihrer demokratischen Teilhabe eher ausgebremst statt
23 gefördert.

24
25 Was meinen wir genau damit, wenn wir davon sprechen, den Staat handlungsfähiger zu
26 machen? Wir reduzieren den starken Staat nicht auf die Forderung nach „mehr Polizei“.
27 Ein starker, handlungsfähiger Staat muss die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten,
28 er muss in Infrastruktur investieren können und so stark sein, dass er die gesellschaftli-
29 chen Herausforderungen erkennen und auch langfristig bewältigen kann. Das bedeutet
30 konkret:

- 31
32
- 33 • Ein gutes Bildungssystem, das allen offensteht und Chancengerechtigkeit gewähr-
 - 34 leistet.
 - 35 • Ein gutes und gerechtes Gesundheits-, Pflege- und Rentensystem.
 - 36 • Eine funktionierende und bezahlbare Wasser- und Energieversorgung.
 - 37 • Innere Sicherheit, so dass sich die Menschen möglichst sicher fühlen können.
 - 38 • Eine funktionierende Justiz, in der alle auch ihr gutes Recht erhalten.
 - 39 • Investitionen in Arbeitsplätze, Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft.
 - 40 • Bezahlbarer Wohnraum.
 - 41 • Eine leistungsfähige Infrastruktur von der Straße über die Schiene bis zum Breit-
 - 42 band.
 - 43 • Mobilität und Teilhabe aller Menschen in allen Regionen.

44 Soziale Sicherungssysteme, öffentliche Daseinsvorsorge und innere Sicherheit sind die
45 Basis für ein gutes und sicheres Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger. Ein hand-
46 lungsfähiger Staat kann und will Zukunftsaufgaben anpacken, Arbeitsplätze sichern und
47 Sachsen so auch für künftige Generationen lebenswert machen. Er trägt zu einer besse-

Leitanträge

48 ren wirtschaftlichen Entwicklung mit guten Arbeitsbedingungen bei, auch indem er unge-
49 rechte Lohnentwicklungen wieder ins Lot bringt. Er sorgt dafür, dass es im Land gerecht
50 und sozial zugeht. Er schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht eine echte
51 Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Erfolgreiche Inklusion ist ein Kennzeichen für
52 einen handlungsfähigen Staat. Er denkt an die zukünftigen Generationen, indem er eine
53 Politik der nachhaltigen Entwicklung verfolgt sowie Klimawandel und Ressourcenverknapp-
54 ung als Herausforderungen angeht. Er versucht die Menschen nicht zu belasten, son-
55 dern ihnen Steine aus dem Weg zu räumen. Ein starker Staat – Exekutive wie Legislative
56 – packt Probleme frühzeitig an, entwickelt Lösungen gemeinsam mit seinen Bürgerinnen
57 und Bürgern und arbeitet tatkräftig an ihrer Umsetzung.

58
59 Eine starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat gehören für
60 die SPD untrennbar zusammen. Ein starker Staat ohne eine starke Bürgerschaft droht
61 technokratisch und antidemokratisch zu werden. Er verwaltet an den Menschen vorbei,
62 erklärt nichts und stellt Gewohnheiten selten in Frage. Eine starke demokratische Bürger-
63 gesellschaft bedeutet keine lästige Störung des Verwaltungshandelns. Wir wollen einen
64 Staat, der konstruktiver Kritik souverän begegnet und sie als Gewinn sieht, um Projekte
65 besser, effizienter und effektiver zu gestalten. Parteien haben dabei eine Doppelrolle: Sie
66 handeln sowohl durch Mandate und Positionen in der Regierung oder der Verwaltung. Sie
67 sind aber auch Mitgliederorganisationen, die Interessen und Forderungen von Bevölke-
68 rungsgruppen bündeln und vertreten.

69
70 Eine starke Bürgergesellschaft ist ohne einen handlungsfähigen Staat nicht möglich. Ihr
71 Fehlen gefährdet den sozialen Zusammenhalt. In der Vergangenheit wurde die Stärkung
72 bürgerlichen Engagements oft als Alibi benutzt, um staatliche Strukturen abzubauen. Ei-
73 nen schwachen Staat können sich aber nur Reiche leisten.

74 75 II. Wo steht Sachsen heute?

76
77 Der Staat in Sachsen hat in den letzten 25 Jahren in vielen Bereichen gehandelt. Die Hin-
78 terlassenschaften von 40 Jahren Planwirtschaft – über Jahrzehnte nicht getätigte Investiti-
79 onen, eine zerstörte Umwelt und eine veraltete und teils verfallene Infrastruktur – wurden
80 erfolgreich beseitigt. Kitas und Krippen blieben erhalten und wurden reformiert, die ost-
81 deutschen Renten garantiert und schrittweise angepasst, um nur einige Punkte zu nen-
82 nen. Wir stimmen nicht in den Chor jener ein, die Deutschland und Sachsen kurz vor dem
83 Untergang sehen. Wir haben viele große Herausforderungen der Vergangenheit wie hohe
84 Arbeitslosigkeit oder die Finanzkrise insgesamt gut gelöst. Das bedeutet jedoch nicht,
85 dass es keine Ungerechtigkeiten und Probleme gibt.

86
87 Es war eine Bürgerbewegung, die 1989 mit ihren Forderungen nach Einführung demokra-
88 tischer Institutionen und Rechte den Anstoß zur Friedlichen Revolution gab. In der DDR
89 wurde jede Minderheit misstrauisch beäugt, eine pluralistische Meinungsbildung war ver-
90 boten, Bürgerinitiativen wurden ausspioniert. Es durfte keine demokratische Bürgergesell-
91 schaft geben, weil der Staat alles kontrollieren wollte. Heute ist eine bunte und vielfältige
92 Initiativenlandschaft und Bürgergesellschaft in Sachsen entstanden. In allen gesellschaftli-
93 chen Bereichen – ob Sport, Kultur, Ökologie oder Soziales – engagieren sich Bürgerinnen
94 und Bürger. Zehntausende Sächsinen und Sachsen haben etwa in den letzten Jahren
95 geflüchtete Menschen unterstützt. Doch trotz dieser positiven Entwicklungen ist die säch-
96 sische Bürgergesellschaft nicht so entwickelt, wie sie es sein könnte. Manches Misstrauen

Leitanträge

97 und manche Bevormundung, die wir auch aus DDR-Zeiten kennen, und oftmals allzu
98 große Staatsgläubigkeit scheinen an einigen Stellen wieder einzuziehen.

99

100 Folgende Entwicklungen haben einen handlungsfähigen Staat und die sich entwickelnde
101 demokratische Bürgergesellschaft geschwächt:

102

103 • **Seit 1990 findet in Sachsen ein enormer Strukturwandel statt.** Viele Regionen
104 haben zehntausende Einwohnerinnen und Einwohner verloren, nur die beiden größten
105 Städte haben Menschen hinzugewonnen. Die Steuer- und Finanzkraft der einzelnen
106 sächsischen Kommunen und Regionen ist sehr unterschiedlich. Dies hat
107 Konsequenzen: Die Menschen in strukturschwachen Gebieten spüren, dass sich der
108 Staat zurückzieht und zeitweise nicht mehr handlungsfähig ist, wenn etwa Polizei oder
109 Krankenwagen lange Anfahrtswege haben. Wenn Zug- und Busverbindungen
110 genauso verschwinden wie Arztpraxen, Schulen oder Sparkassen. Eine engagierte
111 Bürgergesellschaft hat es dort schwer, weil der Nachwuchs schnell der Arbeit in
112 strukturstärkere Regionen hinterher zieht. Die von Zuwachs und wirtschaftlichem
113 Aufschwung profitierenden Großstädte stehen auf einmal vor neuen Problemen:
114 steigende Mieten, eine zunehmende soziale Spaltung, überfüllte Schulen und durch
115 den Bauboom verschwindende öffentliche Räume. Wo noch vor Jahren der Abriss von
116 Plattenbauten gefördert wurde, besteht jetzt dringender Bedarf für bezahlbaren
117 Wohnraum. Wo Schulen und Kitas geschlossen wurden, müssen jetzt neue errichtet
118 werden. Nicht zuletzt sind alle Regionen und Städte Sachsens seit 1990 vom
119 wirtschaftlichen Umbau Ostdeutschlands betroffen, der durch die aktuelle, die vierte
120 industrielle Revolution („Digitalisierung“) noch beschleunigt wird.

121

122 • **Die staatliche Handlungsfähigkeit in Sachsen wurde aktiv ausgehöhlt, eine**
123 **demokratische Bürgergesellschaft ausgebremst statt gefördert.** 1990 hat die
124 CDU Sachsen zu einem neoliberalen Versuchsfeld gemacht und behauptet der Markt
125 mache alles besser als der Staat. Es ging nie allein um „weniger Steuern“ oder einen
126 „ausgeglichenen und generationengerechten Haushalt“, wie CDU und FDP
127 behaupteten. Es ging darum, den Staat und die Politik aus Wirtschaft und Gesellschaft
128 zu verdrängen. Politik hatte allein das umzusetzen, was der Wirtschaft nutzte. Starke
129 Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräte wollte man nicht, weil sie als Hindernis
130 galten. Der Staat sollte lediglich für Sicherheit sorgen und Privateigentum schützen.
131 An einer demokratischen Bürgergesellschaft, die sich einmischt, bestand in Sachsen
132 kein Interesse. Auf politische Bildung wurde keinen Wert gelegt. Aus dem Westen
133 übernommene Strukturen und Institutionen wurden bewusst entpolitisiert und
134 entdemokratisiert – und mit ihnen große Teile der gesamten Gesellschaft. In keinem
135 Bundesland setzt politische Bildung an Schulen so spät und mit so wenigen Stunden
136 ein wie in Sachsen.

137

138 Auch die SPD ist in der Vergangenheit zu oft dem **neoliberalen Zeitgeist hinterher-**
139 **gelaufen** oder hat sich ihm ergeben. Und wir haben in dieser Zeit auch **Fehler** ge-
140 **macht. Wir arbeiten hart daran, diese Fehler zu korrigieren.**

141

142 • **Das Vertrauen der Sächsischen und Sachsen in den neuen Staat wurde mehrfach**
143 **erschüttert.** Auf staatliche Einmischung und Marktregulierung wurde schon bei der
144 Deutschen Einheit durch CDU und FDP weitgehend verzichtet. Die Privatisierungen
145 der Treuhand haben in der Regel nicht die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler

Leitanträge

- 146 Unternehmen hergestellt, Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Sie hat
147 stattdessen streng ihrem Privatisierungsauftrag den Markt bereinigt – oft zum Vorteil
148 der westdeutschen Konkurrenz. Häufig wurde nicht entwickelt, sondern abgewickelt.
149 Hinzu kommen manche kriminellen Machenschaften, von denen die meisten ohne
150 strafrechtliche Konsequenz blieben. Auch deshalb wurde die Treuhand zum Symbol
151 eines ungezügelten Kapitalismus. Ostdeutschland hatte das erste neoliberale
152 Desaster weit vor dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers.
153
- 154 • Mit der friedlichen Revolution endete die Diktatur in Ostdeutschland. Dies bedeutete
155 für viele nicht nur das Ende staatlicher Gewaltherrschaft, von Bespitzelung und
156 Willkür. Es bedeutete auch eine **echte Freiheit** von staatlicher Gängelung. Manche
157 konnten endlich studieren, andere die Welt bereisen oder sich beruflich verwirklichen.
158 Viele waren froh, den Mangel der staatlichen Planwirtschaft hinter sich zu lassen.
159 Doch gleichzeitig wurde der Staat in der DDR auch für alles verantwortlich gemacht.
160 **Nun regelte der Staat plötzlich nicht mehr alles. Man war für sein eigenes**
161 **Handeln verantwortlich – und musste auch die Konsequenzen daraus tragen.**
162 **Das musste erst erlernt werden.** Hier scheiterten anfangs viele. Oft entschied der
163 Zufall, manche hatten einfach Pech.
164
 - 165 • Es wurde teilweise verdrängt oder vergessen, dass es in den **Jahren** nach 1990 zu
166 einem **Zerfall staatlicher Kontrolle** kam. Die Beschreibung „wilder Osten“ war nicht
167 zufällig gewählt: Staatliche Kontrolle gab es in der Zeit dieses Umbruchs an vielen
168 Stellen nicht mehr. Für manche ist diese kurze Zeit der ‚Anarchie‘ bis heute ein Leitbild
169 einer demokratischen Bürgergesellschaft und des gesellschaftlichen Aufbruchs. Doch
170 eine Kehrseite dieser Zeit des schwachen Staates war die zügellose und von staatli-
171 cher Seite **kaum gebremste Gewalt von Neonazis** in ostdeutschen Städten und Ge-
172 meinden. Noch deutlicher ließ der Staat nach 1990 viele Ostdeutsche allein, als sie
173 zum Beispiel **mit überteuerten, schrottreifen Gebrauchtwagen und unnützen Ver-**
174 **sicherungen betrogen wurden.** Viele Leute fragten sich damals: Und das soll Demo-
175 kratie sein?
176
 - 177 • **Nicht zuletzt wurde das zarte Pflänzchen demokratischer Beteiligung nach 1990**
178 **bewusst und unbewusst am Wachsen gehindert.** Viele hatten die „Runden Tische“
179 am Ende der DDR als eine basisdemokratische Sternstunde erlebt. Überall wurde
180 über Politik und Demokratie geredet. Doch diese neu entstandene Bürgergesellschaft
181 wurde nach 1990 ignoriert. In der gemeinsamen Verfassungskommission von
182 Bundestag und Bundesrat wurde 1992 von CDU und FDP die Einführung einer
183 Volksgesetzgebung verhindert. In der Folgezeit führten Umbrüche, Enttäuschungen
184 sowie persönliche Anstrengungen, im neuen System eine Existenz aufzubauen, bei
185 vielen in Sachsen (politisch) Aktiven zu einem Rückzug ins Private.
186
 - 187 • **Die Politik der Sachsen-CDU wird seit Jahren von dem mantrahaften Ehrgeiz**
188 **getrieben, sich als Land mit der geringsten Verschuldung zu profilieren.** Dies hat
189 nichts mehr mit solider Finanzpolitik zu tun. „Sparen“ ist kein Selbstzweck. Solide
190 Finanzpolitik verlangt neben zurückhaltenden Staatsausgaben eben auch notwendige
191 Investitionen – gerade dann, wenn sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen und
192 Herausforderungen ändern. Nicht nur bei Justiz, Polizei, Schulen und Hochschulen
193 hatten die Kürzungen nichts mehr mit der augenscheinlichen Alltagsrealität zu tun.
194 Politische Gestaltung und Richtlinienkompetenz wurden und werden bisweilen an das

Leitanträge

195 Finanzministerium und seinen Apparat abgegeben. So entstand vielfach zu Recht der
196 Eindruck, nicht die Realität und erst recht nicht zukünftige Herausforderungen,
197 sondern die Kürzungsziele des Finanzministers bestimmten die Politik des Freistaats.
198

199 **Die Folgen sind heute unübersehbar:** an vielen Stellen bröckelt die Handlungsfähigkeit
200 des Staates. **Sachsen fährt auf Verschleiß:** Bei den Einstellungen von Lehrerinnen und
201 Lehrern wurde jahrelang derart gekürzt, dass der reguläre Schulbetrieb mittlerweile in Ge-
202 fahr ist. Von guter Bildung für alle kann nicht mehr die Rede sein. Junge Lehrerinnen und
203 Lehrer hatten kaum Chancen, eingestellt zu werden, so dass eine gute Mischung von
204 Jung und Alt nicht mehr gegeben ist. In den vergangenen fünf Jahren ist der Kranken-
205 stand unter den Lehrern um 20 Prozent gestiegen. Das gleiche bei der Polizei: Krankmel-
206 dungen und Erschöpfung bei Polizistinnen und Polizisten nahmen erschreckend zu. Der
207 Verschleiß macht sich auch in Teilen unserer Infrastruktur bemerkbar.
208

209 **Das vermeintliche Sparen wird uns teuer zu stehen kommen:** Als SPD machen wir Po-
210 litik für eine gerechtere Gesellschaft. Anderen sind Kürzungen im Haushalt wichtiger als
211 individuelle Schicksale und gesellschaftliche Schief lagen. Ihnen sei gesagt: Was wir heute
212 gerade in Bildung investieren, sparen wir in der Zukunft beim Arbeitslosengeld II ein. Eine
213 Mehrinvestition in Schulsozialarbeit kostet mittelfristig weniger als ein Platz im Jugendknast.
214

215 **Die staatliche Handlungsfähigkeit steht teilweise in Frage:** Das vom
216 Ministerpräsidenten vor Jahren ausgegebene Ziel, die Staatsbediensteten pauschal auf
217 70.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzubauen, war ein großer Fehler. Es wurde nicht
218 ermittelt, welches Personal der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, es wurden
219 einfach überall Stellen gekürzt. Heute haben dies Eltern, Angestellte, Ehrenamtliche,
220 Entscheidungsträger und -trägerinnen auf allen Ebenen, Lehrkräfte, Polizei, die Opfer von
221 Straftaten oder die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auszubaden. Dass der
222 Unterricht durch ausreichend Lehrerinnen und Lehrer gesichert wird, steht durch die
223 Kürzungspolitik der letzten Jahre in Frage. Beim Umgang mit der Flüchtlingssituation
224 sowie mit der Hetze und der Gewalt von ausländischerfeindlichen und rechtsextremen
225 Bewegungen schien der Staat teilweise völlig überfordert. Die Kürzungen bei der Justiz
226 bedrohen die Funktionsfähigkeit unseres Rechtssystems. Der Staat scheint bisweilen
227 auch nicht mehr in der Lage zu sein, auf seinem Territorium vor Übergriffen auf Leib und
228 Leben oder Eigentum zu schützen. Die Neoliberalen haben selbst dem Nachtwächter
229 gekündigt – und wundern sich jetzt, dass das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt
230 wird. Es darf aber nicht sein, dass Sicherheit an manchen Orten privatisiert wird. Die
231 Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen im Notfall schnell geholfen
232 wird und sie vor Straftaten geschützt werden. Extremisten jeder Art sowie
233 Rechtspopulisten versuchen, dieses Vakuum für einen Angriff auf Demokratie und
234 Andersdenkende zu nutzen.
235

236 **Der Sozialstaat wurde immer stärker zum neoliberalen Wettbewerbsstaat:** In
237 Sachsen, wie in anderen Teilen Deutschlands auch, wuchs die Wirtschaft allzu oft auf dem
238 Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In Sachsen gibt es wegen der
239 Niedriglohnpolitik der CDU und der Arbeitgeberverbände besonders viele, die durch die
240 geringen Löhne nach Jahren genauso in der Grundsicherung landen werden wie
241 Arbeitslose, die nie in die staatliche Rentenversicherung einzahlen konnten. In Sachsen
242 gibt es auch keine echte Chancengleichheit: Im sächsischen Schulsystem werden viel zu
243 viele Kinder zurückgelassen. Fast jeder zehnte sächsische Jugendliche verlässt die

Leitanträge

244 Schule ohne Schulabschluss. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der kein Kind
245 zurücklässt. In Förderrichtlinien und staatlichen Programmen spielte die Frage nach fairen
246 Löhnen oder Leiharbeit keine Rolle. Während man sich für die Haushaltspolitik feierte,
247 verschwieg man, dass beispielsweise in der Sozialarbeit oder an Universitäten prekäre
248 Arbeit entstand. Es war in der Folge oft der Staat, der etwa im Sicherheitsgewerbe
249 Standards bei der Auftragsvergabe drückte. Auch staatliche Politik hatte so seinen Anteil
250 an der sächsischen Niedriglohnstrategie. Man hörte im Fernsehen, dass Tariflöhne
251 steigen – die die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen allerdings gar
252 nicht bekommen. Oder man las, dass Steuereinnahmen sprudeln – und zugleich das
253 Schwimmbad um die Ecke geschlossen wurde.
254

255 **Das Vertrauen in Staat und Demokratie sinkt:** Von dieser Entwicklung ist nicht nur
256 Sachsen betroffen. Wir beobachten überall eine soziale Spaltung der Wahlbeteiligung.
257 Überspitzt gesagt: Wer Geld hat, geht wählen, wer wenig Geld hat, hat die Hoffnung in
258 „die Politik“ aufgegeben. Überall ist die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien ge-
259 stiegen, nicht nur im Freistaat. Gleichwohl ist Sachsen eben trauriger Spitzenreiter bei
260 rechtsextremen Vorkommnissen. Die Politik der letzten 25 Jahre hat jene Bewegungen
261 am extrem rechten Rand besonders gedeihen lassen, die den pluralistischen Staat und
262 eine demokratische Bürgergesellschaft in Frage stellen. Viele fordern heute eine „starke
263 Hand, die endlich aufräumt“ und unterstützen das autoritäre Staatsmodell Russlands oder
264 Ungarns. Im ländlichen Raum ist in manchen Gegenden eine rechtsextreme Subkultur
265 entstanden, die demokratische Institutionen des Staates und der Bürgergesellschaft offen
266 angreifen. Nicht minder beobachten wir mit großer Besorgnis die gezielten Angriffe auf un-
267 sere Polizei.
268

269 **Die demokratische Bürgergesellschaft ist zu schwach:** Um den Rückzug des Staates
270 und das bestehende Misstrauen auszugleichen, setzten die Konservativen allein auf
271 Bekenntnisse, Symbole und rückwärtsgewandten Patriotismus, nicht auf eine
272 demokratische Bürgergesellschaft. Eine demokratische (Diskussions-)Kultur ist in
273 Sachsen wenig ausgeprägt, weil Politik und Staat oft von oben herab agieren und
274 Bürgerinnen und Bürger sowie kritische zivilgesellschaftliche Akteure nicht als
275 gleichwertige Partner akzeptieren – und weil es allerorten an politischer Bildung mangelt.
276 Auch die Herkunft mancher Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung aus
277 ehemaligen Blockparteien und konservativen westdeutschen Verwaltungen führte dazu,
278 dass der Staat meist allein von oben gedacht wird. Mit Widerspruch und Bürgerbeteiligung
279 kommt man oft nicht klar. Bürgerbeteiligung scheint häufig nur ein Alibi oder gar eine
280 Showveranstaltung zu sein und wird nicht ernst genommen. Viele schweigen deshalb in
281 der Öffentlichkeit, weil sie Nachteile für ihre berufliche Laufbahn erwarten.
282 Bürgerengagement gegen rechts wird als Linksextremismus oder Nestbeschmutzung
283 wahrgenommen. Zugleich begegnet man immer wieder einer Verwaltung, welche die
284 gebotene politische Neutralität nicht von einer demokratischen Grundhaltung
285 unterscheiden kann. Selbstgefällige lokale Eliten ducken sich weg. Eine kritische
286 Bürgergesellschaft konnte sich kaum entwickeln. Gesellschaftliche Debatten über
287 Demokratie, die Nachwendezeit, über soziale Ungerechtigkeit oder über Werte des
288 Zusammenlebens fanden zu selten statt. Die Folgen sehen wir heute: Vertretern der
289 extremen Rechten gelingt es in Sachsen überproportional oft, Bürgerinnen und Bürger
290 aufzuhetzen. Es ist kein Zufall, dass Pegida in Sachsen entstanden ist.
291

292 **III. Sachsen profitiert von einer starken SPD in der Regierung**

Leitanträge

293

294 Fehler und Verantwortlichkeiten müssen zwar benannt werden – das sind die Spielregeln
295 der Demokratie. Gleichzeitig reicht es aber nicht, zu lamentieren und nur über die Fehler
296 der Vergangenheit zu reden. Ein Ausdruck von Stärke ist es, Kritik anzunehmen und
297 selbstkritisch zu sein, Fehlentwicklungen zu erkennen und sich damit dauernd zu verbesser-
298 n. Wir wollen deshalb in die Zukunft schauen – auch mit Blick auf die Erfahrungen der
299 Vergangenheit, den guten und den schlechten.

300

301 **Wir machen den Staat wieder handlungsfähig**

302

303 Wir können die Fehler der Vergangenheit nicht von heute auf morgen lösen. Aber wir ha-
304 ben einiges erreicht: Das unsinnige Ziel der schwarz-gelben Vorgängerregierung, die Stel-
305 len im öffentlichen Dienst um rund 15.000 auf 70.000 Stellen zu reduzieren, ist vom Tisch.
306 Die Streichung von aktuell noch 2.400 Stellen wurde bis 2020 verschoben. 1.200 Stellen
307 bei Polizei und Justiz bleiben erhalten.

308 Weil in den kommenden Jahren viele Staatsbedienstete in den Ruhestand gehen und der
309 absehbare Personalverlust die Handlungsfähigkeit in den Behörden in Frage gestellt
310 hätte, wollen wir einen „**Personalpool**“ **variabler Stellen** schaffen, um mindestens zwei
311 Jahre vor Ausscheiden von Beschäftigten die Übergabe von vorhandenem Wissen zu ga-
312 rantieren.

313

314 Wir wollen eine Grundsatzdiskussion über notwendige und wichtige Investitionen in Sach-
315 sen führen. Einerseits fordern die Bürgerinnen und Bürger zurecht den verantwortungsvol-
316 len Umgang mit ihren Steuern ein. Sinnlose Großprojekte und grobe Fehlplanungen sind
317 ein Ärgernis und lassen Vertrauen schwinden. Andererseits sehen sie an maroden Stra-
318 ßen, Brücken und Schulen, dass jetzt Geld ausgegeben werden muss.

319

320 Um handlungsfähig zu sein, braucht der Staat entsprechende Strukturen. Die Kürzungs-
321 politik – bis heute von CDU und FDP vertreten – ging zu Lasten eines leistungsfähigen
322 und bürgerfreundlichen öffentlichen Dienstes. Die Kritik an mangelnden Leistungen des
323 öffentlichen Dienstes trifft die Beschäftigten, überträgt sich auf den Staat und mündet in
324 Politikverdrossenheit. Zudem finden Diejenigen Unterstützung, die öffentliche Daseinsvor-
325 sorge privatisieren wollen.

326

327 Der Fachkräftemangel wird auch den Staat in einen bislang ungewohnten Wettbewerb um
328 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwingen. Gute Bezahlung, Motivation, lebensnahe Ar-
329beitsbedingungen und faire Aufstiegschancen sind unabdingbar, um in diesem Wettbe-
330werb zu bestehen.

331

332 Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und das Verhindern ihrer demokratischen
333 Kontrolle widersprechen unserem Ansatz des handlungsfähigen Staates. Es ist gut, dass
334 dieser Prozess weitestgehend beendet ist. Oftmals waren externe Lösungen sogar teurer.
335 Wo es sinnvoll ist, wollen wir alternativ zu staatlichen Strukturen gezielt genossenschaftli-
336 che Organisationsformen fördern.

337

338 Wir wissen natürlich auch, dass der Staat nicht alles lösen kann. So haben etwa die Deind-
339ustrialisierung Sachsens nach der Wiedervereinigung und seine Reindustrialisierung als
340 Werkbank großer westdeutscher und transnationaler Unternehmen dazu geführt, dass
341 dem handlungsfähigen Staat Grenzen gesetzt sind. Unternehmen können heute wählen,

Leitanträge

342 wo sie investieren und welche Standorte sie schließen. Das gibt ihnen eine enorme Ver-
343 handlungsmacht. Trotzdem hat Politik Gestaltungsmacht. Das Klischee, nicht die Politik,
344 sondern die Wirtschaft habe die Macht, stimmt nicht: Auf Bundesebene sind Entscheidun-
345 gen wie die Einführung des Mindestlohns oder das Ende der Atomenergie Beispiele, wie
346 Staat und Politik eingreifen und die Rahmenbedingungen neu justieren können. Die Ar-
347 beitskämpfe in großen transnationalen Unternehmen wie DHL oder Amazon zeigen, wie
348 wichtig starke Gewerkschaften sind, um Unternehmen ihre Grenzen und ihre soziale Ver-
349 antwortung aufzuzeigen. Umgekehrt ist ein handlungsfähiger Staat auch ein Standortfak-
350 tor, der denjenigen Unternehmen hilft, denen Rechtssicherheit, Infrastruktur und gut aus-
351 gebildete Beschäftigte wichtig sind.

352

Wir stärken die demokratische Bürgergesellschaft

354

355 Ohne demokratisches ehrenamtliches Engagement wäre Sachsen ärmer. Wir haben des-
356 halb die Ehrenamtsförderung gestärkt und das Förderprogramm ‚Wir für Sachsen‘ auf 10
357 Millionen Euro jährlich erhöht. In diesem Zuge werden jetzt 80 Euro mehr Aufwandskos-
358 tenpauschale für Ehrenamtliche gezahlt. Gleichzeitig darf eine starke Bürgergesellschaft
359 nicht als Feigenblatt verwendet werden, um Mittel zu beschränken. Ohne Hauptamt geht
360 dem Ehrenamt oftmals die Luft aus. Wir wollen die Demokratie in Sachsen stärken. Als
361 Antwort auf die Zweifel an ihr brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Viele
362 Menschen in Sachsen möchten nicht nur mitreden, sondern die Möglichkeit haben, auf
363 verschiedenen Ebenen wirklich mitzubestimmen, insbesondere über ihre nahe Umge-
364 bung, ihre Gemeinde, ihr Stadtviertel und an ihrem Arbeitsplatz. Daher fordern wir die
365 Ausweitung der Mitbestimmung des Betriebsrates zu Fragen der Aus- und Weiterbildung,
366 der Gleichstellung von Männern und Frauen und dem Einsatz von Leiharbeiterinnen und
367 Leiharbeitern. Weitere Maßnahmen haben wir bereits beim Landesparteitag 2013 mit un-
368 serem Antrag „Demokratieoffensive Sachsen“ beschlossen. Einige davon können wir auch
369 in der Koalition umsetzen. Hier sind allerdings mit unserem Koalitionspartner noch viele
370 dicke Bretter zu bohren.

371

372 Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken. In einem ersten Schritt auf kommunaler
373 Ebene, in einem zweiten auf Landesebene. Wir halten wie viele andere zudem daran fest,
374 die direkte Demokratie in Sachsen zu stärken – denn wir sehen mehr direkte Demokratie
375 als eine Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie, um einen neuen sozialen, demo-
376 kratischen und gesellschaftlichen Konsens zu erzielen. Dringend müssen wir die Quo-
377 rums-Bestimmungen verändern: Bislang werden sie in absoluten Zahlen angegeben. Bei
378 einem Rückgang der Bevölkerungszahl bedeutet das aber, dass es immer schwieriger
379 wird, einen Volksantrag auf die Beine zu stellen. Zudem wollen wir das Quorum insgesamt
380 senken: Auf Landesebene für Volksbegehren auf 5 Prozent der stimmberechtigten Bürge-
381 rinnen und Bürger; für Volksanträge auf 1 Prozent.

382

383 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten spielen nicht die direkte gegen die parla-
384 mentarische Demokratie aus. Hinter manchem Befürworter von direkter Demokratie steckt
385 ein Anti-Demokrat, der Parlamente und Parteien abschaffen und eine autoritäre Herr-
386 schaft errichten will, die sich auf einen vermeintlichen „Volkswillen“ bezieht. Wir wollen
387 hingegen eine echte Verschränkung der direkten Demokratie mit den bestehenden parla-
388 mentarischen Verfahren. Ein Volksantrag soll im Landtag ebenso verbessert werden kön-
389 nen wie jeder Antrag der Regierung oder einer Fraktion. Sämtliche Offenlegungspflichten,
390 die für Parteien gelten, sollen auch für die Initiatoren von Volksentscheiden gelten. Es

Leitanträge

391 muss gutes Informationsmaterial zu den Volksanträgen bereitgestellt werden, damit sich
392 Bürgerinnen und Bürger informieren können. So werden die erfolgreichen parlamentari-
393 schen Diskussions-, Verhandlungs- und Kompromisspotentiale auch bei direktdemokrati-
394 schen Gesetzgebungsverfahren nutzbar – und wir können besser gewährleisten, dass
395 nicht das Einzelinteresse oder die größte Empörung, sondern vor allem das Interesse des
396 Gemeinwohls Gehör findet.

397
398 **Wir brauchen aber nicht nur mehr Partizipation.** Viele Leute haben nicht die Kraft oder
399 das Expertenwissen, sich für ihre eigenen Interessen öffentlich einzusetzen. Ihnen fehlen
400 die Kontakte oder sie trauen sich einfach nicht. Manchen fehlt zudem schlicht das Geld,
401 damit Anwaltskanzleien oder Rechtsschutzversicherungen für ihre Interessen streiten
402 können. Für diese Menschen brauchen wir Expertinnen und Experten, die sich im Stadt-
403 und Ortsteil um konkrete Probleme von Menschen in den sächsischen Gemeinden und
404 Städten kümmern. Wir wollen eine finanzielle Unterstützung der Kommunen für solche
405 „**Kümmerer**“, die zusammen mit Quartiersmanagement, Streetwork und Bürgerpolizei
406 zusammenarbeiten sollen. Auch diese Strukturen müssen ausgebaut werden, um eine
407 Gemeinschaft im Stadtteil oder in der Gemeinde zu stärken. Weil solche „Kümmerer“ Ver-
408 trauen brauchen, müssen solche Programme langfristig angelegt sein.

409
410 Einiges wurde bereits auf den Weg gebracht. Wir finden es gut, dass Wohnungsgenos-
411 senschaften damit beginnen, „Kümmerer-Strukturen“ aufzubauen, weil ihre Mieterinnen
412 und Mieter immer älter werden oder weil sie die Bedarfe in ihrem Wohnumfeld erkannt ha-
413 ben. Menschen mit Behinderung und ältere Menschen wollen und sollen so lange wie
414 möglich selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden wohnen können. „Kümmerer“-Struk-
415 turen könnten dies zum Beispiel zusammen mit Pflegediensten ermöglichen.

416
417 Wir wollen die demokratische Kultur in Sachsen insgesamt stärken. Nur in solcher
418 Umgebung kann eine demokratische Bürgergesellschaft gedeihen. Hier spielen die öffent-
419 lichen Verwaltungen und der öffentliche Dienst eine wichtige Rolle. Wir werden Vor-
420 schläge für die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes vorlegen, die aber erst in
421 der nächsten Wahlperiode vonstattengehen wird. Doch es geht auch um einen anderen
422 Umgang, sowohl innerhalb der Behörden wie auch zwischen Verwaltung und Bürger-
423 schaft. Staatliche Akteure müssen Bürgerinnen und Bürgern mehr erklären. Bürgerbeteili-
424 gung muss ernst genommen und als Gewinn gesehen werden. Inklusion muss vorange-
425 trieben werden. Wir wollen, dass sich Verwaltungsstrukturen mit diesem Thema beschäfti-
426 gen und Möglichkeiten der Verbesserung vorlegen.

427
428 Verwaltung und Politik müssen zivilgesellschaftlich Engagierten auf Augenhöhe begeg-
429 nen. Gleichzeitig ist das Bemühen um eine bessere demokratische Kultur keine Einbahn-
430 straße: Manche Bürgerinnen und Bürger müssen ihre empörte und wütend aggressive
431 Haltung gegenüber „*denen da oben*“ ablegen. Einige zivilgesellschaftliche Akteure sollten
432 ihren tiefsitzenden Argwohn gegenüber Staat, Politik und Parteien überdenken. Wir wen-
433 den uns gegen das überzogene Misstrauen gegenüber jedem Handeln von Verwaltung
434 und Staat. Wir wenden uns gegen alle Reichsbürgerinnen und Reichsbürger, gegen Ver-
435 schwörungstheorien, gegen jede Art von Populismus sowie gegen jene, die mit Gewalt
436 gegen staatliche Institutionen und deren Repräsentantinnen und Repräsentanten vorge-
437 hen.

438

Leitanträge

439 Weil wir zunehmend Angriffe auf unser demokratisches Zusammenleben wahrnehmen,
440 muss sich unser Rechtsstaat diesen Fragen besonders widmen. Wir haben eine wehr-
441 hafte Demokratie, die rechtsextreme Vorfälle nicht unter den Teppich kehrt, sondern straf-
442 rechtlich verfolgen soll. Der Staat kann die Demokratie aber nicht allein schützen. Er
443 braucht dafür seine Bürgerinnen und Bürger, die er fördern muss, statt sie zu gängeln. In
444 einem ersten Schritt haben wir die Extremismusklausel abgeschafft, die mit einem Pau-
445 schalverdacht Misstrauen gegenüber Demokratie-Initiativen zum Ausdruck brachte. Wir
446 haben in einem zweiten Schritt die Mittel des Programms „Weltoffenes Sachsen“ auf fünf
447 Millionen Euro erhöht und wollen sie im nächsten Doppelhaushalt weiter anheben. In ei-
448 nem dritten Schritt wollen wir bürokratische Hürden abbauen, um Initiativen und Projekten
449 den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern. Unser Ziel ist eine ganzheitliche Strategie ge-
450 gen Menschenfeindlichkeit, gegen Extremismus, für Demokratie und gegen Rassismus,
451 verantwortet in einem Ministerium und damit mit einer Förderung aus einer Hand.
452

Wir wollen unser Schulsystem langfristig sichern

453
454
455 Es zeugt sicher von Engagement, wenn Eltern die Wände in den Klassenzimmern in Ei-
456 genleistung streichen. Für uns ist dies jedoch Aufgabe des Staates. Auch deshalb muss
457 das Kooperationsverbot aufgehoben werden. Nur so wird der Bund langfristig mitinvestie-
458 ren können, um zum Beispiel Bildungsinfrastruktur zu schaffen oder sie zu sanieren. Es ist
459 ein Zeichen eines handlungsfähigen Staates, wenn Schulen und Kindereinrichtungen in
460 einem modernen Zustand sind. Das Engagement der Eltern ist in mehr Mitbestimmung o-
461 der der Arbeit mit Kindern viel besser aufgehoben.
462

463 Auf Druck der SPD und mancher Fachpolitiker unseres Koalitionspartners sind wir der Si-
464 cherung des Schulsystems in Sachsen gegen heftigen Widerstand aus den Reihen der
465 CDU nähergekommen. Lehrkräfte werden nun endlich unbefristet eingestellt. Die Ausbil-
466 dungskapazitäten an den Universitäten haben wir mehr als verdoppelt. Die Zahl der Stel-
467 len im Vorbereitungsdienst haben wir deutlich erhöht. Wir haben den Stellenabbau aufge-
468 hoben und dafür gesorgt, dass nicht nur jede freiwerdende Stelle wiederbesetzt werden
469 kann, sondern darüber hinaus mehr als 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das
470 reicht jedoch nicht aus. Mögliche weitere Schritte sind:

- 471
- 472 • Wir gestalten das Arbeiten für Lehrkräfte nach dem 63. Lebensjahr so, dass es
473 attraktiver ist als eine vorzeitige Rente mit Abschlägen. Dafür gibt es verschiedene
474 Möglichkeiten: Anrechnungsstunden, Altersteilzeit oder Ein-Fach-Einsätze.
 - 475 • Um junge Lehrkräfte zu gewinnen, braucht es eine klare und verbindliche
476 Perspektive zur gleichen Bezahlung in allen Schularten – dies macht auch das
477 Grund- und Oberschullehramt attraktiver.
 - 478 • Der Freistaat muss in einem hart umkämpften Markt als attraktiver Arbeitgeber auf-
479 treten. Dazu sollen die Bildungsagenturen um jede Bewerberin und jeden Bewerber
480 kämpfen und alle Register ziehen, um junge Menschen zu gewinnen. Am Ende rei-
481 chen finanzielle Anreize allein nicht. Junge Menschen müssen auch sehen, dass
482 sie in Sachsens Schulen eigene Ideen umsetzen und ihre Bildungsvorstellungen
483 verwirklichen können. Dafür brauchen sächsische Schulen Freiheit und Eigenver-
484 antwortung – und eine Kultur, in der Innovation, Engagement und Kreativität wert-
485 geschätzt und gefördert werden.
 - 486 • Wir müssen Maßnahmen ergreifen, die erst längerfristig Wirkung zeigen werden –
487 aber dafür nicht nur das Personalproblem lösen helfen, sondern noch viel mehr

Leitanträge

488 schaffen: Nämlich die Qualität unseres Bildungssystems verbessern. Hier gehören
489 die Modernisierung unserer Lehrpläne und die Umgestaltung der
490 Lehramtsprüfungsordnungen samt Lehramtsstudium unbedingt dazu.

491

492 Den Beteiligungsprozess beim Schulgesetz haben wir sehr begrüßt. Das CDU-geführte
493 Kultusministerium hat die Ergebnisse des Prozesses aber kaum berücksichtigt. Die SPD-
494 Fraktion im Sächsischen Landtag bringt deshalb die Interessen der Bürgerinnen und Bür-
495 ger in die parlamentarischen Verhandlungen ein.

496

497 Für die SPD gehören zu einem starken Staat auch starke Schulen. Wir wollen ihnen mehr
498 Freiheit geben. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung an den Schulen stärken. Wir
499 haben die Konsequenzen aus dem Gerichtsurteil zu den Freien Schulen gezogen. Diese
500 sind jetzt mit den staatlichen Schulen weitestgehend gleichgestellt und entsprechend mit
501 finanziellen Mitteln ausgestattet.

502 **Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat stärken**

503

504 Ein handlungsfähiger Staat ist nicht nur für die Leistungsfähigen und Eigenverantwortli-
505 chen da. Der vorsorgende Sozialstaat bekämpft Armut, eröffnet den Menschen gleiche
506 Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben, gewährleistet gerechte Teilhabe und sichert die
507 großen Lebensrisiken verlässlich ab. Daher sind ein gerechtes Bildungssystem oder die
508 Familienhilfe genauso wichtig wie Armut zu verhindern. Eine starke demokratische Bür-
509 gergesellschaft unterstützt diese Bemühungen. Sie ist aber nicht der Notnagel für einen
510 Staat, der sich zurückzieht. Wenn wir mehr Menschen eine Chance geben, für sich selbst
511 zu sorgen und ihre Talente voll zu entwickeln, gibt es weniger Menschen, die auf Sozial-
512 leistungen angewiesen und vom Staat abhängig sind. Wir stärken die Strukturen des vor-
513 sorgenden Sozialstaats. Schulden-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung, die Schwange-
514 renberatung und die Beratung bei häuslicher Gewalt sind endlich stabilisiert und mit mehr
515 Mitteln ausgestattet. Im Bereich der Drogen- und Suchthilfe konnten die Mittel für die
516 Suchtbehandlungs- und Beratungsstellen erhöht werden. Nun muss das Geld noch dort
517 ankommen, wo es gebraucht wird. Wir überarbeiten deshalb die Förderrichtlinien.

518

519 Wir haben endlich den Paradigmenwechsel in der Wohnraumförderung geschafft. Nach
520 über 10 Jahren führen wir wieder eine Zuschussförderung für den sozialen Wohnungsbau
521 im Bereich Neubau und Sanierung ein. Dadurch können wir bezahlbaren Wohnraum er-
522 halten und neuen schaffen. Das ist von zentraler Bedeutung, wenn wir in unseren Groß-
523 städten nicht weiter der zunehmenden sozialen Spaltung zusehen wollen. Denn es ist
524 wichtig, dass Stadtviertel sozial durchmischt sind.

525

526 Es ist eine Katastrophe, dass immer noch viele Kinder ohne Abschluss Sachsens Schulen
527 verlassen. Die soziale Herkunft hat einen großen Einfluss auf die Schulkarriere in Sach-
528 sen. In Sachsen erhalten etwa 47 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der vierten
529 Klasse eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium. Laut Dresdner Bildungsbericht er-
530 halten aber etwa in Dresdens „besseren“ Vorzeigevierteln rund 70 Prozent eine Bildungs-
531 empfehlung fürs Gymnasium, in den sogenannten „Problemstadtteilen“ hingegen nur rund
532 39 Prozent. Ein handlungsfähiger Staat muss Bedingungen dafür schaffen, die Aufstiegs-
533 versprechen für junge Menschen auch wirklich möglich machen. Er sollte auch eine aktive
534 Bürgergesellschaft anstoßen, ihm dabei zu helfen, etwa über Paten-Modelle.

535

Leitanträge

536 Als erste Maßnahme wollen wir die Schulsozialarbeit mit mindestens 15 Millionen Euro im
537 Jahr finanzieren. Dabei ist uns wichtig, dass die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie am
538 dringendsten gebraucht werden – in schwierigen Stadtteilen und für Schulen mit Kindern
539 aus Familien mit niedrigen Einkommen. Darüber hinaus werden wir 31 Kindertagesein-
540 richtungen als Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. Mehr als dieses Modellprojekt war
541 mit der CDU nicht zu machen. Das Ziel der SPD bleibt es, weitere Kindertagesstätten zu
542 solchen Eltern-Kind-Zentren auszubauen. Wir werden darauf achten, wie und wo die Maß-
543 nahmen erfolgen, damit sie auch dort greifen werden, wo sie wirklich benötigt werden.
544

545 Um auch langfristig lebenslanges Lernen und Bildungsaufstieg zu ermöglichen, müssen
546 wir flächendeckend Weiterbildung anbieten. Hierfür wollen wir auch das Recht auf Weiter-
547 bildung in Verbindung mit beruflichen Freistellungsmöglichkeiten gesetzlich verankern.
548 Um junge Menschen bei der Berufswahl zu unterstützen, werden wir die Berufs- und Stu-
549 dienorientierung gemeinsam mit Wirtschaft, Schulen und Hochschulen weiter verbessern,
550 auch durch den Aufbau von *Jugendberufsagenturen*. Wir machen es uns zur Aufgabe, die
551 Quote der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche zu senken und die Vermittlungsbe-
552 mühungen zu intensivieren.
553

554 Wir bleiben dabei, dass unsere Kinder in Sachsens Schulen länger gemeinsam lernen
555 dürfen – viele Eltern, die Wirtschaft und Engagierte haben uns im Bürgerbeteiligungspro-
556 zess der letzten Monate bei dieser Forderung unterstützt. Wir würden damit auch verhin-
557 dern, dass sich der Staat im ländlichen Raum weiter zurückzieht – Schulen können so er-
558 halten bleiben.
559

Ein starker Staat sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit

560 Wir glauben nicht daran, dass der Markt allein für soziale Gerechtigkeit sorgt. Die neoli-
561 berale Politik der letzten Jahre hat dafür gesorgt, dass die Spaltung zwischen Arm und
562 Reich enorm zugenommen hat – auch in Sachsen, aber vor allem zwischen Ost und
563 West. Ein starker Staat sorgt dafür, dass Gesellschaften nicht auseinanderdriften. Chan-
564 cengleichheit zeigt sich besonders daran, wie der Staat mit den Kindern, Jugendlichen,
565 Rentnerinnen und Rentnern sowie Menschen mit Behinderung umgeht und ihnen gesell-
566 schaftliche Teilhabe ermöglicht.
567
568
569

570 Die Menschen müssen überzeugt sein, dass sich Leistung lohnt. Wenn unterschiedliche
571 Löhne für gleiche Jobs gezahlt werden, wird diese Überzeugung erschüttert. Oder wenn
572 es auf dem Konto einen Unterschied macht, ob Menschen verheiratet sind oder ohne
573 Trauschein zusammenleben. Ungleichheit zwischen Stammebelegschaft, Leiharbeiterinnen
574 und Leiharbeitern, Unterschiede in der Bezahlung von Frauen und Männern sind unge-
575 gerecht. Von den meisten dieser Ungerechtigkeiten sind wir Sachsen besonders betroffen.
576 Wir fordern daher auf Bundesebene eine echte Solidarrente, weitere Maßnahmen gegen
577 prekäre Arbeit sowie die Einführung einer Kapitalertragssteuer und einer Kindergrunds-
578 cherung. Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Volkssolidarität und weitere Sozialverbände
579 sind dabei ein zentraler Teil einer demokratischen Bürgergesellschaft, um diese Ziele zu
580 unterstützen.
581

582 Heute gibt es aufgrund des Fachkräftemangels zunehmend Arbeitnehmerinnen und Ar-
583 beitnehmer, deren Berufe stark nachgefragt werden und deren Verhandlungsmacht
584 dadurch steigt. Gerade bei jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beobachtet

Leitanträge

585 man ein Ende der „ostdeutschen Bescheidenheit“. Es gibt aber weiterhin viele Bereiche, in
586 denen sie jedes Lohnangebot eines Unternehmens akzeptieren müssen. Daher ist es rich-
587 tig, dass der Staat regulierend eingegriffen und den Mindestlohn eingeführt hat. Dass der
588 Widerstand, auch der sächsischen CDU, gegen den Mindestlohn gescheitert ist, ist ein
589 Segen für die Beschäftigten aber auch den Wirtschaftsstandort Sachsen.

590 Gleichzeitig haben wir uns auf den Weg gemacht, die sächsische Niedriglohn-Strategie zu
591 beenden. Wir wollen alle Förderrichtlinien in unseren Bereichen überarbeiten: Ziel ist es
592 zum einen, bürokratische Hürden abzubauen. Zum anderen wollen wir verhindern, dass
593 staatliche Förderung zur Bildung prekärer Arbeit führt oder diese erhält – sei es an Univer-
594 sitäten, in der sozialen Arbeit oder in Unternehmen, die durch Fördermittel unterstützt wer-
595 den. Eine Politik wie in der Vergangenheit, die unter dem Vorwand der Schuldentilgung
596 Sozial- und Bildungsabbau sowie Lohndumping im öffentlichen Dienst und bei öffentlichen
597 Aufträgen betrieb, darf es nicht mehr geben. Wir wollen faire und glaubwürdige Lösungen.
598

599 Zudem werben wir weiterhin für Tarifverträge. Im Rahmen der Umsetzung neuer europa-
600 rechtlicher Vorschriften prüfen wir aktuell auch, welche Instrumente am besten geeignet
601 sind, Tarifbindung und die Anwendung sozialer und ökologischer Kriterien auch im sächsi-
602 schen Vergabegesetz zu stärken. Wir sehen große Chancen, im Rahmen der Anpassung
603 des sächsischen Gesetzes an Europarecht, fairere Bedingungen für unsere Unternehmen
604 und die Arbeitnehmerschaft zu erreichen. An den Hochschulen haben wir zusammen mit
605 den Personalräten zum ersten Mal einen verbindlichen Rahmen für befristete Beschäfti-
606 gung geschaffen – diesen werden wir in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Auch
607 hier zeigt sich, dass unter dem Kürzungskurs der CDU vor allem die Mitarbeiterinnen und
608 Mitarbeiter zu leiden hatten, denen immer kürzere Zeitverträge angeboten wurden – bis-
609 weilen zwischen einem und sechs Monaten. Studentische Hilfskräfte müssen nunmehr
610 mindestens drei Monate, wissenschaftliche Hilfskräfte mindestens sechs Monate ange-
611 stellt werden. Lehrkräfte für besondere Aufgaben sollen demnach künftig unbefristet ver-
612 pflichtet werden. Die Hochschulen haben zugesagt, die Vertragslaufzeiten stärker an der
613 Projektdauer zu orientieren.
614

615 Trotz guter Arbeitsmarktentwicklung gibt es auch in Sachsen aber immer noch zu viele
616 Menschen, die schon lange keinen Job finden. Auch um die muss sich ein handlungsfähi-
617 ger Staat kümmern. Deshalb wird es erstmalig ein Landesarbeitsmarktprogramm für die
618 Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit geben - ausgestattet mit jährlich 13 Millionen
619 Euro bis 2020.
620

Wir wollen den Menschen das Leben einfacher machen

621
622 Die Menschen erwarten zu Recht, **dass staatliche Politik dafür sorgt, ihr eigenes Le-
623 ben oder das Leben ihrer Kinder lebenswerter zu machen** – durch bessere Schulen,
624 durch bessere Kindergärten, durch eine saubere Umwelt und auch durch Hilfe für diejeni-
625 gen, die krank oder pflegebedürftig sind. Politik und Verwaltung sind zwar kein Liefer-
626 dienst. Gleichwohl muss die Verwaltung sich stärker als Dienstleister für Bürgerinnen und
627 Bürger verstehen. Dort wo der Staat erfahrbar wird, vor Ort in den Kommunen – im Bür-
628 geramt, an der Bushaltestelle, in der Kita oder im Schwimmbad – dort schauen die Men-
629 schen genau hin. Hier entwickeln sie ein Gespür dafür, was mit ihren Steuern passiert und
630 ob der Staat ausreichend Geld für *ihre* Bedürfnisse zur Verfügung stellt. Kommunen ha-
631 ben einen großen Einfluss für das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und
632

Leitanträge

633 Staat. Hier entwickelt sich Vertrauen oder Misstrauen, hier entsteht das Gefühl von Ge-
634 rechtigkeit oder Ungerechtigkeit.

635

636 Von einem handlungsfähigen Staat erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass **er Fami-**
637 **lien in jeder Lebenslage dabei unterstützt, den Lebensentwurf umzusetzen, der ih-**
638 **rer Situation und ihren Bedürfnissen entspricht.** Deshalb haben wir etwa im letzten
639 Doppelhaushalt die Mittel und Strukturen für **Pflegebedürftige** und Demenzkranke ge-
640 stärkt. Nun gibt es u.a. in jedem Landkreis eine Pflegekoordination, um die Unterstützung
641 der Familien vor Ort zu verbessern. Zudem werden wir in einem ersten Schritt den **Be-**
642 **treuungsschlüssel** in dieser Legislaturperiode schrittweise in Kindergärten auf 1:12 und
643 in Kinderkrippen auf 1:5 senken. Wir halten an unserer Forderung fest, den Betreuungs-
644 schlüssel weiter zu verbessern - in den Krippen auf 1:4, im Kindergarten auf 1:10 und im
645 Hort auf 1:16. Dagegen hat sich die CDU in den Koalitionsverhandlungen leider gesperrt.
646 Wir wollen Modelle erarbeiten, mit denen wir flexible Öffnungszeiten in staatlichen Kinder-
647 betreuungseinrichtungen einführen, um damit eine bessere Vereinbarkeit von Familien-
648 und Arbeitsleben zu erreichen.

649

650 Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass sie schnell und einfach zur Arbeit, zu Verwandten,
651 Freundinnen und Freunden oder Freizeitangeboten fahren können. Für Menschen mit Be-
652 hinderung und Menschen im höheren Alter ist eine barrierefreie Mobilität Voraussetzung,
653 sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können. Deshalb sichern wir eine **leis-**
654 **tungsfähige Straßeninfrastruktur** und stärken den **öffentlichen Nahverkehr**. Es war
655 wichtig, dass im letzten Doppelhaushalt das erste Mal größere Mittel eingestellt wurden,
656 um unsere Straßen und Brücken in Sachsen zu sanieren („Erhalt vor Neubau“). Diesen
657 Weg setzen wir fort. Unser Schwerpunkt liegt auf dem kommunalen Straßen- und Brü-
658 ckenbau. Auch sächsische Unternehmen benötigen eine Verkehrsinfrastruktur, die ihre in-
659 ternationale Wettbewerbsfähigkeit erhält. Sie profitieren von leistungsfähigen und moder-
660 nen Verkehrswegen. Zusätzlich fördern wir wirtschaftsnahe Infrastruktur über Mittel aus
661 der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW).

662

663 Wir wollen Mobilität für alle gewährleisten und bezahlbar halten. Wir setzen uns dafür ein,
664 dass die Fernverkehrsangebote von und nach Sachsen ausgebaut werden. Die Bahnstrec-
665 ken Chemnitz-Leipzig, Dresden-Görlitz sowie Dresden-Prag müssen im Bundesver-
666 kehrswegeplan einen klaren Status erhalten, damit es mit Planung und Ausbau voran-
667 geht. Für den Nahverkehr erhöhen wir jährlich die Zuwendungen an die ÖPNV-Zweckver-
668 bände und geben ihnen langfristige Planungssicherheit. Schließlich schaffen wir die Be-
669 dingungen für ein Bildungsticket in Sachsen.

670

671 Eine sozialdemokratische Mobilitätspolitik hat bei all ihren Vorhaben immer auch die Aus-
672 wirkungen auf Umwelt und Klima im Blick und reduziert Verkehrsgefahren und -lärm. Wir
673 konnten durchsetzen, dass 129 Millionen Euro im Jahr 2017 und 130 Millionen Euro im
674 Jahr 2018 für eine ortsnahe und moderne **medizinische Versorgung** zur Verfügung ste-
675 hen – zum Beispiel durch eine schnelle und gute medizinische Notfallversorgung und eine
676 moderne Ausstattung der Krankenhäuser und der Telemedizin. Das kommt auch und vor
677 allem dem ländlichen Raum zugute. Die Universitätskliniken als Zentren der Hochleis-
678 tungsmedizin werden wir zudem weiter unterstützen.

679

680 Wir werden den **Arbeitsschutz** in Sachsen weiter stärken. Dafür brauchen wir ausrei-
681 chend ausgestattete Arbeitsschutzbehörden. Wenn die Bevölkerung immer älter wird,

Leitanträge

682 kommt es erst recht darauf an, sich für gute, altersgerechte Arbeitsbedingungen einzu-
683 setzen und gesundheitliche Gefahren am Arbeitsplatz zu bekämpfen. Wir haben deshalb
684 die Arbeitsschutzallianz wiedergegründet und werden damit entsprechende Präventions-
685 programme für betrieblichen Arbeitsschutz fördern.
686

687 Die **Digitalisierung** stellt die Zusammenarbeit zwischen Staat und Bürgern auf eine neue
688 Grundlage. Auch für die Kommunikation mit der Verwaltung und öffentlichen Institutionen
689 erwarten die Menschen, dass sie die technischen Möglichkeiten digitaler Systeme nutzen
690 können. Damit erhöhen sich Bürgernähe und Erreichbarkeit der Verwaltung. Im Rahmen
691 der Strategie „Sachsen Digital“ treiben wir die Digitalisierung der Verwaltung voran.
692

693 Unser Anspruch muss zusätzlich sein, politische und administrative Prozesse inhaltlich
694 weitgehend zu öffnen. In einer starken demokratischen Bürgergesellschaft wollen die
695 Menschen selbstständig informierte Entscheidungen treffen. Informationen, die ihnen dies
696 ermöglichen, müssen auch offengelegt werden. Deshalb wollen wir ein Informationsfrei-
697 heitsgesetz beschließen, das das Recht der Bürgerinnen und Bürger verankert, Zugang
698 zu behördlichen Informationen und Dokumenten zu bekommen. Zudem wollen wir Infor-
699 mationszugänge wie das sächsische Open Data Portal schaffen.
700

701 **Der Staat kontrolliert dort, wo es für ein gutes Leben der Menschen in Sachsen**
702 **wichtig** ist: Bei den Arbeitsrechten, dem Verbraucher-, dem Arbeits- oder Naturschutz o-
703 der beim Hochwasserschutz. In den letzten Jahren wurde viel zu oft unter dem Deckman-
704 tel „Bürokratieabbau“ versucht, die Interessen des Profits über jene der Menschen zu stel-
705 len. Der Mindestlohn ist gut für unser Land, er muss aber kontrolliert werden, weil wir
706 schlecht bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht der Willkür aussetzen wol-
707 len. Das ist keine Bürokratie, wie der Ministerpräsident oder die AfD behaupten, sondern
708 gerecht. Wenn wir Regeln, die wir selbst setzen, nicht überprüfen, verliert staatliches Han-
709 deln an Legitimität.
710

711 **Ein handlungsfähiger Staat braucht starke Kommunen und eine ausreichende Fi-**
712 **nanzierung**
713

714 Dank der SPD gibt es in der sächsischen Verfassung den Schutzschirm für die Kommu-
715 nen, der dafür sorgt, dass Kommunen nicht durch neue Pflichten und Kosten vom Frei-
716 staat belastet werden, ohne dafür einen entsprechenden Ausgleich zu erhalten. Dennoch
717 ist damit für die Städte und Gemeinden in Sachsen noch lange nicht alles in Ordnung.
718 Weiterhin leiden viele unter Schuldenlast, Haushaltskürzungen und wachsenden Aufga-
719 ben. Kommunen werden ihrer großen Verantwortung nur gerecht, wenn sie finanziell aus-
720 reichend ausgestattet sind. Sie brauchen Spielraum für Investitionen und freiwillige Lei-
721 stungen.
722

723 In einem ersten großen Schritt haben wir deshalb mit dem Gesetz zur Stärkung der kom-
724 munalen Investitionskraft ein umfassendes Paket beschlossen, das den sächsischen
725 Kommunen und Landkreisen bis 2020 insgesamt 800 Millionen Euro zur Verfügung stellt.
726 Zusätzlich wollen wir die Zuweisungen des Landes an die Kommunen, unter anderem
727 durch das Finanzausgleichsgesetz, auf hohem Niveau fortsetzen: Es ist geplant, dass den
728 Kommunen 2017 6,2 Milliarden und 2018 6,3 Milliarden Euro an Unterstützungsleistungen
729 zufließen.
730

Leitanträge

731 Für ausreichende Finanzen sind entsprechende Prioritätensetzungen im Landeshaushalt,
732 aber auch steuerliche Umverteilungsmaßnahmen notwendig. Die Wiedereinführung der
733 Vermögenssteuer, die den Ländern zugutekommt, streben wir weiter an. Dieser Schritt
734 hätte nicht allein fiskalische Auswirkungen, sondern würde sich positiv auf das Gerechtig-
735 keitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger auswirken. Denn die ungleiche Vermögens-
736 entwicklung in Deutschland bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt und entzieht
737 den staatlichen Institutionen Vertrauen. Unser Ziel ist es, dieser Erosion entgegenzuwir-
738 ken. Einen steuerlichen Wettbewerb zwischen den Bundesländern lehnen wir ab. Das
739 können sich nur die reichen Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg leisten,
740 Sachsen aber nicht. Neben einem solidarischen Steuersystem braucht es ausreichend
741 Personal in der Finanzverwaltung – vom Sachbearbeiter bis zur Steuerfahnderin. Dieser
742 Bereich war besonders hart vom Stellenabbau betroffen. Prüfungen können deshalb nicht
743 mehr regelmäßig durchgeführt werden, der Fahndungsdruck sinkt – und die, die ehrlich
744 ihre Steuern zahlen, fühlen sich ungerecht behandelt.

745
746 *Staatliche Strukturen müssen bedarfsgerecht sein*

747
748 Wir sehen staatliche Strukturen nicht als festen Block, sondern als „atmendes System“,
749 das sich regelmäßig in Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und mit deren Beteiligung
750 überprüft, den Bedarfen anpasst und erneuert. Bedarfsgerecht bedeutet, dass wir ständig
751 überprüfen, was jetzt und in Zukunft nötig ist, wo man Altes erneuern und Neues korrigie-
752ren muss. Festgefahrene Strukturen um der Strukturen willen dürfen und wollen wir uns
753 nicht leisten – in keinem Bereich. So erfordert zum Beispiel die demografische Entwick-
754 lung in Sachsen kluge Entscheidungen sowohl für das Wachstum der Städte wie für die
755 Schrumpfungen im ländlichen Raum. Gleichzeitig wenden wir uns gegen kurzfristige Lö-
756 sungen, die ein Notprogramm an das andere reihen.

757
758 **Sich in einem handlungsfähigen Staat wieder sicherer fühlen**

759
760 Wir werden den Rechtsstaat wieder stärken. Nicht freiheitsschädliche Gesetzesverschär-
761 fungen stärken den Rechtsstaat, sondern ausreichend Personal, bürgernahe Dienststellen
762 und gute Ausstattung bei Polizei und Justiz. Wir wollen, dass Gesetzesverstößen vorge-
763 beugt, geltendes Recht eingehalten und gegen Verstöße wirksam vorgegangen wird. Die
764 Polizeiwache vor Ort, die zügig erhobene Anklage nach einer Straftat, ein schnelles, richti-
765 ges Urteil nach einem fairen, rechtsstaatlichen Verfahren schaffen Vertrauen in den
766 Rechtsstaat. Der von CDU und FDP auch bei der Polizei betriebene Abbau von Personal
767 und Strukturen hat bei vielen Menschen wesentlich zu einem Vertrauensverlust beigetra-
768 gen. In der Regierung haben wir erste Fortschritte erzielt, um dieses Vertrauen wiederzu-
769 gewinnen und die objektive Sicherheitslage zu verbessern.

770
771 Die auf unser Drängen eingesetzte „Fachkommission Polizei“ des Landtages hat erstmals
772 den Personalbedarf der sächsischen Polizei wirklich aufgabenorientiert ermittelt – und so
773 die Trendwende bei der Personalpolitik vollzogen. Ohne die Kritik an der Arbeit und den
774 Ergebnissen der Fachkommission auszublenden, lassen sich die Erfolge sehen: Der Stel-
775 lenabbau bei der Polizei wird gestoppt. Zudem werden insgesamt 1.000 zusätzliche Poli-
776 zeibeamtinnen und -beamte ausgebildet. Damit stehen der Polizei insgesamt 1.676 Stel-
777 len mehr zur Verfügung als noch im Doppelhaushalt 2015/16 festgelegt. Die Neueinstel-
778 lungen werden mit jährlich 600 Stellen gegenüber 2014 verdoppelt. Den momentanen

Leitanträge

779 Mangel haben wir gemildert, indem 550 Männer und Frauen für die Wachpolizei einge-
780 stellt werden. Wer sich dort bewährt, hat die Chance, in die reguläre Polizeiausbildung zu
781 wechseln. Perspektivisch werden über 14.000 Polizistinnen und Polizisten in Sachsen für
782 Sicherheit sorgen. Das sind 2000 mehr als von CDU und FDP ursprünglich vorgesehen.
783

784 Die Polizei ist für viele der sichtbarste Vertreter des demokratischen Rechtsstaats. Auf
785 Forderung der SPD hin werden daher künftig Demokratiebildung und Berufsethos wieder
786 eine größere Rolle in der Polizeiausbildung spielen. Die von uns durchgesetzten kleineren
787 Verbesserungen bei der Personalvertretung von Polizistinnen und Polizisten sind ein ers-
788 ter Schritt hin zu einer gelebten Demokratiekultur in der Polizei, in der Wissen und Erfah-
789 rung der Polizistinnen und Polizisten für eine bessere, bürgerfreundlichere Polizeiarbeit
790 genutzt werden. Unser Ziel bleibt, dass Personalräte und Gewerkschaften in den Füh-
791 rungsebenen als konstruktive Partner, nicht als lästige Störung betrachtet werden. Bei
792 künftigen Novellierungen des Personalvertretungsgesetzes werden wir uns dafür einset-
793 zen, dass Mitbestimmung ausgeweitet und die geltenden Einschränkungen für den Poli-
794 zeibereich abgeschafft werden.
795

796 Polizistinnen und Polizisten verdienen wie alle anderen staatlichen Hoheitsträger Schutz
797 und Beistand, wenn sie Übergriffen ausgesetzt sind. Die Gesetze hierfür haben wir längst.
798 Für mögliche Übergriffe durch die Polizei haben wir eine zentrale Beschwerdestelle im In-
799 nenministerium eingerichtet - als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, aber auch
800 als Anlaufstelle für die Beschäftigten der Polizei. Sie bietet der Polizei die Chance, aus
801 möglichen Fehlern zu lernen, und eröffnet ihr die Möglichkeit, polizeiliches Handeln zu er-
802 läutern und transparenter zu machen. Um das Vertrauen weiter zu stärken, setzen wir uns
803 für eine Unabhängigkeit der zentralen Beschwerdestelle sowie eine grundsätzliche Kenn-
804 zeichnungspflicht für Polizeivollzugsbedienstete ein.
805

806 Bei Justiz und im Justizvollzug haben wir viel erreicht. Bereits im Doppelhaushalt
807 2015/2016 wurden 36 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Staatsanwälte geschaffen
808 sowie zehn Stellen für Justizwachtmeister und zehn Stellen für Psychologinnen und Sozi-
809 arbeiter im Justizvollzug. Der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 sieht
810 zudem vor, **dass auf den von 2016 bis 2020 geplanten Abbau in einem Umfang von**
811 **370 Stellen verzichtet wird** und wir darüber hinaus noch mehr neue Beschäftigte an den
812 Gerichten und im Justizvollzug einstellen können.
813

Ein handlungsfähiger Staat mit wichtiger Rolle für Wirtschaft und Arbeit

814
815
816 Es wird oft vergessen, **dass die industriellen Revolutionen der letzten 200 Jahre ohne**
817 **den Staat in dieser Form kaum stattgefunden hätten:** Erst die Investitionen in das Bil-
818 dungssystem, Infrastruktur und Forschung haben Eisenbahnen, flächendeckende Elektri-
819 zität oder die Automatisierung möglich gemacht. Nun stehen wir erneut an der Schwelle
820 einer großen Umwälzung der Wirtschaft und der Arbeitsgesellschaft. Wir wissen noch
821 nicht, wie diese Zukunft genau aussehen wird. Aber die Digitalisierung kommt – mit oder
822 ohne uns. Es ist daher nicht die Frage, *ob* wir die Digitalisierung der sächsischen Wirt-
823 schaft vorantreiben, sondern *wie*.
824

825 Die Digitalisierung bietet für Sachsen große Chancen, aber auch große Herausforderun-
826 gen. Wir wollen flächendeckend für Breitband-Internetanschlüsse sorgen – auch und ge-

Leitanträge

827 rade dort, wo die Telekommunikationsunternehmen bisher Gemeinden unterversorgt ge-
828 lassen haben. Sachsen hat noch viel aufzuholen. Mit einer „Digitalen Offensive“ wollen wir
829 die Internetversorgung endlich auf mindestens 50 Mbit/s, besser 100 Mbit/s ausbauen.
830 Für diese Digitale Offensive stehen bis 2022 312 Millionen Euro zur Verfügung. Durch die
831 Abschaffung der Störerhaftung können wir endlich frei zugängliche W-LANs besser för-
832 dern.

833
834 *Wir wollen mit einer modernen Industriepolitik unsere sächsische verarbeitende Industrie*
835 *stärken. In fünf Bereichen muss der Staat aktiv werden:*

836
837 Erstens müssen wir die strategischen Wertschöpfungsketten in Sachsen halten und in
838 Schlüsseltechnologien investieren. Der Grund für unsere erfolgreiche Volkswirtschaft liegt
839 in der industriellen Vielfalt – von der Grundstoffindustrie über den mittelständischen Fami-
840 lienbetrieb, das große Industrieunternehmen, die regionale Handwerksfirma bis hin zur
841 kleinen Hightech-Schmiede. Diese Vielfalt müssen wir in Sachsen stärken.

842
843 Wir müssen zweitens die Fachkräfte-Frage angehen. Mit der Fachkräfte-Allianz haben wir
844 eine sachsenweite Plattform für die Fachkräftesicherung geschaffen und unterstützen da-
845 mit Branchen und Unternehmen, um Fachkräfte zu gewinnen und binden. An den Hoch-
846 schulen haben wir die Stellenkürzungen gestoppt. Sowohl Gelder des Hochschulpakts als
847 auch die von der Bundesebene übernommenen und nun für Sachsen zur Verfügung ste-
848 henden BAföG-Gelder wurden fast vollständig an die Hochschulen weitergegeben. Wir si-
849 chern so gute Lehre und ermöglichen notwendige Investitionen in universitäre Infrastruk-
850 tur. Um den Zugang für Langzeitarbeitslose und Migrantinnen und Migranten zum Arbeits-
851 markt zu verbessern, werden wir bis 2020 rund 40 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

852
853 Drittens wirken wir dort aktiv auf ein Ende der sächsischen Niedriglohnstrategie hin, wo
854 der Staat Einfluss auf die Lohnentwicklung ausüben kann. Deshalb verteidigen wir den
855 Mindestlohn vor Angriffen der CDU und der Arbeitgeberverbände. Zudem werden wir
856 künftig Unternehmen, die Tariflöhne zahlen oder sich daran anlehnen sowie ihre Zahl an
857 Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern begrenzen, einen Bonus bei der Wirtschaftsförderung
858 zukommen lassen.

859
860 Viertens müssen wir für bezahlbare und sichere Energie sorgen. Bis 2050 wollen wir den
861 Energiebedarf des Freistaates vollständig aus erneuerbaren Quellen abdecken. Dabei
862 führt vor allem Energieeinsparung zu mehr Versorgungssicherheit und geringeren Um-
863 weltbelastungen und reduziert gleichzeitig die Kosten. Das kommt allen Verbraucherinnen
864 und Verbrauchern zugute. Darüber hinaus sind ein konsequenter Ausbau erneuerbarer
865 Energieträger, eine beschleunigte Entwicklung der notwendigen Speicher- und Netzinfrac-
866 turstruktur sowie die Unterstützung der Weiterentwicklung moderner Technologien wie Kraft-
867 Wärme-Kopplungsanlagen notwendig. Bei diesem Transformationsprozess sehen wir in
868 der stärkeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen Schlüssel für die erfolgreiche
869 Umsetzung. Denn Beteiligung schafft Akzeptanz. Solange es noch nicht möglich ist, rege-
870 nerative Energien in ausreichender Menge schnell und effektiv zu speichern und zu trans-
871 portieren, sind wir auf konventionelle Energieformen wie die Braunkohleverstromung an-
872 gewiesen. Während wir mittelfristig in Sachsen daraus aussteigen, werden wir den damit
873 verbundenen notwendigen Strukturwandel aktiv gestalten. In einem Strukturwandel liegen
874 stets auch Chancen für neues Wachstum, neue Beschäftigung und eine bessere Lebens-
875 und Arbeitsqualität.

Leitanträge

876

877 Fünftens bleibt guter und fairer Handel für Sachsen wichtig. Gleichzeitig müssen wir alle
878 Handelsabkommen kritisch begleiten, um den Staat handlungsfähig zu erhalten. Wir als
879 SPD Sachsen unterstützen das Ziel, durch Handelsabkommen soziale, ökologische oder
880 kulturelle Standards zu stärken. Für uns ist wichtig, dass auch weiterhin Verbesserungen
881 unserer Normen möglich sind, die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften über
882 die öffentliche Daseinsvorsorge unberührt bleibt und dass die Entscheidungen in Parla-
883 menten und Regierungen durch die Handelsabkommen nicht eingeschränkt werden – we-
884 der durch Regelungen des Investorenschutzes noch im Zuge der regulatorischen Koope-
885 ration. Die von der SPD beschlossenen roten Linien müssen eingehalten werden. Abkom-
886 men dürfen auch nicht vorläufig in Kraft treten.

887

888 **Integration als Aufgabe eines handlungsfähigen Staates und einer starken Bürger-**
889 **gesellschaft**

890

891 Die Integration von Geflüchteten ist eine Herausforderung – für Aufnahmegesellschaft und
892 Hinzukommende, für Staat und Gesellschaft. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
893 braucht Integration Offenheit für Veränderungen und die hierin liegenden Chancen, einen
894 langen Atem und kluge Gestaltung. Zusammenhalt und Zusammenwachsen sind nicht
895 selbstverständlich und nicht garantiert. Für Sachsen ist die Herausforderung zugleich eine
896 Chance, die wir nutzen sollten. Ein Scheitern des Integrationsprozesses käme Staat und
897 Gesellschaft teuer zu stehen.

898

899 Wenn Integrationsprozesse wirksam sein sollen, müssen sie personell und finanziell ver-
900 nünftig ausgestattet werden. Sichtbares Zeichen für die Aufwertung dieses Themas war
901 die Berufung einer Staatsministerin für Integration. Doch auch der Koalitionsvertrag um-
902 fasst ein umfangreiches und progressives Kapitel, in dem wir gleichzeitig mehrere alte
903 Leitplanken beseitigt haben: Integration umfasst nach unserem Verständnis nicht nur
904 Menschen, die als Flüchtlinge anerkannt sind. Unter uns leben mittlerweile Menschen, die
905 abgesehen von ihrem rechtlichen Status schon lange in Sachsen leben und auch noch
906 länger hier leben werden. Wir wollen jeden Menschen, der eine Bleibeperspektive in
907 Sachsen hat, in unsere Gesellschaft aufnehmen und zum friedlichen Miteinander motivie-
908 ren. Nur so verhindern wir Ausgrenzung, Parallelgesellschaften und auch Radikalisierung.

909

910 Und hier haben wir in den letzten beiden Jahren geliefert: Die dringend notwendige
911 Flüchtlingssozialarbeit wurde teilweise aus dem Nichts aufgebaut und hat mittlerweile ei-
912 nen Umfang von fast 10 Millionen Euro Unterstützung für die Landkreise und Kreisfreien
913 Städte. Bewusst umfassen diese Maßnahmen auch die Beratung zur freiwilligen Rück-
914 kehr. Viele Asylsuchende werden aus unterschiedlichen Gründen nicht bleiben dürfen o-
915 der wollen. Es gilt hier, über die Möglichkeiten der freiwilligen Rückkehr zu beraten und
916 dabei zu unterstützen, auch um die Anzahl der harten, aufwändigen und teuren Abschie-
917 bungen zu verringern. Wir haben ein Landesprogramm an Sprachkursen für diejenigen
918 auf den Weg gebracht, die keinen Zugang zu den Integrationskursen des Bundes haben.
919 Wegweiskurse, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen eine erste Orientierung im All-
920 tagsleben in Deutschland geben sollen, werden derzeit aus einer Pilotphase in ein Rege-
921 langebot überführt. Auch Sachsen besitzt seit kurzem als eines der letzten Bundesländer
922 ein psychosoziales Zentrum für die Beratung und Betreuung traumatisierter Geflüchteter.

923

Leitanträge

924 Eine entscheidende Rolle bei gelingender Integration kommt jedoch immer noch den
925 Kommunen zu. Mit annähernd 11,5 Millionen Euro pro Jahr werden die Integrationsan-
926 strengungen der Landkreise und Kreisfreien Städte gefördert. Dazu gehören neben Integ-
927 rationskoordinatoren unter anderem Mittel zum Aufbau bzw. Ausbau kommunaler Sprach-
928 mittlerdienste.

929
930 Wenn wir die Zugewanderten schnellstmöglich unterstützen, ihren Bildungsabschluss zu
931 machen, wird es ihnen nicht nur ein besseres Leben ermöglichen, sondern es wird sich
932 morgen auch in geringeren Sozialkosten und mehr Fachkräften bemerkbar machen. Hier
933 müssen wir darauf achten, dass das sächsische Schul- und Berufsschulsystem leistungs-
934 fähig und ausreichend ausgestattet wird. An Bildung darf nicht gespart werden, weder auf
935 Kosten der zugewanderten Kinder, noch auf Kosten der einheimischen Schülerinnen und
936 Schüler.

937
938 Beim entscheidenden Schritt in den Arbeitsmarkt benötigen wir kurzfristig geübte Helferinnen
939 und Helfer, die den Migrantinnen und Migranten auf dem Weg durch das Dickicht an
940 Maßnahmen, Trägern und Bildungsangeboten helfen. Das sächsische Wirtschaftsministe-
941 rium bietet deshalb über das Programm „Arbeitsmarktmentoren für Geflüchtete“ Orientie-
942 rung für arbeitssuchende Asylsuchende und Flüchtlinge an. Dafür stehen 9 Millionen Euro
943 bereit.

944
945 Auch beim Thema Integration ist der Staat auf eine starke Bürgergesellschaft angewie-
946 sen. In der aktuellen Flüchtlingssituation hat sich eine neue, sehr lebendige demokrati-
947 sche Bürgergesellschaft in Sachsen gebildet. Ob in Sportvereinen, der Nachbarschaft o-
948 der am Arbeitsplatz – gemeinsames Erleben schafft Nähe und Verständnis. Deshalb wol-
949 len wir mehr Projekte fördern, die sich für die gesellschaftliche Integration von Menschen
950 mit Migrationshintergrund einsetzen und unterstützen die Fortbildungen für Ehrenamtliche.
951 Allein mit der Richtlinie „Integrative Maßnahmen“ unterstützen wir die vielfältige Arbeit der
952 neuen und der langjährig erfahrenen Vereine, die dem einen großen Ziel folgen soll: den
953 Dialog und das Zusammenleben zwischen Zugewanderten und einheimischer Bevölke-
954 rung stärken. Für die Förderung dieser Integrationsprojekte stehen jährlich 6,5 Millionen
955 Euro bereit. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei zukünftig auf die Arbeit mit
956 Frauen und Müttern, denn ihnen kommt in den Familien eine Schlüsselrolle für die In-
957 tegration zu.

958
959 Diese und weitere Ansätze wollen wir fortsetzen und in einem Landesintegrationsgesetz
960 bündeln, finanziell hinreichend ausstatten und langfristig sichern. Wir möchten, dass Mig-
961 rantinnen und Migranten eine starke Stimme bekommen und aktiv an unserer Demokratie
962 mitwirken können. Wir begleiten dazu unter anderem den Aufbau eines sächsischen Lan-
963 desnetzwerks der Migrantorganisationen, denn auch die Vielfalt an migrantischen
964 Selbstorganisationen gehört zu einer demokratischen Bürgergesellschaft.

965
966 In schwieriger Zeit haben wir Integration in Sachsen endlich auf die Tagesordnung gesetzt
967 und damit wichtige Pionierarbeit geleistet. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

968
969 ***Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum — besinnt Euch auf***
970 ***Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe***
971 ***zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“ Willy Brandt***
972

Leitanträge

973 Unser Sachsen von morgen ist ein handlungsfähiges Sachsen mit einer starken demokra-
974 tischen Bürgergesellschaft. Unser Sachsen soll ein Land sein, in dem sich Staat und Bür-
975 ger vertrauen und sich ihrer gegenseitigen Verantwortung bewusst sind.

976
977 Wenn wir die hier formulierten Ziele verfolgen, ist uns bewusst: Nicht alle Versäumnisse
978 können sofort aufgeholt werden und vieles muss immer wieder neu erlernt und erkämpft
979 werden – eine demokratische Bürgergesellschaft ist kein fester Zustand. Mit unseren Mi-
980 nisterinnen und Ministern, unseren Abgeordneten, den sozialdemokratischen Bürgermeis-
981 terinnen und Bürgermeistern in den Städten und Gemeinden, unseren ehrenamtlichen
982 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie unseren Mitgliedern in den Orts-
983 vereinen werden wir auf allen politischen Ebenen und in der Gesellschaft dafür werben
984 und streiten.

985
986 Wir laden alle Menschen in Sachsen ein, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Da-
987 bei möchten wir Partner derer sein, die sich für andere Menschen und die Gemeinschaft
988 engagieren.

989 Und wir möchten jene ermuntern, die im Moment skeptisch sind und sich zurückhalten,
990 sich wieder stärker einzubringen. Demokratie lebt vom Mitmachen. Packen wir es an!

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

1 **Antrag: B 01**
2 **Votum der Antragskommission: Konsensliste**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: SPD-Unterbezirk Dresden**

7
8 **Thema: Schule und Kita zusammendenken – Modellversuch unterstützen**

9
10 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Landtagsfrak-
11 tion weiterleiten:

- 12
13 1. Die SPD Sachsen unterstützt die Einrichtung eines Schulversuches in der Stadt
14 Dresden in Kooperation mit der TU Dresden als Modellversuch, der zugleich die
15 Erprobung und wissenschaftliche Begleitung innovativer Formen des Lernens und
16 Lehrens als auch eine Aus- und Weiterbildungsschule für Lehrkräfte in Sachsen
17 ermöglicht. Sie soll die Klassen 1 bis 10 integrieren und eine Ausweitung auf den
18 Elementarbereich und die berufliche bzw. gymnasiale Oberstufe anstreben.
19
20 2. Bei der Evaluation soll neben dem pädagogischen Erfolg auch ausgewertet
21 werden, ob es sich empfiehlt, die Zuständigkeiten von Landes- und Kommunal-
22 ebene hinsichtlich Trägerschaft und Personalverantwortung in Schule und
23 Kita/Hort zu reformieren.

24
25 **Begründung:**

26
27 Der zweite Entwurf zur Novellierung des Schulgesetzes ermöglicht in §15 Abs. 2 „Schul-
28 versuche können auch als wissenschaftliche Forschungsvorhaben in Kooperation mit ei-
29 ner Hochschule durchgeführt werden.“ Entsprechende Bemühungen gibt es derzeit an der
30 Technischen Universität Dresden. Über die bisherigen Schulversuche „NaSch“¹ und
31 „CSM“² hinaus soll hier eine enge Verknüpfung von Schule/Pädagogischer Praxis, Lehrer-
32 ausbildung und pädagogischer Forschung ermöglicht werden.

33
34 Diese Schule soll unter intensiver wissenschaftlicher Begleitung insbesondere der Fakul-
35 tät für Erziehungswissenschaften ein Ort pädagogischer Innovation werden. Bewusst soll
36 ein ganzheitliches Bildungsangebot geschaffen werden, das die traditionellen Grenzen
37 von Schule und Kindertagesstätte sowie verschiedener Schulformen überschreitet und
38 den Übergang von der Schule in den Beruf neu zu gestalten versucht. Die Schule soll für

¹ Die „NaSch“ Nachbarschaftsschule Leipzig ist ein Schulversuch, dessen Träger die Stadt Leipzig ist. Der Gründungsverein ist heute öffentlich anerkannter Freier Träger des Horts und des Kindergartens. Die NaSch ist eine Gemeinschaftsschule mit Grund- und Oberschule, bestehend aus drei Stufen: Eingangsstufe (altersgemischter Unterricht der Klassen 1-3, Wochenplan- und Projektarbeit), Mittelstufe (altershomogene Klassen 4-6), Oberstufe (Klassen 7-10, systematischer Fachunterricht, Praktika, Zensuren). Der Hort kann bis zur 6. Klasse besucht werden.

² Das CSM – chemnitzer schulmodell ist ebenfalls eine staatliche getragene Gemeinschaftsschule als Ganztagschule von der 1. bis zur 10. Klasse. Sie zeichnet sich durch eine besondere pädagogische Prägung aus, der Unterricht erfolgt in Block-, in einigen Fächern auch in Epochenform. Zensuren gibt es ab der 8. Klasse.

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

- 39 alle Kinder und Jugendlichen offen sein und einem weiten Verständnis von Inklusion folgen. Darüber hinaus soll die Schule demokratische Beteiligungs- und Steuerungsformen
40 erproben.
41
42
- 43 Es verdient Förderung und Unterstützung, einen solchen Versuch als Schulversuch zuzulassen.
44
45
- 46 Eine solche Schule steht per se an der Schnittstelle von Landsträgerschaft (Universität),
47 kommunaler Trägerschaft und/oder freier Trägerschaft (Schule, KITA). Dies muss als
48 Chance begriffen werden, traditionelle Strukturen im
49 (früh-)kindlichen Bildungsbereich zu überprüfen und zu hinterfragen.
50
- 51 Aufgrund der innovativen Struktur bietet der Schulversuch die Gelegenheit, traditionelle
52 Strukturen und Zuständigkeiten von Bildungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft zu
53 hinterfragen, wie z.B. die unterschiedlichen Anstellungsverhältnisse des Personals in
54 Kindertagesstätten (Kommunen) und Schulen (Land). Einer Schlüsselrolle kommt hierbei den
55 Kinderhorten zu, die heute (in der Regel) an der Schule, jedoch zugeordnet dem Bereich
56 Kindertagesstätten das gestiegene Spannungsverhältnis in der alltäglichen Praxis erleben.
57
58
- 59 Mit der Diskussion um Ganztagschulen muss auch die Rolle des Hortes neu diskutiert
60 werden. Die zunehmende Normalität vollzeitbeschäftigter Mütter und die Ansprüche einer
61 Bildungs- und Wissensgesellschaft hebt den Hort aus einer quasi sozialpädagogischen
62 Sonderrolle für Familien, die ein unterstützendes Angebot brauchen. Die lange Tradition
63 und Selbstverständlichkeit der Kinderhorte in den neuen Bundesländern lässt diesen eine
64 besondere pädagogische Vorreiterrolle zukommen. Hort und Schule haben ähnliche
65 Bildungsziele, Hort ist dabei aber nicht verlängerter Arm der Schule. Der Schritt, diese
66 Vorstellung in die Kindertagesstätten, die längst ebenfalls Bildungseinrichtungen sind, weiter-
67 zudenken, ist ein kleiner, jedoch unverzichtbarer.

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

Antrag: B 02
Votum der Antragskommission: Konsensliste
Votum des Parteitags:

Antragsteller: AfA Sachsen

Thema: Vorbereitungsklassen für junge Geflüchtete an den Berufsschulzentren

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD Fraktion im Sächsischen Landtag sowie die politisch verantwortlichen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder weiterleiten:

Die SPD Sachsen setzt sich für die Wiedereinführung von Vorbereitungsklassen für junge Geflüchtete an den Berufsschulzentren, sowie eine Rückkehr zur Altersgrenze von 21 Jahren für die Aufnahme in die Vorbereitungsklassen ein. Zusätzlich soll ein Landesprogramm zur Beratung und Unterstützung junger Geflüchteter aufgesetzt werden, welches die notwendige Finanzierung für in diesem Bereich tätige Einrichtungen der Jugendhilfe sicherstellt.

Begründung:

Sächsische Berufsschulzentren boten bis vor Kurzem Vorbereitungsklassen für geflüchtete Jugendliche an. Diese Sprach- und Orientierungskurse mit berufspraktischen Aspekten ermöglichten den Jugendlichen Zugang zu Bildung und einen Einstieg in den Arbeitsmarkt. Spracherwerb und Bildung sowie ein geregelter Alltag in Schule und Arbeit sind wichtige Motoren für vollumfängliche Teilhabe. Seit 01.03.2016 werden keine jugendlichen Geflüchteten mehr in Vorbereitungskurse aufgenommen. Die sächsische Kultusministerin Kurth (CDU) beendete die Kurse für Geflüchtete an Berufsschulzentren.

Der §28 des sächsischen Schulgesetzes regelt die Schulpflicht in Sachsen. Demnach bestehen eine Vollzeitschulpflicht von neun Jahren und eine Berufsschulpflicht von drei Jahren. Die Vollzeitschulpflicht endet spätestens mit dem Erreichen des 18. Lebensjahres. Die Berufsschulpflicht wird vorzeitig für beendet erklärt, wenn der Jugendliche einen einjährigen vollzeitschulischen Bildungsgang an einer berufsbildenden Schule regelmäßig besucht hat oder die Sächsische Bildungsagentur feststellt, dass er anderweitig hinreichend ausgebildet ist. Das sächsische Konzept zur Integration von Migranten sieht die Beschulung von berufsschulpflichtigen Jugendlichen in den Vorbereitungsklassen mit berufspraktischen Aspekten vor.

Nach den neuen Regelungen wird eine Schullaufbahnberatung für Jugendliche mit Migrationsgeschichte nur noch als Einzelfallprüfung mit dem Ziel Abitur angeboten. Das bedeutet, dass die Teilnahme von Jugendlichen ab 18 Jahren an Vorbereitungsklassen mit berufspraktischen Aspekten nicht mehr vorgesehen ist. Um Sprach- und Integrationskurse sowie weitere Bildungsmöglichkeiten müssen sich die Jugendlichen durch den Gang zur Agentur für Arbeit selbst kümmern.

Es ist unverantwortlich, den jungen Geflüchteten den Zugang zur beruflichen Bildung zu verbauen. Das Potential junger Menschen wird verschenkt und deren vollumfängliche

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

- 50 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgebremst. Wer eine steigende Belastung der
51 Sozialsysteme nicht möchte, muss jetzt in Integration durch Ausbildung und Arbeit inves-
52 tieren. Auch ein Abwälzen dieser Aufgaben auf die Kommunen ist ohne entsprechende
53 Finanzierung durch den Freistaat nicht hinnehmbar.

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

Antrag: B 03
Votum der Antragskommission: Diskussion
Votum des Parteitags:

Antragsteller: AfB Sachsen

Thema: Lehrerversorgung in Sachsen: Qualität trotz Not

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Regierungsmitglieder werden zur Bewältigung des aktuellen und künftig absehbaren Lehrermangels an Sachsens Schulen aufgefordert, folgende Maßnahmen zu unterstützen, zu initiieren oder überhaupt zu befördern, um sowohl die Qualität der schulischen Bildung zu sichern als auch die Attraktivität des Lehrerseins an Sachsens Schulen zu verbessern:

A) Seiteneinstieg

1. *Ausbau der Seiteneinstiegsprogramme mit folgenden Teilprogrammen für:*

- a. fachlich vorgebildete Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger:
 - i. Vorgeschaltete pädagogisch-didaktische Grundausbildung von ein oder zwei Semestern mit Praktikumsphasen in der künftigen Einsatzschule und unter Einbezug der künftigen Mentorinnen oder Mentoren (ein Semester bei nachgewiesenen pädagogischen Erfahrungen);
 - ii. Regulärer Unterrichtseinsatz im 2. Semester in jedem gewählten Fach in je einer Klasse bzw. Klassenstufe (mind. 5 Wochenstunden, max. 10);
 - iii. Anschließend Einstieg in das normale Referendariat;
- b. pädagogisch vorgebildete Einsteigerinnen oder Einsteiger, die keine Lehrerinnen oder Lehrer sind:
 - i. Fachlich-didaktischer Vorbereitungskurs abgestimmt auf den geplanten Einsatz (Klassenstufen) in den Ferien vor Aufnahme der Lehrtätigkeit;
 - ii. Versetzten Einstieg in das 2. Fach ermöglichen (ein oder zwei Semester Abstand);
 - iii. Anpassung des Referendariats an den versetzten Einstieg (Verlängerung und versetzte Prüfung für das 2. Fach);
 - iv. Berufsbegleitendes Fach-Studium durch Freistellung während oder nach dem Referendariat durch bezahlte Freistellung (1 Tag pro Fach + Prüfungen und Prüfungsvorbereitung) ermöglichen;
- c. Lehrerinnen und Lehrer, die sich für ein weiteres Fach qualifizieren:
 - i. Spezielle fachlich-didaktische Kurse an den Universitäten einrichten;
 - ii. bezahlte Freistellung (1 Tag pro Fach + Prüfungen und Prüfungsvorbereitung);
 - iii. kein erneutes Referendariat.

2. *Faire Behandlung der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger:*

- a. Zahlung der vollen Bezüge bei Eingruppierung entsprechend der Vorqualifikation vom ersten Tag an;

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

- 47 b. Gleichstellung von Ein- und Zwei-Fach-Lehrinnen und -Lehrern bei An-
48 spruch der Ein-Fach-Lehrerinnen und -Lehrer auf verkürzte Nachqualifizie-
49 rung innerhalb von 5 Jahren;
50 c. Berücksichtigung der beruflichen Biografie der Seiteneinsteigerin oder des
51 Seiteneinsteigers bei Einsatz und Eingruppierung.
52 3. *Bereitstellung der nötigen Ressourcen für diese Programme, auch in der Verwal-*
53 *tung.*

B) Neuordnung der Lehrämter

- 56 4. *Langfristige Neuordnung der Lehrämter um den Einsatz von Lehrkräften derart fle-*
57 *xibler zu gestalten, dass es künftig Stufenlehrer mit Schwerpunkten gibt, z. B.:*
58 a. Primarstufe
59 i. mit einem Fach bis Klasse 10
60 ii. mit Schwerpunkt Inklusion
61 iii. mit allen Grundschul-Fächern (Einsatz an kleinen Schulen)
62 b. Sekundarstufe
63 i. mit fachlicher Vertiefung für den Einsatz in der Oberstufe/Sekundar-
64 stufe II (auch an beruflichen Schulen)
65 ii. mit Schwerpunkt Inklusion
66 iii. mit Schwerpunkt Sozialpädagogik
67 Diese Neuordnung darf nicht nur die künftige Ausbildung betreffen, sondern muss
68 auch das beschäftigte Personal erfassen und entsprechende Weiterbildungen (die
69 auch im Seiteneinstieg genutzt werden können) vorhalten.
70 5. Anpassungslehrgänge für Lehrkräfte, die nach ihrer jetzigen Ausbildung schular-
71 tenfremd eingesetzt werden (z. B. Gymnasiallehrer an Grundschulen).
72 6. Kurzfristig und als Überleitung: Erweiterung des 18-monatigen Referendariats um
73 einen Teil, der jeweils in einer anderen Schulart und ggf. Schulstufe die grundle-
74 genden didaktisch-methodischen und sozialpädagogischen Spezifika der anderen
75 Schulart und/oder Schulstufe vermittelt.
76 7. Tarifliche Gleichstellung der Lehrerinnen und Lehrer an allen Schularten.

C) Anpassung der Arbeitsbedingungen an das Lebensalter

- 79 8. Schaffung von Möglichkeiten und attraktiven Bedingungen, um Lehrkräften auch
80 nach Eintritt in die Rente/Pension noch Lehrtätigkeit zu ermöglichen
81 9. Pflege der älteren Lehrkräfte (ab ca. 60. Lebensjahr oder 30. Dienstjahr), damit
82 diese die Schulen nicht vorzeitig verlassen (zusätzliche Anrechnungen, Schutz vor
83 Abordnungen, Ein-Fach-Einsatz auf Wunsch, Teilzeit auf Wunsch etc.)

D) Verbesserung der Attraktivität des Arbeitsplatzes "Schule"

- 86 10. Übertragung von mehr Verantwortung für die Gestaltung der Bildungsprozesse an
87 die Schulen mit entsprechender Flexibilisierung der entsprechenden staatlichen
88 Vorgaben.
89 11. Umstellung von eher strukturbezogenen Vorgaben für die Arbeit der Schulen auf
90 ergebnisbezogene (z. B. flexible Stundentafeln).
91 12. schüler- und bedarfsorientierte Zuweisung personeller Ressourcen einschließlich
92 Budgets für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und weitere Professionen

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

- 93 an der Schule in Verantwortung der Schule und Anstellungsmöglichkeiten auch
94 beim Schulträger.
95 13. Einrichtung eines personell ausreichend unteretzten Unterstützungssystems für
96 Schulen, auf welches diese zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung verlässlich zu-
97 greifen können.
98 14. Reduzierung der Schulverwaltung auf Aufsicht und Personalverwaltung.
99 15. Angleichung der Nettobezüge für angestellte Lehrkräfte in Sachsen an das Niveau
100 der Besoldung von entsprechend verbeamteten Lehrkräften, um den Abwerbe-
101 druck aus anderen Bundesländern zu mindern.

Begründung:

102
103
104
105 Bereits vor ca. 15 Jahren verwies die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag darauf, dass
106 Sachsen in absehbare Zeit in eine Mangelsituation hinsichtlich der Lehrerversorgung ge-
107 raten wird und es Zeit ist, Weichen neu zu stellen und entsprechende Abhilfe zu schaffen.
108 Damals war das Problem noch strukturell („Mangelfächer“), heute ist es schon allgemein –
109 und auf absehbare Zeit ist keine Trendwende in Sicht. Das Kultusministerium hat inzwi-
110 schen reagiert und endlich Seiteneinstiegsprogramme aufgelegt.

111
112 Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat in einem Positionspapier “Schulen in Not”
113 Wege aus der Misere gewiesen. Der vorliegende Antrag unterstützt diese Vorschläge und
114 erweitert und ergänzt sie in einigen Punkten. Der Antragsteller ist sich bewusst, dass
115 diese Maßnahmen zusätzliches Geld kosten. Dieses wird aber eben nicht nur zur Abwen-
116 dung einer durch vorheriges Sparen selbst verursachten Not verwendet, sondern fließt zu
117 einem größeren Teil in Maßnahmen, die Sachsens Schulen nachhaltig besser und attrak-
118 tiver machen.

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

Antrag: B 04

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Kultureuro ermöglichen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Die Möglichkeit der Einführung eines Kultureuros bietet auch sächsischen Kommunen eine sinnvolle Möglichkeit Touristinnen und Touristen, zum Beispiel über eine Abgabe je Hotelbettenübernachtung an der Finanzierung der Kulturlandschaft zu beteiligen.

Wir fordern die Landesregierung auf, mit Hinblick auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahr 2012 ein Rechtsgutachten über eine möglichst unbürokratische Ausgestaltung einer Kulturabgabe bzw. Bettensteuer in Auftrag zu geben und der Öffentlichkeit vorzulegen.

Begründung:

erfolgt mündlich

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

1 **Antrag: B 05**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: Jusos Sachsen**
7

8 **Thema:**
9 **GRW-Leistungskurs ermöglichen. Politische Meinungsbildung unterstützen.**

10
11 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

12
13 Wir fordern, an allen sächsischen Gymnasien in der Oberstufe neben dem bisher beste-
14 henden Kursangebot ergänzend die Möglichkeit einen Leistungskurs des Unterrichtsfa-
15 ches Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft einzubringen.

16
17 Zu diesem Zweck wird das Fach GRW in den § 39 (1) ("Leistungskursfächer") der Schul-
18 ordnung Gymnasien Abiturprüfung (SOGYA) aufgenommen. So erhalten die sächsischen
19 Gymnasien überhaupt erst die Möglichkeit, bei entsprechendem Interesse und Schulprofil
20 einen GRW-Leistungskurs anzubieten.

21
22 Zudem fordern wir eine breitere Aufstellung des GRW-Unterrichtes an den sächsischen
23 Schulen. Zum einen soll das Fach bereits ab der 8. Klasse an Oberschulen sowie Gymna-
24 sien unterrichtet werden, zum anderen ist dafür eine Erhöhung der bisherigen zwei Wo-
25 chenstunden nötig, da Momentan die Zeit für politische Diskussionen im Schulunterricht
26 fehlt.

27
28 Um diese Ziele zu erreichen, sind Investitionen in die Ausbildung von und Anreize für Leh-
29 rer unabdingbar, um ausreichende Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Außerdem ist
30 eine Abkehr von einem reinen Frontalunterricht und der lediglich systematischen Betrach-
31 tung von Politik und Gesellschaft sowie deren „auswendig“ lernen nötig. Den Schüler*in-
32 nen muss Demokratie praktisch erfahrbar und erlernbar gemacht werden, um die nötigen
33 Kompetenzen erlernen zu können, die sie auf die Schwierigkeiten demokratischer Prob-
34 lemlösungsfindung vorbereitet.

35
36
37 **Begründung:**
38

39 Dadurch dass es in Sachsen bereits am Landesgymnasium St. Arfa die Möglichkeit eines
40 GRW Leistungskurses gibt und hiermit einhergehend das Kultusministerium des Freistaa-
41 tes Sachsen auch einen Lehrplan dazu entwickelt hat, würde eine landesweite Einführung
42 dieses Leistungskurses lediglich geringe bürokratische Arbeiten nach sich ziehen.

43
44
45 Des Weiteren ist die Einführung dieses Kurses nur gerecht, da in der Mehrzahl der bun-
46 desdeutschen Bundesländer -gegensätzlich zu Sachsen- der LK Politik/Sozialwissen-
47 schaft schon lange belegt werden kann; wie in etlichen anderen Punkten haben sächsi-
48 sche Abiturient*innen durch die enorm schlechtere Kursauswahl und das sächsische

SPD-Landesverband Sachsen ordentlicher Landesparteitag 2016	22./23. Oktober 2016 Chemnitz
Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	

- 49 Oberstufensystem im Allgemein einen wesentlichen Nachteil im Vergleich mit ihren Alters-
50 genoss*innen aus anderen Bundesländern.
51
52 Auch wäre die Einführung dieses Leistungskurses ein wichtiger Schritt, die politische Mei-
53 nungsbildung und Partizipation sächsischer Jugendlicher zu stärken.

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

Antrag: B 06

Votum der Antragskommission: erledigt mit Annahme L01

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Stadtverband Leipzig

Thema: Schule weiterentwickeln

Der Parteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

1. Die SPD Sachsen bekennt sich zur Gemeinschaftsschule als Regelschule. Im Zuge des Dialogverfahrens gab es eine große Unterstützung für ein längeres gemeinsames Lernen. Deshalb fordern wir Pilotprojekte von öffentlichen Gemeinschaftsschulen im Freistaat Sachsen nach Anmeldung der Kommunen.
2. Eine langjährige Forderung der Leipziger Sozialdemokratie wird Realität. Mit großer Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass es der SPD Landtagsfraktion gelungen ist, eine gesicherte Finanzierung für die Schulsozialarbeit im Doppelhaushalt 2018/2019 dem Koalitionspartner abzurufen.

Begründung:

erfolgt mündlich

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

Antrag: A 01

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Bildungsurlaube endlich auch für Sachsen

Die Jusos Sachsen fordern die Umsetzung des Übereinkommens 140 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und damit ein Bildungsurlaubsgesetz für den Freistaat Sachsen.

Bei der Erarbeitung dieses Gesetzes soll das Saarländische Bildungsfreistellungs-gesetz (SBFG) als Vorbild herangezogen werden.

Begründung:

Durch das Übereinkommen 140 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aus dem Jahr 1974 verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland die Gewährung von bezahltem Bildungsurlaub zum Zwecke der Berufsbildung auf allen Stufen, der allgemeinen und politischen Bildung und der gewerkschaftlichen Bildung zu fördern.

Der Freistaat Sachsen hat es bisher als einziges Bundesland neben dem Freistaat Bayern versäumt, diese Verpflichtung zuständigkeitshalber in Landesrecht umzusetzen.

Politische Bildung verbessert das Verständnis für gesellschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge und fördert damit die in einem demokratischen Gemeinwesen anzustrebende Mitsprache und Mitverantwortung in Staat, Gesellschaft und Beruf.

Insbesondere in den letzten Monaten hat sich wiederholt gezeigt, wie defizitär dieses Wissen in wesentlichen Teilen der Bevölkerung in Sachsen ausgeprägt ist. Politische Bildung ist keine Nebensache, sondern essenzieller Bestandteil des Lebens in einer demokratischen Gesellschaft. Diese darf nicht mit dem Schulabschluss enden.

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

Antrag: A 02

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema:

Neuregelung der Rücknahme von Leuchtkörpern und Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema „Recycling von Leuchtkörpern“

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Wir fordern, dass die Annahmeverpflichtung von Leuchtmitteln nach dem ElektroG in geeigneter Weise für den Konsumenten innerhalb der Verkaufsräume bzw. in den Annahmestellen beworben werden soll. Dies soll der Konsumenteninformation dienen und somit die Recyclingquote steigern.

Des Weiteren sprechen wir uns für eine umfassende Werbekampagne des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) aus, die zusätzlich die Bevölkerung zum Umgang mit Leuchtmitteln informiert und sensibilisiert. Dies soll gewährleisten, dass das Ziel der EU eine Rücknahmequote von mindestens 65% bis zum Jahr 2019 erreicht wird.

Diese zwei Maßnahmen sollen dazu dienen, dass das funktionierende System bekannt gemacht wird sowie ein Bewusstsein in der Bevölkerung für das Recycling von Leuchtmitteln geschaffen wird, so wie es bei Altbatterien seit Jahren gängige Praxis ist, um die Entgiftung der Umwelt voranzutreiben.

Begründung:

In der 2009 in Kraft getretenen EG-Verordnung 244/2009 ist das schrittweise Handelsverbot von Glühbirnen in der Europäischen Union festgelegt. Seit 1. September 2012 dürfen ausschließlich energieeffiziente Leuchtmittel, wie etwa Halogenleuchten, Leuchtdioden (LED) oder Kompaktleuchtstofflampen, welche gemeinhin als Energiesparlampen bezeichnet werden, in den Verkauf gelangen. Die häufig als Glühbirnenverbot betitelte Verordnung wird von der EU-Kommission vor allem mit Strom- und Kosteneinsparungen bei den Verbrauchern und der Verringerung des Ausstoßes an Treibhausgasen gerechtfertigt [2].

Zwei dieser drei Arten, von für den Verbraucher energieeffizienten Leuchtmitteln, beinhalten neben diesen umweltfreundlichen Vorteilen aber auch Risiken. So enthalten Energiesparlampen (Kompaktleuchtstofflampen) und Leuchtstoffröhren wenige Milligramm Quecksilber sowie auch andere Gifte wie Flammschutzmittel und krebserregende Stoffe wie Phenol, Naphtalin und Styrol, und sind somit ein gefährlicher Abfall [4, 7]. Auch LED müssen laut Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) als Elektronikschrott fachge-

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

49 recht entsorgt werden, da sie Elektronikbauteile und seltene Erden enthalten [8]. Halogen-
50 lampen sind durch ihre geringe Konzentration an Halogenen als gesundheitlich unproble-
51 matisch anzusehen. Obwohl man sie bedenkenlos in den Hausmüll werfen könnte [6],
52 sollte trotzdem für den Konsumierenden aus Praktikabilitätsgründen (z.B. Verwechslungs-
53 gefahr des Leuchtmitteltyps) die Möglichkeit bestehen, diese mit abzugeben.

54
55 Seit 2006 müssen die herstellenden Firmen durch das Elektro- und Elektronikgerätege-
56 setz (ElektroG), welches in Deutschland die WEEE-Richtlinie der EU zum Umgang mit
57 Elektronikschrott umsetzt, ausgediente Leuchtmittel kostenlos zurücknehmen und recy-
58 celn. Dazu wurde von führenden Firmen (Osram, Philips, Aura, u.a.) das Recycling-Ge-
59 meinschaftsunternehmen ‚Lightcycle‘ gegründet, welches in Deutschland die Rücknahme
60 dieser Leuchtmittel anbietet und organisiert. Diese Rücknahmediendienstleistung, die in Ein-
61 zelhandelsgeschäften sowie in kommunalen Abnahmestellen erfolgen kann, ist für diese
62 aber nicht verpflichtend. So ist die tatsächliche Möglichkeit der Rückgabe von Leuchtmit-
63 teln für den Konsumenten dünn gesät. Ein Markt-Check der Verbraucherzentrale im Jahr
64 2011, in dem 210 Geschäfte in 17 Städten und zwei Kreisen in NRW untersucht wurden,
65 ergab, dass 59% der untersuchten Geschäfte Energiesparlampen zurücknahmen. Dabei
66 gab es jedoch merkliche Unterschiede zwischen den Geschäftstypen. Als großes Hemm-
67 nis für die Konsumierenden zeigte sich, dass trotz der hohen Bereitschaft, verbrauchte
68 Energiesparlampen anzunehmen, kaum ein Geschäft darüber informierte. Nur 25% der
69 getesteten Geschäfte hatten eine frei zugängliche Rücknahmebox. 75% der rücknahme-
70 bereiten Geschäfte nahmen Energiesparlampen nur auf Anfrage entgegen. Das bedeutet,
71 in drei Viertel der Geschäfte erfahren die Konsumierenden nichts über diesen Service und
72 wird deshalb auch kaum wahrgenommen. Außerdem bedeutet eine Rücknahme auf
73 Nachfrage immer auch eine zusätzliche Hemmschwelle. Dies ist keine konsumierenden-
74 freundliche Lösung. Um eine möglichst hohe Rückgabequote zu erreichen, muss klar und
75 deutlich auf das Angebot aufmerksam gemacht werden und es sollten keine unnötigen
76 Hemmschwellen, wie persönliche Nachfrage beim Personal, im Handel aufgebaut werden
77 [9]. Bei kommunalen Abnahmestellen sehen die Zahlen ähnlich aus [2]. Vorreiter der fach-
78 gerechten Entsorgung von Energiesparlampen via Sammelbox sind Baumärkte, die
79 Schlusslichter bilden Discounter, Supermärkte und Drogerien [8]. Somit kann man sagen,
80 dass es bis jetzt auf freiwilliger Basis nicht gelungen ist ein tatsächliches flächendecken-
81 des Rückholssystem für Leuchtmittel aufzubauen und somit eine verpflichtende gesetzliche
82 Regelung angestrebt werden muss.

83
84 Ein weiteres Problem ist, dass laut einer Umfrage mit 1.711 Teilnehmenden, zwar 65 %
85 der Deutschen von der hohen Umweltbelastung durch die Entsorgung von Energiespar-
86 lampen wussten [3], sich aber der Anteil der deutschen Haushalte, welche ihre Leuchtmit-
87 tel korrekt entsorgen, schätzungsweise auf nur 10 % bis 20 % bemisst. Damit zählt
88 Deutschland europaweit mit zu den Ländern mit der geringsten Sammelquote [8]. Das,
89 obwohl seit 2006 auf den Energiesparlampen ein Etikett mit einer durchgestrichenen Müll-
90 tonne angebracht ist [10]. Dies kann neben der unzureichenden Dichte an Sammelstellen
91 auch auf fehlendes Wissen oder Motivation zum Recycling von Leuchtmitteln begründet
92 sein [5].

93
94 Diesbezüglich wäre es sinnvoll, zum einen auf der Vorderseite der Verpackung oder auf
95 dem Leuchtkörper selbst, eine gut sichtbare Beschriftung in deutscher Sprache anzubrin-
96 gen. Diese Beschriftung soll den Konsumierenden darauf hinweisen, dass Leuchtdioden

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

97 (LED) und Energiesparlampen (Kompaktleuchtstofflampen) bei einer Recyclingstelle ab-
98 zugeben sind und nicht in den Hausmüll gehören bzw. auch bei Halogenlampen eine Ab-
99 gabe bei einer Recyclingstelle möglich ist. Zum anderen sollte eine umfassende Kam-
100 pagne zu diesem Sachverhalt durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau
101 und Reaktorsicherheit (BMUB) durchgeführt werden.

102

103 **Quellen:**

104

105 **[1]** Deutsche Umwelthilfe e.V. (2013): Rückgabe von Energiesparlampen und
106 Bauschaumdosen: Kundenservice in kommunalen Sammelstellen oft mangelhaft. Online
107 verfügbar unter: http://duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=3235
108 (letzter Abruf: 27.04.2016)

109 **[2]** Frondel, M.; Lohmann, S. (2010): Das Glühbirnendekret der EU – ein unnötiges Ver-
110 bot. Zeitschrift für Energiewirtschaft 34 (4), 247-253

111 **[3]** Grass Roots (2009): Welche Nachteile von Energiesparlampen kennen Sie? Online
112 verfügbar unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/71084/umfrage/bekanntest-nachteile-von-energiesparlampen/> . (letzter Abruf: 27.04.2016)

113 **[4]** Kubitz, E. (2012): Energiesparlampen – teuer, giftig, wenig umweltfreundlich. Online
114

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

1 **Antrag: A 03**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: SPD-Kreisverband Görlitz und SPD-Kreisverband Bautzen**

7
8 **Thema: ÖPNV/SPNV für Stadt und Land – Grundversorgung für Sachsen sichern**

9
10 Der Landesparteitag möge beschließen:

11 Die SPD soll sich auf Bundes- und auf Landesebene dafür einsetzen:

- 12
13 1. Mobilität als Grundvoraussetzung einer modernen Gesellschaft zu verstehen und
14 den ÖPNV und SPNV als Aufgabe der Daseinsvorsorge zu stärken. Dies sowohl
15 in den Ballungsräumen aber auch und insbesondere in den ländlichen Regionen
16 Sachsens. Dem Auftrag der Daseinsvorsorge muss sie gerecht werden.
17
18 2. der Reduzierung von SPNV-Angeboten, insbesondere in den ländlichen Regionen
19 Sachsens, durch eine ausgewogene Verkehrs- und Finanzpolitik, entgegen zu wir-
20 ken.
21
22 3. die Ziele des sächsischen Koalitionsvertrages, in dem das Thema Daseinsvor-
23 sorge im ländlichen Raum berechtigter Weise eine große Bedeutung hat, weiterhin
24 umzusetzen.
25
26 4. keine Debatte „Stadt gegen Land“ aufkommen zu lassen, sondern in Summe eine
27 auskömmliche und mehrjährig sichere Finanzierung des ÖPNV/SPNV-Angebots
28 im gesamten Freistaat zu gewährleisten, um mindestens den Status Quo überall in
29 Sachsen absichern zu können.
30
31 5. unsere Parteitagsbeschlüsse in Regierungshandeln umzusetzen. Im konkreten
32 Fall den Leitantrag *„Kommune 2030. Den Wandel in den ländlichen Regionen ge-
33 stalten“*. Darin grenzen wir uns berechtigterweise von der Vorgängerregierung ab
34 und fordern, anders als die schwarzgelbe Staatsregierung, das Land nicht auf
35 seine Schließung vorzubereiten, sondern dafür zu sorgen, dass die Aufgaben der
36 Daseinsvorsorge weiterhin gesichert sind. Anders als die schwarzgelbe Staatsre-
37 gierung koppeln wir den ländlichen Raum nicht von den Ballungsräumen ab, son-
38 dern wir wollen einen gut ausgebauten und attraktiven ÖPNV/SPNV, damit alle
39 Menschen in Sachsen mobil sein können.
40

41
42 **Begründung:**

43
44 Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart: Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in
45 Sachsen muss mit dem Ziel der wirksamen Anbindung des ländlichen Raums an die Bal-
46 lungszentren weiterentwickelt werden. Die Erschließung einer Region ist Daseinsvorsorge
47 und darf nicht allein aus wirtschaftlicher Perspektive bewertet werden. Uns Sozialdemo-
48 kratinnen und Sozialdemokraten ist dabei bewusst, dass die Mobilitätsangebote in den
49 sächsischen Regionen unterschiedlich entwickelt sind. Dem ländlichen Raum gilt daher

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

50 besonderes Augenmerk. Die demografische Entwicklung und die Bevölkerungswanderun-
51 gen innerhalb Sachsens dürfen uns allerdings nicht dazu verleiten, den Menschen in den
52 ländlichen und schrumpfenden Gebieten das Gefühl zu vermitteln, dass der Freistaat
53 Sachsen aktiv begleitende Sterbehilfe betreibt. Im Gegenteil, alle Menschen in Sachsen
54 haben ein Anrecht auf Mobilität und gute Infrastruktur. Egal ob sie in Leipzig, Dresden, im
55 Vogtland oder in der Oberlausitz beheimatet sind. Mit einer leistungs- und funktionsfähi-
56 gen Infrastruktur ist die Grundvoraussetzung für eine starke und dynamische Wirtschaft
57 und für Wachstum und Beschäftigung in Sachsen geschaffen. Sie ist die Grundlage für
58 eine nachhaltige Mobilität von Menschen und Gütern und trägt damit gleichzeitig zur Ver-
59 besserung der Erreichbarkeit und zu höherer Lebensqualität bei.

60
61 Es muss der Anspruch der SPD sein, eine Grundversorgung mit ÖPNV/SPNV-Leistungen
62 in ganz Sachsen zu realisieren und die Anbindung der ländlichen Regionen mit den Bal-
63 lungszentren sowie die Vernetzung des ländlichen Raums weiter zu verbessern. Dazu ist
64 es notwendig, Standards für eine Grundversorgung zum ÖPNV zu definieren.

65
66 Nur wenn die Fahrzeiten ähnlich sind, kann der klimafreundlichere öffentliche Verkehr
67 eine wirkliche Alternative zum eigenen Auto darstellen. Dem Schienenpersonennahver-
68 kehr (SPNV) kommt in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, die Hauptachsen in ei-
69 nem regelmäßigen Taktverkehr zu bedienen und für eine schnelle Anbindung der Bal-
70 lungszentren mit den ländlichen Regionen zu sorgen. Regionale Busverkehre sollten
71 grundsätzlich nur als Zubringerverkehr zu den SPNV-Leistungen geplant und realisiert
72 werden und somit eine sichere Anbindung peripherer Regionen an die SPNV-Achsen ge-
73 währleisten.

74
75 Klar ist, dass nur eine ausreichende und gesicherte Finanzierung eine solche Grundver-
76 sorgung sicherstellen und für die notwendige Planungssicherheit bei den Aufgabenträgern
77 sorgen kann. Der Freistaat Sachsen muss sich zu einer Sicherung und zu einem Ausbau
78 des öffentlichen Verkehrs bekennen und entsprechende Finanzaussagen machen, die
79 Planungssicherheit bei Investitionen in Infrastruktur und Betrieb gewährleisten.

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

1 **Antrag: A 04**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: SPD-Kreisverband Leipzig**
7

8 **Thema:**

9 **Öffentlicher Nahverkehr im ländlichen Raum - Unterstützung des Modellvorhabens**
10 **„Muldental in Fahrt“ für eine zukunftsfähige Mobilität**
11

12 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:
13

14 Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem zunehmenden Rückzug
15 von Versorgungseinrichtungen aus dem ländlichen Raum gilt es im Sinne der Daseinsvor-
16 sorge aber auch zur Gewährleistung einer attraktiven Infrastruktur, die Erreichbarkeit
17 durch den ÖPNV nachhaltig zu verbessern. Hierdurch soll insbesondere die Lebensquali-
18 tät der Bürger außerhalb der sächsischen Großstädte steigen.
19

20 Im Landkreis Leipzig haben deshalb der Landkreis, der Zweckverband für den Nahver-
21 kehrsraum Leipzig (ZVNL), der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) und die
22 Regionalbus Leipzig GmbH seit über zwei Jahren an einem zukunftsorientierten Modell-
23 vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gearbeitet, das nunmehr als
24 umsetzungsreifes Konzept „Muldental in Fahrt“ umgesetzt werden kann.
25

26 Für diese Umsetzung wird neben eigenen Mitteln auch die finanzielle Unterstützung des
27 Freistaates Sachsen benötigt, um durch konkrete Umsetzungsschritte den damit verbun-
28 denen Nutzen für Bevölkerung und Wirtschaft möglichst bald Realität werden zu lassen.
29 Dabei ist das Projekt als Blaupause für den gesamten Freistaat zu sehen.
30

31 Die SPD Sachsen fordert daher den Freistaat Sachsen auf, für einen Zeitraum von 3-4
32 Jahren die Umsetzung des Modellvorhabens anteilig finanziell zu unterstützen. Hierfür
33 wäre für die Sicherstellung des Betriebs ein zusätzlicher Betrag von jährlich 2 Mio. € so-
34 wie einmalige Investitionen in Höhe von ca. 2,4 bis 3,3 Mio. € erforderlich.
35

36
37 **Begründung:**
38

39 Seit gut zwei Jahren arbeiten der Landkreis Leipzig, der Zweckverband für den Nahver-
40 kehrsraum Leipzig (ZVNL), der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) und die
41 Regionalbus Leipzig GmbH an einem zukunftsorientierten Modellvorhaben des Öffentli-
42 chen Personennahverkehrs (ÖPNV). Vor dem Hintergrund der demografischen Entwick-
43 lung und dem zunehmenden Rückzug von Versorgungseinrichtungen und Ärzten aus dem
44 ländlichen Raum soll deren Erreichbarkeit durch den ÖPNV verbessert werden. Hierdurch
45 soll insbesondere die Lebensqualität der Bürger außerhalb der sächsischen Großstädte
46 steigen. Gleichzeitig werden die Städte durch eine verstärkte Nutzung von öffentlichen
47 Verkehrsmitteln durch Pendler vom Autoverkehr entlastet.
48

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

49 Im Landkreis Leipzig ist hierfür als Modelregion ein Gebiet um die Städte Bad Lausick -
50 Brandis - Colditz und Grimma ausgewählt worden, in dem etwa 100.000 Menschen leben
51 und das für das Vorhaben ein besonders gutes Potenzial bietet. Das Modellgebiet liegt im
52 Muldental in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadt Leipzig und zum Landkreis Nordsach-
53 sen.

54
55 Das Modellvorhaben beinhaltet im Kern einen Paradigmenwechsel im ÖPNV, da öffentli-
56 che Mobilität künftig nicht nur während der Schulzeit, sondern an sieben Tagen in der Wo-
57 che und damit auch am Wochenende und in sogenannten „Tagesrandzeiten“ angeboten
58 werden soll. Hierfür wurde ein neues regionales Busnetz nach einem Integralen Taktfahr-
59 plan (ITF) konzipiert, das eng mit dem Eisenbahnverkehr verknüpft ist und durch vier lo-
60 kale Stadtbussysteme ergänzt wird. Über eine intelligente Linienführung und ein engma-
61 schiges Haltestellenetz werden Wohngebiete, Einkaufseinrichtungen, Arztpraxen, Apo-
62 theken, Gewerbegebiete, Schulen und kulturelle sowie touristische Einrichtungen er-
63 schlossen und miteinander verknüpft.

64
65 Das neue Angebot beinhaltet für breite Bevölkerungsschichten einen großen Nutzen. Ne-
66 ben älteren Menschen gewinnen auch Auszubildende, Berufstätige, Gewerbetreibende,
67 Familien und Touristen. Den Folgen der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum
68 wird wirksam begegnet. Hierdurch wird die Lebensqualität in den beteiligten Kommunen
69 des Landkreises Leipzig sowie in den angrenzenden Gebieten steigen. Der Freistaat
70 Sachsen profitiert von diesem innovativen Ansatz, der sich hervorragend mit den Zielen
71 des Koalitionsvertrages u.a. mit der Erschließung des ländlichen Raumes sowie der bes-
72 seren Mobilität von Schülerinnen und Schüler und Auszubildenden kombinieren lässt.

73
74 Die skizzierte Vision, die sich aus der Zukunftsstrategie des MDV 2025 ableitet, ist mit ei-
75 nem konkreten Nahverkehrskonzept „Muldental in Fahrt“ detailliert untersetzt. Die Vorar-
76 beiten sind weitestgehend abgeschlossen. Das Modellvorhaben wurde im Kreistag und in
77 den Stadträten der vier beteiligten Kommunen den politischen Entscheidungsträgern vor-
78 gestellt und die Diskussion mit Verbänden und der hiesigen Wirtschaft begonnen. Es ist
79 auf übergroßes Interesse und Begeisterung gestoßen. Es ist deutlich geworden, dass das
80 Konzept einen Meilenstein für die Entwicklung der Lebensqualität in den ländlichen Räu-
81 men des Freistaates Sachsen darstellen wird.

82
83 Die Planungsarbeiten sind somit mittlerweile umsetzungsreif erstellt und werden von den
84 betroffenen Kommunen sowie den Vertretern der Region in der Umsetzung ausdrücklich
85 befürwortet und operativ unterstützt. Die Initiatoren haben mit einem eigenen Budget von
86 bisher 500 Tsd. € diesen Planungsfortschritt erreicht und könnten sofort mit den Arbeiten
87 für eine Betriebsaufnahme zum Sommer 2017 beginnen.

88 Allerdings sind bislang die durch die Angebotsausweitung entstehenden zusätzlichen Be-
89 triebskosten nicht vollständig gedeckt, auch wenn die Kommunen und zahlreiche lokale
90 Akteure bereits einen finanziellen Beitrag angekündigt haben. Deshalb fordern wir den
91 Freistaat Sachsen auf, für einen Zeitraum von 3-4 Jahren die Umsetzung des Modellvor-
92 habens anteilig finanziell zu unterstützen. Hierfür wäre für die Sicherstellung des Betriebs
93 ein zusätzlicher Betrag von jährlich 2 Mio. € sowie einmalige Investitionen in Höhe von ca.
94 2,4 bis 3,3 Mio. € erforderlich.

95

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

96 Wir sind fest davon überzeugt, dass diese Modellvorhaben grundsätzlich geeignet sind,
97 für weite Teile des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen eine Antwort darauf zu ge-
98 ben, ob mit einem angebotsorientierten und vernetzten Mobilitätsansatz auf Basis des öf-
99 fentlichen Nahverkehrs der demografischen, touristischen und auch wirtschaftlichen Ent-
100 wicklungen zukunftsfähig begegnet werden kann. Eine Evaluation und Begleitung der AG
101 Angebotsplanung kann sicherstellen, dass die Erkenntnisse und die Empfehlungen aus
102 dem Modellvorhaben allen Landkreisen sowie den tangierenden Ministerien (SMI, SMK,
103 SMWA u.a.) unmittelbar zu Gute kommen.
104
105 Wir fordern daher einen entsprechenden Haushaltstitel (Modellvorhaben AG Angebotspla-
106 nung integrierte Erschließung der ländlichen Räume) in den Haushalt 2017/18 bzw. bei
107 einer möglichen Verwendung von nicht ausgeschöpften Budgets einzubringen. Dabei ist
108 es ausdrücklicher Wunsch, dies nicht zu Lasten von SPNV-Bestellerleistungen zu budge-
109 tieren.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

Antrag: A 05

Votum der Antragskommission: erledigt mit Annahme L01

Votum des Parteitags:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17

Antragsteller: AG 60 plus Sachsen

Thema: Schnelles Internet auch für den ländlichen Raum

Der Landesparteitag möge beschließen mit flächendeckendem Breitband-Internet (100 Mbit/s) auch den ländlichen Raum auszustatten.

Begründung:

Das Land Sachsen ist unterdurchschnittlich ausgestattet.
Industrie, Handwerk, Freiberufliche (Planerinnen und Planer usw.) Tourismus, Schulen und Universitäten benötigen das schnelle Internet.

Demokratie und Inneres

1 **Antrag: D 01**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: SPD-Unterbezirk Dresden und Jusos Sachsen**

7
8 **Thema: Stasi-Unterlagenbehörde eigenständig weiterentwickeln**

9
10 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundespartei-
11 tag weiterleiten:

12
13 Die Zukunft der „Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicher-
14 heitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)“ war seit 2014
15 Thema einer hochkarätig besetzten Expertenkommission des Deutschen Bundestages.
16 Diese Kommission legte im April 2016 ihren Abschlussbericht vor, der im Kern eine Ein-
17 gliederung der Stasi-Unterlagenbehörde in das Bundesarchiv bis zum Jahr 2021 vorsieht
18 und die Reduzierung der Außenstellen auf eine pro Bundesland zur Folge hätte.

19
20 Wir lehnen diese vorgeschlagene Vorgehensweise ab. Aus unserer Sicht wird eine An-
21 gliederung der Stasi-Unterlagenbehörde an das Bundesarchiv der besonderen histori-
22 schen Bedeutung der Stasi-Akten nicht gerecht. Der offene Zugang zu den Akten einer
23 ehemaligen Geheimpolizei ist in dieser Art und Weise weltweit einmalig und sollte auch
24 entsprechend weiterhin wohnortnah und unkompliziert gewährleistet werden. Der derzei-
25 tige Zugang zu den Stasi-Unterlagen ist zudem mit dem geltenden Bundesarchivgesetz
26 nicht kompatibel und würde auch weiterhin die spezifischen Regelungen des Stasi-Unter-
27 lagen-Gesetzes oder eine umfassende Novellierung des Bundesarchivgesetzes erfordern.

28
29 Wir fordern stattdessen:

- 30
31
- 32 • Die Stasi-Unterlagenbehörde soll auch in Zukunft als eigenständige Behörde fort-
33 bestehen und in ihrer Grundstruktur mit einer Zentrale in Berlin und den existieren-
34 den zwölf Außenstellen in den ehemaligen DDR-Bezirkstädten erhalten bleiben.
35 Gerade für ältere oder gesundheitlich beeinträchtigte Menschen ist die Wohnort-
36 nähe ein wichtiger Faktor.
 - 37 • Die Außenstellen müssen weiterhin als Anlaufpunkt für alle interessierten Bürge-
38 rinnen und Bürger und natürlich besonders die Opfer zur Verfügung stehen. Dane-
39 ben sollte aber auch die eigenständige Bildungs-, Geschichts- und Erinnerungsar-
40 beit der Außenstellen in ihrer Bedeutung gestärkt werden und auch entsprechend
41 mit Ressourcen unterlegt werden. Dies ist insbesondere für die Arbeit und den Di-
42 alog mit den „Nachwendegenerationen“ unumgänglich und zentral für den Erhalt
43 der Behörde. Bei der zweifelsohne notwendigen Weiterentwicklung der Gesamtbe-
44 hördede ist der Forschungsarbeit ein besonderer Stellenwert einzuräumen.
 - 45 • Eine belastbare und langfristige Personalplanung ist wichtig für die Zukunft der Be-
46 hördede. Gleichbleibende bis sogar steigende Antragszahlen und die in den letzten
47 Jahren deutlich verlängerten Wartezeiten auf Einsichtnahme belegen, dass der
48

Demokratie und Inneres

- 49 derzeitige Schrumpfkurs in eine Sackgasse führt und die Arbeit der Behörde zu-
50 nehmend behindert.
51
- 52 • Das steigende Alter des Aktenbestandes macht eine Verbesserung der archivali-
53 schen Bedingungen in der gesamten Behörde umso dringlicher. Diese entspre-
54 chen nicht durchweg den heute an die Unterbringung von Archivgut angelegten
55 Kriterien. Die Digitalisierung von Teilen des Bestandes kann aus unserer Sicht ei-
56 nen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Nutzbarkeit der Akten leisten. Die Digitali-
57 sierung von personenbezogenem Aktenmaterial lehnen wir ab.
58
 - 59 • Das Projekt zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener Akten sollte fortgesetzt und
60 entsprechend unterstützt werden. Die bisher nicht zugänglichen Bestände könnten
61 einen wichtigen Beitrag zur Beantwortung noch offener historischer Fragen leisten.

Demokratie und Inneres

1 **Antrag: D 02**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: Jusos Sachsen**
7

8 **Thema: Refugees Welcome - auch an sächsischen Hochschulen**
9

10 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:
11

12 In den letzten Jahren sind viele Geflüchtete nach Deutschland gekommen, um hier ein
13 neues Leben aufzubauen. Wichtige Teile der Integration sind die Bildung, Ausbildung und
14 die Integration in die Arbeitswelt. Ein Weg dorthin kann das Studium an einer Hochschule
15 in Sachsen sein. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Geflüchteten sich auf das Stu-
16 dium vorbereiten, indem sie zum Beispiel die deutsche Sprache lernen. Auch die Hoch-
17 schulen müssen sich an die neuen Studierenden anpassen.
18

19 Deshalb fordert die SPD Sachsen die Landtagsfraktion auf, folgende Punkte als Prüfungs-
20 auftrag an das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu formulieren:
21

- 22 • das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst soll einen Bericht über die
23 Umsetzung von Maßnahmen zur Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete
24 anfertigen und veröffentlichen
25
- 26 • die Sächsischen Hochschulen sollen für das Studium relevante Dokumente und
27 Formulare und entsprechende Medienauftritte in Englisch und in den Sprachen der
28 Geflüchteten übersetzen
29
- 30 • an den sächsischen Hochschulen sollen Stellen geschaffen werden für
31 Beauftragte, die als Ansprechpartner*innen bei Fällen von Diskriminierung
32 gegenüber Geflüchteten funktionieren
33
- 34 • Lehrende der Sächsischen Hochschulen sollen verpflichtend an
35 Antidiskriminierungsseminaren teilnehmen. Diese sollen in Kooperation mit
36 externen Institutionen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren,
37 konzipiert werden.
38

39
40 **Begründung:**

41
42 erfolgt mündlich

Demokratie und Inneres

1 **Antrag: D 03**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: AG 60 plus Sachsen**

7
8 **Thema: Verbot des Tragens einer Burka in der Öffentlichkeit**

9
10 Die SPD Sachsen möge beschließen und an den BPT der SPD weiterleiten:
11 Die SPD spricht sich für ein generelles Verbot aus in der Öffentlichkeit eine Burka zu
12 tragen.

13
14
15 **Begründung:**

16
17 In Deutschland gilt bei allen Versammlungen ein Vermummungsverbot, das allerdings oft
18 nicht konsequent durchgesetzt wird. Unter dieses Verbot fällt auch das Tragen einer
19 Burka. Erschwerend ist dabei die Tatsache, dass nicht erkennbar ist, wer sich darunter
20 verbirgt; das könnte evtl. sogar ein Terrorist sein. Im Übrigen besteht das Verbot der
21 Burka bereits in Frankreich und dieses Verbot ist vom EuGH bestätigt worden.

Demokratie und Inneres

Antrag: D 04

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Ortsverein Leipzig-Südwest

Thema: Feiertag bleibt freier Tag

Die SPD Sachsen setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass nicht bewegliche gesetzliche bundesweite Feiertage, die auf einen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer freien Tag am Wochenende (Samstag oder Sonntag) fallen, am ersten darauffolgenden Arbeitstag nachgeholt werden. Bei zwei Feiertagen an einem Wochenende (z.B. Weihnachten) sind entsprechend zwei freie Arbeitstage zu gewähren. Insbesondere sind Schichtdienste bei dieser Regelung zu berücksichtigen.

Die SPD Sachsen wird entsprechende Anträge Bundesparteitag stellen.

Begründung:

Die gesetzlichen Feiertage stehen den Deutschen laut Bundes- und/oder Landesgesetzgebung zu. Eine Regelung, wie mit dem Entzug von Feiertagen, die auf ein Wochenende fallen, arbeitsrechtlich umzugehen ist, besteht derzeit nicht. Eine Kompensation für den wirtschaftlichen Gewinn für Arbeitgebende, der durch den Anfall von Feiertagen auf arbeitsfreie Tage entsteht, ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer derzeit nicht vorgesehen.

Neben den religiösen Feiertagen, die zur inneren Einkehr und anlassbezogen zum Gedenken an Ereignisse des religiösen Lebens Freiraum geben sollen, bestehen säkulare Feiertag, wie der 1. Mai, die den Menschen Freiraum zur persönlichen Entfaltung und die Erinnerung an Errungenschaften u.a. der SPD für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Verfügung stehen sollen.

Als sozialdemokratische Kraft sollte sich die SPD für die Interessen der Arbeitnehmerschaft einsetzen und für die der Arbeitnehmerin und dem Arbeitnehmer zustehende Zeit für Erholung und Freiraum kämpfen.

Die deutsche Wirtschaft nimmt auch in Jahren, in denen Feiertage nicht auf ein Wochenende fallen keinen gesamtwirtschaftlichen Schaden, da die Wirtschaft auf die arbeitsfreien Tage eingestellt ist. Die neue Regelung sollte zeitlich so eingeführt werden, dass diese in Kraft tritt, wenn Feiertage hauptsächlich auf allgemeine Werkstage (Montag bis Freitag) fallen. So kann sich die Wirtschaft mittelfristig auf die neue Regelung einstellen und erhält entsprechende Planungssicherheit.

Eine gesetzliche Regelung zum Nachholen von Feiertagen existiert z.B. in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Belgien, Spanien, Großbritannien, Irland und Griechenland. Auch SPD Politiker/innen wie die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD, Katja Mast (MdB), setzen sich für eine entsprechende gesetzliche Regelung in Deutschland ein.

Demokratie und Inneres

1 **Antrag: D 05**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: Jusos Sachsen**
7

8 **Thema: Profit über Sicherheit? Kontrollen an Flughäfen wieder verstaatlichen!**
9

10 Der Landesparteitag des SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD Bundespar-
11 teitag und die SPD Fraktion Deutschen Bundestag weiterleiten:
12

13 Die SPD Sachsen fordert:

- 14
15 1. Sofortiger Stopp aller Privatisierungsmaßnahmen im Bereich der Flughafen- und
16 Luftsicherheit
17 2. Die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag soll ein Konzept erarbeiten, wie in Zu-
18 kunft die Sicherheitskontrollen an deutschen Flughäfen wieder in direkter Zustän-
19 digkeit den Exekutivorganen unter Aufsicht des Bundesinnenministeriums unter-
20 stehen
21 3. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Beruf des/der Luftsicherheitsassistent ein
22 vollständiger Ausbildungsberuf wird und die Ausbildung von Beamtinnen und Be-
23 amten der Bundespolizei durchgeführt wird
24
25

26 **Begründung:**
27

28 Die Kontrollen an Flughäfen sind elementare Bestandteile der Sicherheit im deutschen
29 Luftraum. Ein kleiner Fehler kann bereits ein hohes Risiko für Passagiere, Angestellte des
30 Flughafens, Angestellte der Airlines und Sicherheitskräfte des Flughafens bedeuten. Der
31 Trend der immer weiter zunehmenden Privatisierungen in dieser Branche zeigt deutlich,
32 dass es auch beim Thema Sicherheit nur um den Profit zu gehen scheint. Im Auftrag der
33 EU-Kommission wurden im letzten Jahr beispielsweise eklatante Mängel am Flughafen
34 Frankfurt a.M. aufgedeckt, immerhin einer der größten Flughäfen der Welt und der Größte
35 in Deutschland. Aus dem Bericht der Bundespolizei von 2014 geht etwa hervor, dass in
36 diesem Jahr ca. 340.000 verbotene bzw. gefährliche Gegenstände bei Gepäckkontrollen
37 an deutschen Flughäfen entdeckt wurden.
38

39 Es geht uns hierbei nicht um eine vorschnelle Reaktion auf die Terroranschläge von Brüs-
40 sel und Paris, jedoch zeigen diese Vorfälle welchen Stellenwert die öffentliche Sicherheit
41 haben sollte. Als höchste Luftsicherheitsbehörde in Deutschland ist das Bundesinnenmi-
42 nisterium für die Sicherheitskontrollen an Flughäfen verantwortlich. Das Problem ist be-
43 kannt. Bereits 2012 gab es ähnliche Vorwürfe nach einer internen Kontrolle seitens der
44 EU-Kommission. Nach den erneuten Problemen im letzten Jahr und der offensichtlichen
45 Tatenlosigkeit des zuständigen Ministeriums, kam es sogar zur Klage und zur Entsendung
46 europäischer Kontrolleure an den Flughafen Frankfurt. Auf Anfrage der Linksfraktion be-
47 stätigte die Bundesregierung im April 2015 sogar, dass es erhebliche Mängel gäbe. Pas-
48 siert ist seitdem nichts. Wie auch, wenn etwa der EU-Kontrollbericht als Verschlussache
49 eingestuft wird und weder den Abgeordneten noch dem Innenausschuss vorgelegt wird.

Demokratie und Inneres

50

51 Die Kontrollen an deutschen Flughäfen werden von privaten Sicherheitsfirmen durchge-
52 führt, welche im Auftrag des Bundes agieren. Aufsichtsbehörde ist die Bundespolizei, die
53 jedoch durch die fast überall in Deutschland fortschreitende Privatisierung Verantwortung
54 und Zuständigkeiten ebenfalls abgegeben hat. Private Unternehmen befinden sich im ste-
55 tigen Wettbewerb ihrer Branche. Es wird gewinnorientiert geplant und gehandelt. Dieser
56 Umstand führt in vielen Fällen zu Einsparungen bei Ausstattung und Personal, sowie bei
57 entsprechenden Schulungen und Ausbildungen. Maximaler Profit ist auch in der Sicher-
58 heitsbranche nur durch niedrige Löhne und niedrig geschultes Personal zu erreichen. Ein
59 Umstand wogegen sich die Sozialdemokratie in über 150 Jahren schon immer zur Wehr
60 gesetzt hat. Ein Bericht des Magazins „ZDF zoom“ vom September 2015, deckt nicht nur
61 Schwächen bei Arbeitsbedingungen auf, sondern auch veraltetes Material, veraltete
62 Kenntnisse und eine insgesamt völlig desolante Ausbildung der Menschen, die mit ihrer Ar-
63 beit für den Schutz von vielen Millionen Menschen verantwortlich sind. Es ist schlimm,
64 dass dies dem Innenministerium sogar bekannt ist und seit September 2015 auch der Öff-
65 fentlichkeit, aber ein Umdenken bisher nicht ins Sicht ist. Der Beruf des/der Luftsicher-
66 heitsassistent_in setzt quasi keine Vorkenntnisse voraus und wird in gerade mal 6(!) Wo-
67 chen erlernt. In vielen Fällen stellt die Agentur für Arbeit für Bewerberinnen und Bewerber
68 einen Bildungsgutschein aus. Das hat zur Folge, dass die Kosten (ca. 4500€ pro Bewer-
69 ber_in) vom Staat und nicht von privaten Sicherheitsunternehmen bezahlt wird. Im Bei-
70 spiel Frankfurt deckte das ZDF auf, dass Ausbildungsgeräte, Materialien und Software
71 teilweise weit über 20 Jahre alt sind und somit nicht mal annähernd mit heutigen Sicher-
72 heitsstandards zu vergleichen sind. Schlimme Zustände, die erst durch die Privatisierung
73 dieser Branche diese Ausmaße angenommen haben. Die Sicherheitsinteressen der Bür-
74 gerinnen und Bürger sind über die Profitinteressen von Unternehmen zu stellen. Anstatt
75 jedoch Sicherheitskräfte angemessen auszubilden und zu entlohnen bzw. Luftsicherheit
76 endlich wieder als direkte staatliche Aufgabe zu begreifen, fördert das Innenministerium
77 seit 2012 verstärkt den sogenannten „Körperscanner“. Eine Technik die Kontrollen ver-
78 bessert, aber andere vorhandene Technik und geschultes Personal auf keinen Fall erset-
79 zen kann. Hier besteht eindeutig Handlungsbedarf.

Demokratie und Inneres

1 **Antrag: D 06**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: AG 60 plus Sachsen**
7

8 **Thema: Verkleinerung des Sächsischen Landtages**
9

10 Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Landesfraktion weiterleiten:
11

12 Die SPD setzt sich für die Verkleinerung des Sächsischen Landtag auf 99 Abgeordnete
13 ein.
14

15
16 **Begründung:**
17

18 Das Land Sachsen ist das Land mit den meisten Abgeordneten proportional zu den
19 Einwohnern.

20 Zum Beispiel:

21 Sachsen	4 Millionen EinwohnerInnen	126 Abgeordnete
22 Rheinland-Pfalz	4 Millionen EinwohnerInnen	101 Abgeordnete
23 Schleswig Holstein	3 Millionen EinwohnerInnen	69 Abgeordnete

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

1 **Antrag: S 01**
2 **Votum der Antragskommission: Konsensliste**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: ASF Sachsen**

7
8 **Thema: KiTa - Betreuungsschlüssel**

9
10 Wir fordern einen Betreuungsschlüssel

- 11
- 12 • in der Arbeit mit unter Dreijährigen von 1 Erzieher/in für 4 Kinder (bisher 1:6)
 - 13 • in der Arbeit mit Kindergartenkindern von 1 Erzieher/in für 10 Kinder (bisher
 - 14 1:13)
 - 15 • in der Arbeit mit Hortkindern von 1 Erzieher/in für 16 Kinder (bisher 1:20)
- 16

17 Darüber hinaus sehen wir es als entscheidend an, dass den pädagogischen Fachkräften
18 Zeit für die Vor- und Nachbereitung angerechnet wird und mehr Zeit für die Familienarbeit
19 zur Verfügung gestellt wird.

20
21 Wir fordern, dass die Kindertagesbetreuung eine andere Wertschätzung erhält und im
22 Rahmen von Haushaltsverhandlungen eine stärkere Wichtung erhält. Eine Erhöhung des
23 Landeszuschusses des Freistaates Sachsen muss weiterhin fokussiert werden. Finanziere-
24 rungsmodelle zur Kompensation von Mehraufwendungen sind im Dialog von Freistaat,
25 Kommunen und freien Trägern zu prüfen und nachhaltige Modelle zu entwickeln.

26
27
28 **Begründung:**

29
30 Seit dem 01.09.2015 gilt in sächsischen Kindertagesstätten ein verbesserter Personal-
31 schlüssel. Eine Fachkraft kümmert sich anstatt bisher um 13 Kinder nun nur noch um 12,5
32 Kinder. Damit greift der erste Schritt hin zu einem Personalschlüssel von 1:12, der ab
33 September 2016 umgesetzt werden soll.

34
35 Ein erster Schritt zur Absenkung des Kita-Schlüssels ist getan. In der Umsetzung zeigt
36 sich aber keine wesentliche Veränderung. Wir greifen auf ein Zitat einer Kindertagesstät-
37 ten Leiterin aus Dresden für die Initiative „Weil Kinder Zeit brauchen“ zur Verdeutlichung
38 der Problemlage hin:

39
40 „Wir haben in unserer Einrichtung im Monat September 93 angemeldete Kinder im Alter
41 von 3-6 Jahren. Für unsere Einrichtung bedeutet der neue Personalschlüssel, dass wir
42 rund eine Drittelstelle mehr haben. Das entspricht ungefähr 12,4 Stunden mehr personelle
43 Unterstützung für unser Team. Damit stehen jedem Kind von 3-6 Jahren pro Woche etwa
44 acht Minuten mehr Aufmerksamkeit, Fürsorge, individuelle Zuwendung und Bildung zu.
45 Pro Tag sind das lediglich 1,6 Minuten!“

46

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

47 Weiterhin bleiben bei der Personalplanung die Eingewöhnungen von vorwiegend Krippen-
48 kindern, Krankheits- und Urlaubstage, Zeiten für Weiterbildung sowie Vor-und Nachberei-
49 tung zur Erfüllung der Anforderung des Sächsischen Bildungscurriculums unberücksich-
50 tigt. Es muss berücksichtigt werden, dass sich das Kompetenzprofil von Erzieherinnen
51 und Erziehern gewandelt hat. Es steht nicht nur die tägliche Betreuung von Kindern im
52 Vordergrund. Der Freistaat Sachsen fokussiert eine frühkindliche Bildung, um allen Kin-
53 dern gleiche Entwicklungschancen zu bieten, dann muss er dies auch in dem Betreuungs-
54 schlüssel berücksichtigen. Darüber hinaus stellen die Arbeit mit den Eltern, die Aufnahme
55 von Flüchtlingskindern und die damit verbundene interkulturelle Arbeit neue zeitliche An-
56 forderungen, die in die Betreuungszeit nicht eingerechnet werden.

57
58 Eine moderne Frauen- und Familienpolitik muss Kindern und ihren Familien eine gute Be-
59 treuung und Bildungsarbeit zusichern. Um die Entwicklungschancen unserer Kinder zu
60 wahren, muss die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher wertgeschätzt werden und als
61 ein ganzheitlicher Prozess von Erziehungs-, Bildungs- und Familienarbeit verstanden wer-
62 den. Eine Wertschätzung besteht auch in dem Berücksichtigen und Gehört werden der
63 Anliegen der Fachkräfte.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

1 **Antrag: S 02**
2 **Votum der Antragskommission: Konsensliste**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: SPD-Kreisverband Leipzig**

7
8 **Thema:**

9 **Sozialdemokratische Gesundheitspolitik heißt Bürgerversicherung einführen**

10
11 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen mit dem Ziel einer Weiterlei-
12 tung an den SPD-Bundesparteitag:

13
14 Das Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland wird von vielen Patient*innen
15 als ungerecht empfunden - angefangen bei der Unterscheidung in gesetzliche und private
16 Krankenkassen, über die Höhe der zu zahlenden Krankenkassenbeiträge bis hin zu den
17 Auswirkungen der so genannten Zwei-Klassen-Medizin in der Praxis. Bspw. erfolgt die
18 Terminvergabe unterschiedlich und je nach Status - wer privat versichert ist, erhält eher
19 einen Termin beim Facharzt, als ein gesetzlich Versicherter Patient. Um diese und weitere
20 aus unserer Sicht bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen, fordern wir:

21
22 1. Die Einführung einer echten Bürger*innenversicherung, in die alle Bürger*innen ihre
23 Sozialversicherungsbeiträge (Krankenversicherung (KV) und Pflegeversicherung (PV) ein-
24 zahlen, unabhängig davon, ob sie Arbeitnehmer*innen, Angestellte im öffentlichen Dienst,
25 Beamte oder Selbstständige sind. Staatliche Ersatzleistungen nach den SGB (z.B. ALG II)
26 bleiben hiervon unberührt.

27
28 2. Daneben ist unbedingt der vom SPD-Parteivorstand am 26. September 2011 beschlos-
29 sene Leitantrag in das Wahl- bzw. Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2017
30 aufzunehmen. Dieser lautet:

31
32 **„Beschluss des Parteivorstandes vom 26. September 2011**

33
34 **Leitantrag**

35
36 **Solidarische Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger**

37
38 **Zusammenfassung**

39
40 *Die SPD setzt sich für eine solidarische Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems*
41 *ein. Wir wollen Zwei-Klassen-Medizin verhindern und eine*
42 *Bürgerversicherung einführen. Gesundheit und Pflege sind für uns zentrale politische Ge-*
43 *staltungsfelder, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten.*

44
45 ***Wir wollen soziale Rechte sichern und eine gute medizinische Versorgung für alle***
46 ***Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.***

47
48 *Deshalb fordern wir:*

- 49
 - *eine einheitliche Honorarordnung für alle Patientinnen und Patienten. Damit*

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

- 50 werden Privatversicherte nicht mehr privilegiert und Ärztinnen und Ärzte lassen sich
51 zunehmend wieder in strukturschwachen Regionen nieder.
- 52 • mehr integrierte Versorgung, damit Patienten effektiver versorgt werden. Dazu wollen wir
 - 53 die hausärztliche Versorgung stärken und erreichen, dass ambulante und stationäre Ein-
 - 54 richtungen besser zusammenarbeiten.
 - 55 • ein neues Vertragsarztrecht, um Anreize für die Niederlassung in Gebieten mit schlech-
 - 56 terer Versorgung zu schaffen.
 - 57 • bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in medizinischen Berufen
 - 58 • bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und eine reformierte Ausbildung, die mehr
 - 59 Perspektiven bietet.
 - 60 • faire Arzneimittelpreise auf europäischen Durchschnittsniveau.

61
62 Wir wollen **Patientenrechte stärken** und ein neues Patientenrechtegesetz auf den Weg
63 bringen. Ebenso wollen wir **mehr Prävention**, um Lebensqualität zu verbessern im Woh-
64 numfeld, an den Arbeitsorten und in pädagogischen Einrichtungen. Prävention muss ei-
65 nen neuen Stellenwert als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erhalten, deshalb wollen wir
66 einen Präventionsfonds, der Projekte gezielt fördert.

67
68 **Mit einer umfassenden Pflegereform wollen wir sicherstellen, dass alle Menschen**
69 **auch in Zukunft möglichst selbstbestimmt und in Würde altern können.** Dazu fordern
70 wir:

- 71 • einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und besseres Leistungsrecht, dass den Bedürf-
- 72 nissen der Betroffenen besser gerecht wird.
- 73 • bessere Unterstützung für Pflegenden Angehörige - dazu wollen wir in einer
- 74 flexiblen Pflegezeit ein 1000-Stunden-Budget schaffen, das mit einer
- 75 Lohnersatzleistung ausgestattet ist.

76
77 **Wir wollen eine gerechte nachhaltige Finanzierung des Gesundheits- und**
78 **Pflegesystems mit einer solidarischen Bürgerversicherung.**
79 In Zukunft gilt die Bürgerversicherung für neuen Versicherten und alle gesetzlich Versi-
80 cherten. Die Finanzierung besteht aus drei Beitragssäulen: Bürgerbeitrag, Arbeitgeberbei-
81 trag und dynamisiertem Steuerbeitrag. Die tatsächliche Parität stellen wir im vollen Um-
82 fang wieder her – Sonder- und Zusatzbeitrag werden abgeschafft. Damit schaffen wir eine
83 gerechte, solidarische und nachhaltige Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger.“

84
85
86 **Begründung:**

87
88 mündlich

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 03
Votum der Antragskommission: Konsensliste
Votum des Parteitags:

Antragsteller: AfB Sachsen

Thema:

Entwicklung „Strategiepapier zur Gewinnung und Qualifizierung zusätzlicher Fachkräfte für Kindertageseinrichtungen“

Der SPD Landesvorstand wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag in der laufenden Legislaturperiode ein „Strategiepapier zur Gewinnung und Qualifizierung zusätzlicher Fachkräfte für Kindertageseinrichtungen“ zu erarbeiten.

Dabei sollen angesichts des gegenwärtigen und weiterhin steigenden Fachkräftebedarfs im Bereich der frühkindlichen Förderung folgende Schwerpunkte einer gesonderten Analyse unterzogen sowie Möglichkeiten für deren langfristige Wirksamkeit entwickelt werden:

- qualitativer und quantitativer Ausbau der Ausbildungskapazitäten für frühpädagogisches Fachpersonal an Fachschulen und Fachakademien,
- Anpassung der Arbeitszeiten für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen (Vollzeitquote ermöglichen),
- Ausbau von Vorbereitungskursen auf die Externenprüfung,
- Ausbau der berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildung,
- Möglichkeiten zum Nachholen des Berufsabschlusses (für Abbrecherinnen und Abbrecher),
- Förderung des verstärkten Wiedereinstiegs in Kindertageseinrichtungen,
- Novellierung der Sächsischen Qualifikations- und Fortbildungsverordnung pädagogischer Fachkräfte – SächsQualiVO,
- Entwicklung von Anerkennungsmöglichkeiten für Qualifikationen aus verwandten Berufsgruppen,
- Entwicklung von Nachqualifizierungsmaßnahmen für Personen aus fach-affinen Berufsgruppen und für Personen, die über keine sozialpädagogischen Qualifikationen verfügen (jedoch für die Realisierung einer besonderen konzeptionellen Ausrichtung benötigt werden),
- Entwicklung einer Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Gewinnung und Qualifizierung zusätzlicher Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen,

SPD-Landesverband Sachsen ordentlicher Landesparteitag 2016	22./23. Oktober 2016 Chemnitz
Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	

50 ▪ Entwicklung von Kampagnen zur Akquise von Fachkräften.

51

52

53 **Begründung:**

54

55 erfolgt mündlich

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 04

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: ASF Sachsen

Thema: Frauen im Osten ticken anders

Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass die Erwerbsbiographien von Frauen aus den Neuen Bundesländern in den Fokus einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion gelangen. Dazu müssen entsprechende Forschung und daraus resultierende Bildungs- und Beratungsarbeit gezielt gefördert werden. Dieses Thema muss in die Inhalte von Lehrplänen aufgenommen werden und über eine Kampagne in die öffentliche Medienwahrnehmung gelangen. Das trägt zum einen zur Wertschätzung der Lebensleistung der Frauen bei, die oftmals das Rentenalter schon erreicht haben. Andererseits sollen die Erkenntnisse in die Frauen- und Gleichstellungspolitik mit einfließen, da sich bestimmte Muster wiederholen können. Zu dieser Diskussion gehören die:

- Darstellung individueller Lebensläufe und eines spezifischen Selbst- und Rollenverständnisses ostdeutscher Frauen der heute älteren Generation mit Beginn einer Erwerbstätigkeit vor 1990.
- Anerkennung und Würdigung ostdeutscher Erwerbsbiographien, insbesondere der Umgang mit nachhaltigen Wendebrüchen und teils persönlichkeitsverletzenden Folgeerscheinungen langjähriger Arbeitslosigkeit ohne Sozialplan bzw. Wechsel in schlechter bezahlte Jobs.
- Analyse gewollter Wendebrüche, die Frauen aus erfolgreicher Erwerbstätigkeit drängen und ein neues Rollenverständnis zuschreiben sollten.
- Aufdecken von Potenzialen sowie Schaffung von Vorbildern für die junge Generation als innovativen Ansatz gleichstellungspolitischer Strategien.

Begründung:

Bundesweit sowie international werden erhebliche Anstrengungen unternommen, um junge Frauen für die sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu interessieren und entsprechende Berufsbilder zu stärken. Aufmerksam beobachten wir die Entwicklung des Frauenanteils z.B. in Ingenieurberufen und verkünden stolz, wenn sich dieser leicht positiv entwickelt. Bundesweit hatten wir im Jahr 2012 einen Anteil von 17 % zu verzeichnen, in den neuen Bundesländern lag er bei knapp 30%. Laut VDMA Ost ist dieser Anteil seit 2010 mit -17% allerdings stark rückläufig. Der Hauptgrund für diese Entwicklung ist, dass Frauen, die zu DDR-Zeiten in Ingenieurberufen tätig waren, jetzt verstärkt das Rentenalter erreichen. Diese Tatsache sollten wir zum Anlass nehmen, die jüngere Geschichte von Frauen in den neuen Bundesländern detailliert zu untersuchen und uns Kenntnis über deren berufliches Selbstverständnis vor sowie deren frauenspezifische Entwicklung nach der Wende zu verschaffen.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

49 Nachdem nahezu vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch in den neuen Ländern
50 gelang vorrangig Männern der berufliche Wiedereinstieg, Frauen hatten es erheblich
51 schwerer. Im Windschatten politischer Umbrüche hatten Wirtschaftsunternehmen in kür-
52 zester Zeit Fakten geschaffen, die sich gegen Frauen richteten. Viele berufliche Entwick-
53 lungen brachen von heute auf morgen vollständig zusammen und größtenteils gut qualifi-
54 zierte und berufserfahrene Frauen fanden sich über Jahre in Arbeitsbeschaffungsmaß-
55 nahmen, Ein-Euro-Jobs bzw. Arbeitslosigkeit wieder. Für diese Frauen gab weder einen
56 Sozialplan noch wurden Ersatz-Jobs geschaffen. Bisher beruflich anerkannten Frauen
57 standen wirtschaftliche Unsicherheit und ungewohnte Abhängigkeit bevor. Es wurde er-
58 wartet, dass Frauen ihr neues Selbstverständnis im westdeutschen Rollenbild suchen
59 sollten. Statt des gewohnten Rechts auf Arbeit zu entsprechen, war angesichts hoher Ar-
60beitslosenzahlen zynisch die Rede von "ausgesprochen starker Erwerbsneigung der
61 Frauen in den neuen Bundesländern". Das war kontraproduktiv zu jeglichen gleichstel-
62 lungspolitischen Bestrebungen. Wir gehen davon aus, dass das Rollenverständnis einer
63 im DDR-System sozialisierten Frau auch heute noch gravierend vom sogenannten
64 Mainstream abweicht. Dies betrifft folgerichtig ihre Rolle als Frau und damit ihre mütterli-
65 chen Be- und Erziehungsmuster und dies bedingt auch das Selbstverständnis der jungen
66 Generation in den neuen Bundesländern.

67

68 In der Folge fühlen sich diese Frauen heute häufig als „Menschen zweiter Klasse“ und
69 sind von Altersarmut bedroht. Der jungen Frauengeneration fehlt Verankerung durch stim-
70 mige Rollenbilder, was zu erhöhter Abwanderung in westliche Bundesländer führt. Damit
71 ist ein nicht unwesentlicher Aspekt des drohenden demographischen Wandels hausge-
72 macht.

73

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 05

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Chemnitz

Thema: Einführung Wohnungslosenstatistik

Die SPD-Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Wiedereinführung einer jährlichen empirischen Datenerhebung zu Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit Bedrohten einzusetzen.

Begründung:

erfolgt mündlich

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 06

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: AG Selbstaktiv Sachsen

Thema:

Stärkung der Obdachlosenarbeit und der sozial- und suchtttherapeutischen Angebote in Sachsen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen,

dass die Landtagsfraktion und die Sächsische Staatsregierung aufgefordert werden, die Obdachlosenarbeit in Sachsen zu stärken und mehr Menschen ohne Wohnung wieder in Wohneinrichtungen unter zu bringen. Wohnen ist ein Grundrecht eines jeden Menschen.

Ferner sollen die sozial- und suchtttherapeutischen Angebote in der Obdachlosenhilfe stärker gefördert und personell unterstützt werden.

Begründung:

Die Zahl der wohnungslosen Menschen nimmt zu und auch die Mietpreise werden weiterhin steigen. Die momentane Lohnentwicklung im Niedriglohnsektor kann die Mietpreissteigerungen nicht auffangen. Viele Menschen scheuen sich aus Scham und Angst den Weg zu den zuständigen Behörden gehen.

Es reicht nicht aus, diesen Menschen ein Dach über den Kopf zu geben, sie benötigen oft sozial- und suchtttherapeutische Hilfe, um wieder in die Gesellschaft integriert werden zu können. Das ist eine Herausforderung, die für beide Seiten schwer zu leisten ist, aber gerade die SPD Sachsen muss sich diesem sozialpolitischen Problem stellen. Hier geht es oft um Menschen, die ein langes und gesundheitsschädigendes Sucht-Leben hinter sich haben und unbedingt von unserem sozialen Netz aufgefangen werden müssen.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 07

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Ausbau von barrierefreien Inhalten im MDR

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen

Wir fordern den/die Vertreter/in der SPD Sachsen im MDR Rundfunkrat und die SPD Sachsen auf, sich dafür einzusetzen, dass Menschen mit Behinderung, stärker als bisher mit Angeboten bei dem öffentlich-rechtlichen MDR angesprochen werden.

Inklusion, d.h. die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unabhängig von körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen, kann nur gelingen, wenn man diese auf allen Ebenen angeht. Dazu gehört auch die Barrierefreiheit in den Medien. Die Barrierefreiheit muss bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten um ein Vielfaches erhöht werden, mit dem Ziel, langfristig alle Angebote der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten barrierefrei zu gestalten.

Wir fordern:

Alle im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesendeten Ton- und Videoinhalte müssen mit einer maschinenlesbaren Untertitelspur versehen sein, Vorteile neuer Technologien nutzen und alle direkt von öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern produzierten oder in Auftrag gegebenen Inhalte mit Gebärdensprache und Audiodeskription ausstatten.

Außerdem sollen Web-Inhalte barrierefrei gestaltet werden. Dazu gehört die Anpassung von Webseiten an Braille-Ausgabegeräten. Damit verbunden ist die Freiheit der Seiten von JavaScript oder ähnlichen Skriptsprachen, welche für Blinde das Lesen der Seiten mithilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Lesegeräten erschweren könnten. Alternativ können dazu auch skriptsprachenfreie Webseitenversionen ausgewiesen werden. Weiterhin sollen die Redaktionen dazu verpflichtet werden, für Bilder passende Alternativtexte bereit zu stellen. Sofern nicht vorhanden, sollen zu allen bereitgestellten Videos Untertitel zur Verfügung stehen.

Begründung:

erfolgt mündlich

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

1 **Antrag: S 08**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: SPD-Unterbezirk Dresden**

7
8 **Thema:**

9 **Ziele der Pflegereformen in Sachsen sichern – die Bedingungen für Pflegende und**
10 **Pflegebedürftige gut gestalten**

11
12 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und die SPD-Landtagsfraktion
13 sowie an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

14
15 Einführung:

16
17 Zum 01.01.2017 tritt der wesentlichste Bestandteil des Pflegestärkungsgesetzes II mit
18 dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff in Kraft. Im Zuge dessen kommt es zu (berechtig-
19 ten) wesentlichen Preissteigerungen in den Einrichtungen. Während die Versicherten, die
20 am 31.12.2016 Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung erhalten, großzügig über-
21 geleitet werden und mehrheitlich höhere Leistungsbeträge erreichen, ist zu erwarten, dass
22 im Vergleich hierzu in 2017 erstmalig begutachtete Personen in der Tendenz relativ
23 schlechter abschneiden werden. Die mittelfristigen Folgen für die Finanzierung und die
24 Bedingungen in der Pflege sind derzeit im Detail noch nicht vorhersehbar.

25
26 Die gesetzliche Pflegeversicherung ist im Sozialgesetzbuch XI bundesrechtlich geregelt
27 und als „Teilkaskoversicherung“ ausgestaltet. Die Versicherten erhalten Höchstbeträge für
28 die insbesondere im stationären Bereich kostenintensive Pflege. Zukünftig wird ein stetig
29 wachsender Anteil der Versicherten, der den Eigenanteil an der Pflege nicht aufbringen
30 kann, auf Sozialhilfe in Form von Hilfe zur Pflege angewiesen sein.

31
32 Die konkreten Bedingungen der Leistungserbringung (z. Bsp. Betreuungsschlüssel, Fach-
33 kraftquoten, Refinanzierung von Investitionen) einschließlich der Preise werden im Rah-
34 men der gesetzlichen Vorgaben zwischen den Pflegekassen, Sozialhilfeträgern und Lei-
35 stungserbringern auf Landesebene ausgehandelt und sind dem direkten Zugriff durch Poli-
36 tik und Verwaltung entzogen.

37
38 Als Landesverband ist es möglich, pflegepolitische Forderungen auf die Bundesebene zu
39 transportieren und auf Landesebene vorhanden Gestaltungsspielräume zu nutzen. Die
40 nachfolgenden Unterpunkte behandeln Themen die besetzt werden können und weiter
41 konkretisiert werden müssen.

42
43 1. Auf Bundesebene ist

- 44 a) für eine gerechte, bundesweit einheitliche Finanzierung der Pflegeversiche-
45 rung als Bürgerversicherung Sorge zu tragen (keine einseitige Umlage der
46 Kostensteigerungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern
47 paritätische Finanzierung).

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

- 48 b) der Pflegemindestlohn ohne zeitliche Befristung einzuführen. Er soll eine
49 Höhe von 10,00 € für Hilfskräfte in der Pflege und Betreuung erreichen.
50 Viele Pflegekräfte können ihren Beruf auf Grund der damit einhergehenden
51 Belastungen nicht dauerhaft in Vollzeit ausüben. Sachsen ist bundesweit
52 Schlusslicht bei der Vergütung in der Altenpflege (für einen ausgebildeten
53 Altenpflegern beträgt die Vergütung im Durchschnitt ca. 1.900 € brutto.)
54
- 55 2. Die Landtagsfraktion möge, auch im Rahmen der Enquetekommission Pflege:
- 56 a) sich für ein modernes und praktikables Heimrecht (Heimgesetz in der aktu-
57 ellen Fassung: Sächsisches Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz vom 12.
58 Juli 2012 (SächsGVBl. S. 397)) einzusetzen, das Klarheit für den Rechts-
59 anwender schafft und Formen des deinstitutionalisierten und selbstbe-
60 stimmten Zusammenlebens für pflegebedürftige Menschen und behinderte
61 Menschen angemessen berücksichtigt und begünstigt.
62
- 63 b) durch die Pflegereformen - insbesondere durch das kommende
64 Pfleigestärkungsgesetz III – eröffnete Gestaltungsspielräume auf
65 Landesebene sachdienlich nutzen (u. a. Strukturierung der
66 Landespflegeausschüsse, Umsetzung der Pflegeberatung).
67
- 68 c) für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen für ihre
69 Aufgaben als Träger der Hilfe zur Pflege (Leistung der Sozialhilfe) sowie
70 als Träger der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen Sorge tragen.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

1 **Antrag: S 09**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: SPD-Kreisverband Leipzig**

7
8 **Thema:**
9 **Kommunen und Familien entlasten - Kitapauschale an die Realität anpassen**

10
11 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

- 12
13 1. Für die restliche Dauer der 6. Wahlperiode des Sächsischen Landtages (2014-
14 2019) wird zu der ursprünglich vorgesehenen Drittelfinanzierung bei den Kitakos-
15 ten zurückgekehrt. Diesbezüglich wird der Freistaat Sachsen für die Haushalts-
16 jahre 2017, 2018 und 2019 eine zusätzliche Erhöhung der Kitapauschale vorneh-
17 men, die sich anhand der tatsächlich entstandenen Betriebskosten jeweils zum
18 Ende des Vorjahres orientiert.
- 19
20 2. Darüber hinaus muss für künftige Regierungsbeteiligungen der SPD die für die El-
21 tern kostenfreie Betreuung ihrer Kinder in den Kindertageseinrichtungen - mit Aus-
22 nahme privater Kitas - wieder oberstes Ziel sein und rasch zum Wohle der sächsi-
23 schen Familien und Kommunen umgesetzt werden.

24
25
26 **Begründung:**

27
28 Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD zur Bildung einer gemeinsamen Regierung
29 für die 6. Wahlperiode des Sächsischen Landtages 2014 bis 2019 trägt eine sozialdemo-
30 kratische Handschrift. Auch das bisherige Regierungshandeln war maßgeblich von der
31 SPD-Initiativen geprägt. Dennoch muss nach zwei Jahre Regierungsverantwortung fest-
32 gestellt werden, dass an der ein oder anderen Stelle nachgebessert werden sollte.
33 Insbesondere im Bereich Kinderbetreuung stellen wir eine zunehmende Schiefelage in der
34 Drittel-Finanzierung zwischen Freistaat, Kommune und Eltern fest. Das Herabsenken des
35 Betreuungsschlüssels ist ein wichtiger und richtiger Schritt für eine verbesserte Kinderbe-
36 treuung. Erfreulich hierbei ist die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Aussage, dass
37 „die Kosten, die mit dieser Qualitätsverbesserung verbunden sind, [...] [der] Freistaat
38 Sachsen [trägt].“¹

39
40 Deshalb erfolgt eine Anpassung und stetige Erhöhung der Kitapauschale bis 2018 (2014:
41 1.875 EUR, Januar 2015: 2.010 EUR, September 2015: 2.085 EUR, September 2016:
42 2.165 EUR, September 2017: 2.295 EUR, September 2018: 2.455 EUR). Allerdings: die
43 steigenden Betriebskosten werden damit nicht aufgefangen. Dies hat einerseits den Hin-
44 tergrund, dass unter der schwarz-gelben Landesregierung 2009-2014 jahrelang keine
45 adäquate Anpassung erfolgt ist und andererseits die Betriebskosten weiterhin steigen.

¹ Siehe dazu den Koalitionsvertrag 2014 bis 2019 zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen vom 10. November 2014, S. 17. Download unter:
http://www.staatsregierung.sachsen.de/downloads/AKTUELL_Koalitionsvertrag_CDU_SPD_2014-2019.pdf

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

46 Das hat zur Folge, dass etliche Kommunen die Kitagebühren für die Eltern erhöhen müs-
47 sen. Dabei wird vielerorts der prozentuale Spielraum der Anteile an den Betriebskosten,
48 die auf die Eltern umgelegt werden können, ausgereizt. (Krippenbereich: 20-23% der Be-
49 triebskosten, Kindergartenbereich: 27-30% der Betriebskosten). Es ergeben sich dem-
50 nach zum Teil erhebliche Mehrkosten sowohl für die Kommunen, als auch für die Eltern.
51 Aus sozialdemokratischer Sicht sollte dieser Umstand nicht länger hinnehmbar sein, denn
52 die SPD ist die Familien-Partei und die Partei der starken Kommunen! Zudem sollte die
53 sächsische SPD zu ihren Kernzielen stehen - eines davon heißt: kostenfreie Bildung von
54 der Kita bis zu den Hochschulen.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

1 **Antrag: S 10**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: ASF Sachsen**

7
8 **Thema: Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten**

- 9
10 1. Wir fordern eine generelle Hauptamtlichkeit¹ der kommunalen
11 Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen ab 10.000 EW.

12
13 In Kommunen mit mehr als 20.000 EW muss zusätzlich zu einer gesetzlich
14 vorgeschriebenen Vollzeitstelle je weitere 50.000 EW mindestens eine halbe
15 Vollzeitstelle für diesen Aufgabenbereich eingerichtet werden.

16
17 In Kommunen unter 10.000 EW braucht es klare Freistellungsregelungen für die
18 Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Anstellungsverhältnis, gestaffelt nach
19 der EW Zahl: je 1000 EW 10% einer Hauptamtlichkeit = 2 Wochenstunden, damit
20 die Beauftragten wirksam ihren vielfältigen Aufgabenbereichen nachgehen zu
21 können, mindestens aber 2 Wochenstunden.

22
23 Ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen unter 10.000 EW
24 muss eine vergleichbare Aufwandsentschädigung gewährleistet werden.

25
26 Bis zur Umsetzung der Gleichstellungsziele soll die erste hauptamtliche Stelle
27 weiblich besetzt werden. Bei der Besetzung mit mehreren Stellen soll die erste
28 Stelle weiblich besetzt, ab der zweiten Stelle können auch Männer eingestellt
29 werden. Die größeren Gleichstellungsstellen sind mindestens zur Hälfte weiblich
30 zu besetzen, die Vorgesetztenposition muss bis auf weiteres durch eine Frau
31 eingenommen werden.

- 32
33 2. Aufgaben, die der Kommune ermöglichen, dem Verfassungsauftrag aus Art 3 GG,
34 Art 8 der sächsischen Verfassung und der Gender Mainstreaming Verpflichtung
35 aus der EU Verfassung nachzukommen, müssen **landesgesetzlich** vorgegeben
36 werden.

37 Dazu zählen:

- 38
39 • Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die Gleichstellung der
40 Geschlechter, derzeit bestehende Ungleichheiten und Hemmnisse und die
41 unterschiedlichen Diskriminierungsformen sowie die Maßnahmen dagegen
42 • Übertragung aktueller Forschungsergebnisse und Erkenntnisse in Bezug auf
43 die Gleichstellung der Geschlechter und die Wirksamkeit von
44 Gleichstellungsmaßnahmen in der Lebensverlaufsperspektive auf die
45 kommunale Praxis

¹ gesetzlich definiert als 50% einer Stelle

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- 93
- Beratung der kommunalen Verwaltung in ihrer Rolle als Infrastrukturgeberin und Impulsgeberin, insbesondere für Wirtschaft und Soziales
 - Überwachung der Einhaltung von Gleichstellungsverpflichtungen, Beratung bei Diskriminierungsfällen, Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen und Beauftragten bei vielfältigen Diskriminierungen (Intersektionalität)
 - Entwicklung und Überwachung von mehrjährigen Maßnahmenplänen, z.B. im Rahmen der Europäischen Charta für Gleichstellung von Frau und Mann auf kommunaler Ebene
 - Förderung zivilgesellschaftlichen Gleichstellungsengagements und Gewaltprävention auf kommunaler und überregionaler Ebene, sowie der Vernetzung deren Akteure
 - Vernetzung, Förderung und Beratung mit der Zielsetzung eigenständiger Existenzsicherung von Frauen und gegen Diskriminierung im Arbeitsleben von Menschen, die Familienaufgaben übernehmen und in bisher weiblichen Tätigkeitsbereichen tätig sind
 - Vernetzung mit sozialpolitischen, Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Interessens- und Fachverbänden, z.B. Kammern und Gewerkschaften
 - Überwachung der Vorgaben des neuen Gleichstellungsgesetzes zur Auftrags- und Leistungsvergabe bei wirtschaftlicher Tätigkeit der Kommunen
3. Wir fordern, dass den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ein angemessenes Budget durch die Kommune für die Förderung zivilgesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Gleichstellungsengagements eingeräumt wird.
4. Wir fordern, für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ein Stimmrecht für kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Ausschüssen.
5. Wir fordern eine dem Aufgabenbereich angemessene Einstufung und Vergütung als Führungskraft für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. Sie sind unbefristet und mit besonderem Kündigungsschutz anzustellen.
6. Wir fordern eine eigenständige Abteilung für Kommunale Gleichstellung bei der Landesdirektion (oder ggf. bei der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration) mit folgenden Aufgaben:
- Monitoring
 - Kontrolle der landesgesetzlichen Vorgaben (Hauptamtlichkeit, Weisungsfreiheit und der Zuordnung der Gleichstellungsstellen zur Verwaltungsspitze, Aufstellung und Veröffentlichung von Gleichstellungsplänen)
 - Beschwerdestelle
 - Durchsetzung eines Kontroll-/Auditverfahrens
7. Die inhaltlichen Erwartungen an die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind von der Fachabteilung Gleichstellungsstelle auf Landesebene klar vorzugeben. Weiterhin ist von dieser regelmäßig zu überprüfen, inwieweit die Kommunen den Vorgaben des Gleichstellungsgesetzes gerecht werden.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

- 94 8. Die regelmäßigen Gleichstellungsberichte der Landesregierung gegenüber dem
95 Landtag müssen die kommunale Gleichstellungsarbeit mit beinhalten.
96
97

98 **Begründung:**
99

100 Kommunale Gleichstellungspolitik muss heute aktuellen Forschungs- und
101 Praxiserkenntnissen folgen. Unter anderem aus dem Bundesgleichstellungsbericht ergibt
102 sich, dass sie
103

- 104 • nachhaltig und präventiv die Lebensverlaufsperspektive berücksichtigen
- 105 • individuelle, strukturelle und institutionelle Diskriminierungen in ihrem
106 Zusammenwirken in Form von Mehrfachdiskriminierung intersektional betrachten,
107 aufdecken und entgegenwirken muss.
108

109 Zur Umsetzung dieser Ansprüche auf der kommunalen Ebene bedarf es einer
110 qualifizierten personellen Besetzung der kommunalen Gleichstellungsbüros sowie
111 Lernbereitschaft, Offenheit und Unterstützung durch die politisch
112 Verantwortungstragenden und die Führungskräfte von Verwaltungen und Betrieben. Sie
113 müssen es als Chance statt als Last begreifen. Die Qualität der Leistungen steigt, wenn
114 sie zeitgemäß, zielgruppengerecht und zukunftsfähig gestaltet sind.
115

116 In Deutschland hat die Frauenbewegung seit Beginn der 80er, in Sachsen seit 1990 den
117 Gang in die staatlichen Institutionen und insbesondere in die Verwaltungen der größten
118 Städte angetreten. Gleichstellungsarbeit ist in ganz Deutschland hauptsächlich
119 landesgesetzlich abgesichert und wird durch die Kommunen umgesetzt. Sie wird leider
120 mal mehr und mal weniger umgesetzt, mal ausgehend von aktuellen und mal von
121 veralteten, gemäß der gesellschaftlich und wissenschaftlich überholten Prämissen. In
122 Sachsen findet eine moderne und kompetente Gleichstellungsarbeit dort statt, wo die
123 Gleichstellungsstellen mit ausreichend personellen Kapazitäten ausgestattet sind und das
124 Umfeld durch staatliche Förderung mit professionellen Kräften abgesichert wird.
125

126 Die Gleichstellungsbüros der Städte Dresden, Chemnitz und Leipzig wie auch z.B. der
127 Landkreise Erzgebirge, Meißen, Görlitz und Vogtland zeigen auf, dass diese Leistungen
128 bei ausreichender Ausstattung erfüllt und durch eigene Ideen und Initiativen regelmäßig
129 übertroffen werden. Abhängig ist die Wirksamkeit von Qualifikation und Persönlichkeit der
130 Hauptamtlichen sowie ihrer Unterstützung durch die Landräte und OberbürgermeisterIn.
131 Die Kommune wird umfassend, das heißt in ihrer Rolle und Verantwortung als
132 Arbeitgeberin, als Wirtschaftsakteurin und als Infrastrukturgeberin aktiv und wirksam.
133

134 Die Verantwortung als Arbeitgeberin wird bisher durch jeweils eine Frauenbeauftragte und
135 ihre Stellvertreterin nach dem sächsische Frauen- und Familienförderungsgesetz
136 (sächsFFG) begleitet und überwacht. Die Aufgaben als Dienstleisterin und
137 Infrastrukturgeberin begleitet nach der aktuellen Rechtslage die kommunale
138 Gleichstellungsbeauftragte.

139 Die Stärke der aktuellen gesetzlichen Regelung ist, dass in jeder Kommune derzeit
140 zwingend zwei (bei Doppelfunktion) oder drei diese Aufgabenbereiche vertreten (müssen)
141 – leider praktisch teilweise nur auf dem Papier.
142

SPD-Landesverband Sachsen ordentlicher Landesparteitag 2016	22./23. Oktober 2016 Chemnitz
Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	

- 143 Die Hauptamtlichkeit ist daher zu stärken – bzw. in der Funktion der bisherigen
144 „Frauenbeauftragten“ durch Freistellung die zeitlichen Kapazitäten für die Aufgabe der
145 Überwachung der Gleichstellung und Frauenförderung im Öffentlichen Dienst.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 11

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Chemnitz

Thema: Beitragsschuldenerlass in der Krankenversicherung

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Allen Nichtversicherten ist ein Beitragsschuldenerlass zu gewähren, damit diese in die Krankenversicherung aufgenommen werden können.

Begründung:

Seit Anfang 2005 besteht in Deutschland die Krankenversicherungspflicht für alle. Jede*r muss privat oder gesetzlich krankenversichert sein. Trotz dieser Pflicht sind offiziell fast 80.000 Menschen [1] nicht versichert, was ihnen den Zugang zu medizinischer Versorgung deutlich erschwert. Wollen diese Menschen nach der versicherungslosen Zeit eine Krankenversicherung abschließen, sehen sie sich, je nach Dauer ohne Krankenversicherung, enormen Nachforderungen ausgesetzt. Diese betragen bei gesetzlichen Krankenversicherungen im Jahre 2016 rund 445 Euro pro Monat ohne Versicherung [2]. Die wenigsten Menschen ohne Versicherung werden diese Nachzahlung leisten können, was zur Konsequenz hat, dass sie sich nicht versichern werden. Besonders für Menschen, die ALG 2 beziehen ist die Nachzahlung nicht leistbar.

Die Krankenversicherungspflicht wurde eingeführt, um allen eine medizinische Versorgung zu gewährleisten. Durch die Nachforderungen für die Zeit ohne Krankenversicherung, werden die entsprechenden Personen daran gehindert, sich zu versichern. Konsequenterweise ist ein Erlass für die nicht gezahlten Beiträge für alle Nichtversicherten zu gewähren, wie sie es bereits für Personen, die sich bis zum 31.12.2013 bei einer gesetzlichen Krankenversicherung meldeten, gab.

[1] https://www.bundestag.de/presse/hib/2015_07/-/381116

[2] <https://www.verbraucherzentrale.de/Rueckkehr-in-die-Krankenversicherung-2>

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 12

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26

Antragsteller: ASG Sachsen

Thema: Enquete-Kommission Drogenpolitik

Der Landesparteitag fordert den SPD-Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf, in der nächsten Legislaturperiode eine Enquete-Kommission Drogenpolitik einzusetzen. Die Entwicklung der Drogenkonsumsituation, das Scheitern des „Kriegs gegen Drogen“, die steigende Drogenkriminalität und die wiederholten Forderungen nach einer Legalisierung bestimmter Drogen erfordern eine Neubewertung der bisher getroffenen Maßnahmen und eine daraus folgende Ausrichtung der Drogenpolitik.

Begründung:

Der Landesparteitag 2015 in Görlitz hat mehrheitlich eine Legalisierung von Cannabis befürwortet. Die Auswertung der aktuellen Zahlen und Expertenmeinungen in Sachsen, die ASG und AsJ vorgenommen haben bzw. in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion weiter betreiben, lässt erkennen, dass die Drogenpolitik dringend einiger Korrekturen bedarf. Da der Bundesgesetzgeber zuständig ist, sollte der Bundestag das Thema zum Gegenstand einer umfassenden Analyse machen, wie sie nur durch eine Enquete-Kommission möglich ist, und daraus gesetzliche Konsequenzen ziehen.

Europa und Internationales

1 **Antrag: E 01**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: SPD-Unterbezirk Dresden**

7
8 **Thema: Den Brexit zum Neustart machen: Für eine EU des Ausgleichs, der Demo-**
9 **kratie und gemeinsamen Verantwortung**

10
11 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundespartei-
12 tag weiterleiten:

13
14 Die SPD fordert die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Europäi-
15 schen Rat und die Bundesregierung, insbesondere die sozialdemokratischen Mitglieder
16 dieser Institutionen, auf, bei den Verhandlungen über den Brexit und bei den Vorbereitun-
17 gen für eine Überarbeitung Europäischer Strukturen infolge des Brexit folgende Eck-
18 punkte zu beachten:

19
20
21 **Brexit: Wer ausscheidet, entscheidet nicht mehr!**

- 22
23
 - **Keine Sonderkonditionen und Rabatte für Großbritannien durch den Brexit!**
 - **Keine EFTA-Mitgliedschaft ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Großbritannien!**

24
25
26
27 **Eine neue Vision von Europa:**

- 28
29
 - **Europa muss der Raum werden, der weltweit als Heimat einer sozialen und demokratischen Gesellschaftsordnung gilt**
 - **Europa muss ein Raum des Ausgleichs werden, in dem starke Regionen weiterhin strukturell schwache Regionen so unterstützen, dass es zu vergleichbaren, angeglichenen Lebensverhältnissen kommt**
 - **Europa braucht eine harmonisierte Steuerpolitik, die Steuervermeidung verhindert und Steuerwettbewerb unterbindet**
 - **Die EU muss eine Sozialunion werden, sie muss gewährleisten, dass in der EU niemand zurückbleibt und keiner hungern und frieren muss - wir brauchen soziale Mindeststandards in der gesamten Union, soziale Grundsicherung und Mindestlöhne**
 - **Die EU muss in ihren Institutionen zu einer transparenten Demokratie werden, in der dem Parlament die zentrale Kontrollfunktion der Kommission zukommt, es eigene Initiativrechte hat und den Kommissionspräsidenten wählt**
 - **Die EU muss die Verantwortung ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf internationale Verpflichtungen, eine gemeinsame Außenpolitik und einen gemeinsamen Umgang mit Immigration, Migration und die Aufnahme von Flüchtlingen wahrnehmen**
- 30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

Europa und Internationales

48 Am 23. Juni 2016 haben die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs (UK) in
49 einer nationalen Volksabstimmung für den „Brexit“, also den Austritt ihres Landes aus der
50 EU, votiert. Dieses Ergebnis steht in einer Reihe europaweiter Kampagnen von Konserva-
51 tiven, Nationalisten und Rechtsradikalen gegen das Projekt der friedlichen und solidari-
52 schen Einigung der Menschen Europas.

53
54 Die Abstimmungsergebnisse zeigen zwar, dass deutlich mehr Anhänger der Labour Party
55 und der politischen Linken für den Verbleib in der EU votiert haben als Anhänger der Kon-
56 servativen und Nationalisten. Der genaue Blick verrät aber auch, dass in der Tendenz e-
57 her ältere, einkommensschwächere und bildungsfernere BritInnen aus ländlicheren Räu-
58 men für den Austritt votierten, während jüngere, bessere gebildete und einkommensstär-
59 kere BritInnen aus den Metropolen für den Verbleib stimmten. Diese Ergebnisse bestäti-
60 gen den Eindruck, dass viele Menschen die EU für ein Projekt weltläufiger Eliten halten,
61 das mit ihrem Alltagsleben wenig zu tun, oder es sogar erschwert. Das muss gerade uns
62 SozialdemokratInnen zu denken geben. Trotz aller Ressentiments und Lügen, mit denen
63 die Kampagne der Brexit-Befürworter behaftet war, zeigt sich hier ein Kern des Problems:
64 **Wer das Projekt der europäischen Einigung für die Mehrheit der einfachen Leute**
65 **wieder attraktiver machen will, muss es in zentralen Punkten ändern.**

66
67 Machen wir uns nichts vor: Der 23. Juni 2016 war ein schwarzer Tag für Europa. **Der**
68 **Brexit ist ein Rückschlag für die Einigung des Kontinents.** Nicht nur verliert der Staa-
69 tenbund EU ein großes, politisch mächtiges, ökonomisch starkes und kulturell bedeuten-
70 des Mitglied. Auch der Leitgedanke der europäischen Einigung, einen immer engeren Zu-
71 sammenschluss der europäischen Völker zu schaffen, wird erstmals real in sein Gegenteil
72 verkehrt. Zum ersten Mal tritt ein Staat aus der EU aus und beweist damit, dass die euro-
73 päische Integration umkehrbar und die Union der Staaten und Völker Europas auflösbar
74 ist.

75
76 Der Brexit rüttelt die EU durcheinander. Das fein austarierte System von Institutionen und
77 Kompromissen muss nun das Tanzen lernen. Wenn jetzt klug und entschlossen gehan-
78 delt wird, dann ist der Brexit nicht der Anfang vom Ende der europäischen Integration,
79 sondern ein Weckruf und der Beginn eines Neuanfangs.

- 80
81 1. Die Nationalisten und Gegner der europäischen Integration werden nun nicht mehr ge-
82 gen Europa wettern und eine Alternative schuldig bleiben können. Ihre Option wird
83 nun real erkennbar werden, mit all ihren Folgen: Einschränkung der Rechte und Frei-
84 heiten, Unsicherheit, Währungschaos, Wachstumsschwäche, Unternehmensabwan-
85 derungen und Arbeitslosigkeit. Häufig erkennt man nur im Verlust den Wert des Ge-
86 wesenen. Niemals zuvor ist den Bürgerinnen und Bürgern so schlagartig klagewor-
87 den, was ihnen die EU-Bürgerschaft nützt. Sie vom Gegenteil zu überzeugen wird in
88 Zukunft schwieriger werden.
- 89
90 2. Das Bedauern über den Verlust des Partners UK sollte nicht darüber hinwegtäuschen,
91 welche Rolle er lange Zeit einnahm. Britische Regierungen hatten stets eine dezidiert
92 marktliberale Vorstellung von der europäischen Einigung und ein instrumentelles Ver-
93 hältnis zum europäischen Staatenbund. Die EU, wie sie heute ist, ist auch ein Produkt
94 des Beharrens der BritInnen auf dem Status Quo. Nicht wenige Probleme ihres jetzi-
95 gen Zustands gehen darauf zurück, dass notwendige Schritte zur Vertiefung von Kon-
96 servativen und Neoliberalen blockiert wurden und werden. Der Wortführer dieser

Europa und Internationales

97 Kräfte im Europäischen Rat war und ist UK. Mit dem Ausscheiden UKs aus der EU
98 werden Politikoptionen wahrscheinlicher, die vorher noch unerreichbar schienen.
99

- 100 3. Die europäische Integration ist in der Vergangenheit oft gerade in Momenten der Krise
101 ihrer Institutionen vorangeschritten. Die Vertiefungsbereitschaft ist bei vielen Staaten
102 zurück. So wie es ist in der EU, kann es nach Meinung vieler nicht bleiben. Der
103 Wunsch nach einem Neuanfang hat breiten Rückhalt.
104

105 Der erste Schritt auf dem Weg zum Neuanfang liegt im Austrittsprozess selbst. Sobald
106 das Vereinigte Königreich dem Europäischen Rat sein Austrittsvorhaben gemäß Art. 50
107 des Vertrages über die Europäische Union angezeigt hat, läuft eine zweijährige Frist, in
108 der ein bilateraler Austrittsvertrag zwischen der EU und dem UK ausgehandelt wird. Bei
109 aller Rücksicht auf die Gefahren einer politischen und ökonomischen Entfremdung zwi-
110 schen UK und EU muss hier Klarheit walten:

- 111 • **Es darf keine Rabatte auf Grundwerte der EU geben.**

112 Die Vorzüge des gemeinsamen Marktes darf nur genießen, wer EU-BürgerInnen als Ar-
113 beitnehmer ins Land lässt und sich an den Kosten der gemeinsamen Politik beteiligt.
114

- 115 • **Wir erwarten von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Rates und des**
116 **Europäischen Parlamentes, keinem Austrittsvertrag zuzustimmen, dass dem**
117 **UK einen Sonderstatus zubilligt, indem der uneingeschränkte Binnenmarkt-**
118 **zugang von der Arbeitnehmerfreizügigkeit und den Beiträgen zum EU-**
119 **Budget abgetrennt wird.**
120
121
122

123 Ein solcher Vertrag wäre eine Aufmunterung für alle weiteren Feinde Europas, die Union
124 weiter zu spalten. Er wäre der Anfang vom Ende für das Jahrhundertprojekt Europäische
125 Einigung. Um ihrer eigenen Existenz und Zukunft willen muss die EU gegenüber dem Ver-
126 einigten Königreich ebenso unverrückbar an diesen Voraussetzungen festhalten, wie sie
127 es gegenüber anderen assoziierten Staaten auch getan hat.
128

129 Die Erschütterung des Brexits sind zu groß, um nach Abschluss des Austrittsprozesses
130 zur Tagesordnung überzugehen. Jetzt wird über die Zukunft der europäischen Einigung
131 neu entschieden. Viele Konservative und Nationalisten wollen sich nun verdrückt zurück
132 auf den Weg zum Nationalstaat des 20. Jahrhunderts machen. Sie wollen die Staatenge-
133 meinschaft zur Freihandelszone zurückentwickeln und das Europa der Menschen aufge-
134 ben. Sie erkennen nicht, dass es keinen Weg zurück geben kann: Die Geschichte ist wei-
135 ter gegangen, die Menschen in Europa und darüber hinaus haben sich weiter entwickelt.
136 Europa und alle Europäerinnen und Europäer müssen ihren Platz in der globalisierten
137 Welt des 21. Jahrhunderts einnehmen und sie gestalten.
138

139 **Europa neu denken: Die Vision eines ganzen Kontinents als Heimat einer sozialen** 140 **und demokratischen Gesellschaftsordnung**

141 Die SPD hat den Mut, in der Europapolitik jetzt voran zu gehen. **Wir wollen den Brexit**
142 **zum Neustart der europäischen Integration machen.** Die EU muss sozialer und demo-
143 kratischer werden und international geschlossener auftreten.
144
145

Europa und Internationales

146

147

148 Ein Europa des Ausgleichs

149

150 Die alte Idee von der Europäischen Friedensunion, hergestellt durch den Abbau wirt-
151 schaftlichen Ungleichgewichts, durch Austausch unter den Bürgerinnen und Bürgern und
152 durch Verflechtung der Mitgliedsstaaten, trägt heute nicht mehr. Zu selbstverständlich ist
153 sie vielen geworden. Deshalb braucht die Europäische Union eine neue, eine soziale Vi-
154 sion.

155

156 Die europäische Integration soll die Angleichung der Lebensverhältnisse auf dem Konti-
157 nent fördern. Heute nehmen viele Menschen die EU als einen Akteur war, der den Gegen-
158 satz zwischen Arm und Reich nicht verringert, sondern zum Teil sogar verschärft. Insbe-
159 sondere in den krisengeplagten Ländern Südeuropas gilt „Brüssel“ als Anwalt von Privati-
160 sierung und Sozialabbau. Gleichzeitig beweisen Steuerskandale wie Luxleaks, dass sich
161 Reiche und multinationale Unternehmen in der EU aus der Verantwortung für das Ge-
162 meinwesen stehlen. Die EU muss den sozialen Ausgleich aktiv befördern. Eine Politik der
163 gerechteren Verteilung zwischen Arm und Reich und des sozialen Ausgleichs der Regio-
164 nen wird auch für den Fortbestand der Integration immer wichtiger. Denn die Vorteile der
165 EU werden gerade in den schwächer entwickelten Regionen häufiger von Skepsis und
166 Kritik überstrahlt und von Rechtspopulisten übertönt. Wer die Zustimmung zur europäi-
167 schen Integration erhalten will, muss gerade hier ansetzen.

168

169 • Wir wollen **Steuervermeidung verhindern und Steuerwettbewerb unterbinden**.
170 Wir fordern, dass multinationale Unternehmen offenlegen müssen, wo sie welche
171 Gewinne erzielen und wie hoch ihre jeweilige Steuerlast ist („Country-by-country
172 Reporting“). Die gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer
173 muss nach Jahren der Diskussion endlich kommen und mit einem Mindeststeuer-
174 satz verbunden sein. Das organisierte Steuerdumping einzelner Mitgliedsstaaten
175 der EU muss endlich ein Ende haben. Zwischen den Steuerbehörden muss der
176 Austausch verbessert und automatisiert werden. Steuernachlässe für einzelne Un-
177 ternehmen als Instrument des Standortwettbewerbs sind unzulässig und müssen
178 mit Hilfe des Beihilferechts unterbunden werden.

179

180

181 • Die **Kohäsionspolitik** muss ein starkes Instrument europäischer Solidarität blei-
182 ben, das strukturschwache Regionen mit europäischer Hilfe fördert. Die Bekämp-
183 fung der Arbeitslosigkeit v.a. junger Menschen sowie der sozialen und regionalen
184 Spaltung in der EU ist ihre zentrale Aufgabe. Daher fordern wir die Bundesregie-
185 rung und die sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments
186 auf im Rahmen der kommenden Strategieprozesse, die die inhaltlichen Rahmen-
187 bedingungen der Kohäsionspolitik festschreiben (Makroökonomische Koordinie-
188 rung, Europa 2020 usw.), auf diesen Förderfokus der Strukturfonds zu drängen.
189 Die Kohäsionspolitik braucht ausreichend Mittel. Im Rahmen der Überprüfung des
190 aktuellen EU-Haushalts und der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen
191 2021-2028 fordern wir die sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen
192 Parlaments und die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Mittel
193 für die Strukturpolitik nicht einfach proportional zum wegfallenden Anteil UKs ge-

Europa und Internationales

194 kürzt werden. Stattdessen sollen zusätzliche Mittel für erfolgreiche Kohäsionspro-
195 jekte durch eine zu schaffende EU-Eigenmittelquelle oder höhere Beiträge der Mit-
196 gliedsstaaten gesichert werden. Um die weitere Auseinanderentwicklung boomen-
197 der Großstädte und schwächelnder ländlicher Räume zu verhindern, fordern wir
198 die Sächsische Staatsregierung, die Bundesregierung und die sozialdemokrati-
199 schen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, zu überprüfen, ob und wie
200 im Rahmen der neuen Förderperiode der EU-Strukturfonds eine zielgenauere För-
201 derung auf Ebene der Landkreise (sog. NUTS-3-Regionen) erfolgen kann.
202
203

Die Vision einer Europäische Sozialunion

204
205
206 Aber der soziale Ausgleich und die Angleichung der Lebensverhältnisse werden nicht
207 ausreichen. Wir müssen die Idee, dass niemand zurückbleibt und keiner hungern und frie-
208 ren muss, auf Europa übertragen. Dazu sind wir schon jetzt verpflichtet, wenn wir die
209 Maßstäbe der Menschenwürde unseres deutschen Verfassungsrechts an die Europäische
210 Grundrechtecharta anlegen. Wenn wir die breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger
211 und in ihr auch die sozial Benachteiligten für Europa begeistern wollen, muss Teil dieser
212 Vision **die Europäische Sozialunion in einer Europäischen Sozialen Marktwirtschaft**
213 sein. In dieser Sozialunion stellt sich die EU der Aufgabe, für soziale Mindeststandards in
214 Europa zu sorgen. Diese Standards können innerhalb eines bestimmten Korridors anhand
215 von festzulegenden Kriterien durchaus regional voneinander abweichen.
216

217

- Das bedeutet, dass alle Mitgliedsstaaten eine **soziale Grundsicherung** einführen.
218 Für manche Mitgliedsstaaten wird das Geld kosten, für das die EU einstehen
219 müsste, wenn die Staaten selbst nicht dazu in der Lage sind. Es können, je nach
220 Ausgestaltung und Steuerkraft der Mitgliedsstaaten, Transferleistungen notwendig
221 werden. Ein leistungsfähiger Wirtschaftsraum von 450 Millionen Menschen mit
222 stabiler Konjunktur ist prinzipiell in der Lage diese Leistungen zu erbringen. Ein
223 Europa, das tief greifende soziale Konflikte vermeidet und für alle Bürgerinnen und
224 Bürger erkennbar seinen eigenen verfassungsrechtlichen Ansprüchen an die Men-
225 schenwürde endlich gerecht wird, ist diese Anstrengungen wert. Konkretisierung
226 und Ausführung einer solchen Politik müssen lokal und regional geregelt werden.
227 Sie sollten sich auf die gesellschaftlichen und technischen Möglichkeiten, auf die
228 Qualifikation der Betroffenen und die neuen Möglichkeiten der Gestaltung von Ar-
229beitszeit stützen. Unter den Umständen einer europäischen Sozialunion lässt sich
230 dann ohne unwürdige Debatten die Aufnahme von Flüchtlingen entsprechend den
231 europäischen Verträgen besser durchsetzen und mit europäischer Hilfe auch fi-
232 nanzieren.
233

- Die EU muss den schädlichen Wettbewerb der Regionen durch soziales Dumping
234 auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirksam verhindern.
235 Dies kann durch **Mindestlöhne** und die Stärkung von Tarifverträgen umgesetzt
236 werden.
237
238
239

Ein Europa der transparenten Demokratie

240
241

Europa und Internationales

242 Durch die Argumentation der Brexit-Befürworter zog sich immer wieder die Behauptung,
243 in Brüssel entscheide eine weltfremde Bürokratie über Sachverhalte, die die Ebene der
244 EU weder etwas angingen, noch dort entschieden werden sollten. Die EU werde nicht de-
245 mokratisch kontrolliert, die Entscheidungen seien nicht legitimiert, und niemand wisse ei-
246 gentlich, wer dort warum etwas beschließen dürfe. Das ist unzutreffend. Denn mit dem
247 Europäischen Parlament wurde eine Volksvertretung geschaffen, um die Entscheidungs-
248 gewalt dieses „Staatenbundes eigener Art“ zu demokratisieren. Seine Mitglieder werden
249 in freien und geheimen Wahlen in ganz Europa bestimmt. Der Kommissionspräsident und
250 die Mitglieder der Kommission werden von den Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat der
251 Staats- und Regierungschefs nominiert und vom Europäischen Parlament bestätigt. So
252 zieht die Kommission ihre Legitimation sowohl aus den national gewählten Regierungen
253 der Mitgliedsstaaten, als auch aus den Abstimmungen des Europäischen Parlaments.
254

255 Zutreffend ist aber, dass die Anbindung der Bürgerinnen und Bürger an die EU, ihre Ver-
256 tretung im Parlament und die Kontrollfunktionen des Parlaments gegenüber der Kommis-
257 sion enger und direkter gestaltet werden sollten. So könnten die Menschen in Europa bes-
258 ser erkennen, ob diese Institutionen für sie handeln und dass es Veränderungen geben
259 kann, je nachdem, wen sie wählen.
260

- 261 • So sollte das Parlament endlich ein eigenes **Initiativrecht** bekommen, damit die
262 Volksvertreterinnen und Vertreter selbst europäische Gesetze, Richtlinien und Ver-
263 ordnungen einbringen und zur Diskussion stellen können.
264
- 265 • Außerdem sollte es für die Europawahl **SpitzenkandidatInnen** geben, wie das bei
266 der Wahl 2014 bereits der Fall war: Wählerinnen und Wähler sollten sich ein Bild
267 von Zielen und Persönlichkeiten machen können, um zur europäischen Politik eine
268 Beziehung aufbauen zu können. Solche Identifikationspersonen sollten damit auch
269 im Erfolgsfall die gesetzten Kommissionspräsidenten sein.
270
- 271 • Schließlich wollen wir dem Parlament unmittelbare **Kontrollfunktionen** gegenüber
272 der Kommission einräumen und stärkere Berichtspflichten einführen, die die Tätig-
273 keit der Kommission transparenter machen.
274
- 275 • TTIP und CETA haben bewiesen, dass es wenig sinnvoll ist, **internationale Ab-**
276 **kommen**, insbesondere umfassende Handelsabkommen in einem einheitlichen
277 Vertragswerk auszuhandeln und sie dann nur als Block mit „ja“ oder „nein“ abstim-
278 men zu lassen. Zukünftig müssten die Mandate für solche Abkommen bereits
279 durch das Parlament erteilt und in Teilbereiche aufgegliedert werden, die eine de-
280 mokratische Auseinandersetzung dazu auch im Detail ermöglichen. Die Abkom-
281 men sollten in solchen Teilbereichen verhandelt und zum frühesten vertretbaren
282 Zeitpunkt auch der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. Insgesamt ist das
283 Verfahren so zu gestalten, dass die demokratische Teilhabe der Öffentlichkeit und
284 der Parlamente aller Mitgliedstaaten gesichert wird.

285 •
286 Alle diese Maßnahmen würden dazu führen, dass die Befürworter des Brexit und ihre po-
287 pulistischen Mitstreiter in anderen Mitgliedsstaaten der EU weder mangelnde Transpa-
288 renz, noch mangelnde demokratische Kontrolle vorwerfen könnten. Nur: Genau diese

Europa und Internationales

289 Maßnahmen wollen sie nicht. Dies wäre nämlich ein wesentlicher Schritt zu mehr Integra-
290 tion in Europa, sie aber wollen Europa spalten. Ihre Kritik beseitigt nicht die Defizite, sie ist
291 rein destruktiv.

292
293

294 **Ein Europa der gemeinsamen Verantwortung**

295 Die Menschen erwarten von der EU zurecht, dass sie in der Lage ist, grenzüberschreiten-
296 den Problemen wirksam zu begegnen. Dort wo unmittelbar erkennbar ist, dass alle Staa-
297 ten zusammen ein Problem lösen können, an dem ein einzelner Staat scheitern muss, ge-
298 rade dort muss sich die EU beweisen.

299

300 Dies ist ihr gerade bei internationalen Konflikten zuletzt kaum noch gelungen. Der Bürger-
301 krieg in der Ukraine, der sich zum internationalen Militärkonflikt ausgeweitet hat, der Krieg
302 in Syrien, der internationale Terrorismus, das Abkippen der Türkei in Chaos und Despotie
303 oder der Umgang mit dem Zuzug Millionen Geflüchteter aus den umkämpften Regionen
304 des Nahen und Mittleren Ostens: Statt einer starken, gemeinsamen Antwort erklang Viel-
305 stimmigkeit oder Schweigen. In all diesen Fragen hat die EU keine Einigkeit erzielt, keine
306 Ergebnisse geliefert oder den Willen zur Einigung komplett vermissen lassen. Die EU
307 steht hier als zaudernd und kleinmütig da. Der EU-interne Verteilmechanismus für schutz-
308 bedürftige Flüchtlinge etwa ist so gründlich gescheitert, dass er wie eine Karikatur auf die
309 Schwäche der EU im Umgang mit ihrer internationalen Verantwortung wirkt. Das Europa
310 der gemeinsamen Verantwortung braucht einen Neustart.

311

312 • Die EU muss ihr **Einwanderungsrecht auf eine gemeinsamere Basis stellen**.
313 Die Beschränkung auf Teilaspekte wie die umstrittenen Grenzschutzregelungen
314 oder die Regulierung des Arbeitsmarktzugangs Hochqualifizierter (BlueCard) ge-
315 nügt nicht mehr. Die EU braucht eine gemeinsame humanitäre Asylpolitik, ein ge-
316 meinsames Vorgehen bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Über-
317 einkünfte über die Einwanderung von Drittstaatenangehörigen. Ein soziales Eu-
318 ropa, das in einem bestimmten Rahmen Sozialhilfe und Mindestlohn gewährleistet,
319 erleichtert die Einführung solcher Systeme. Jahrelang hat die deutsche Bundesre-
320 gierung Fortschritte in diesem Bereich verweigert. Es ist gut, dass sie mittlerweile
321 für Reformen in zentralen Bereichen wie der Dublin III-Verordnung offen ist. Ein
322 gemeinsames europäisches Einwanderungsrecht muss verbindlich sein und darf
323 weder die Staaten an den EU-Außengrenzen noch diejenigen mit einem liberalere-
324 n Asylrecht benachteiligen.

325

326 • Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen ihre **Außenpolitik verbindlicher ab-**
327 **stimmen**. Gerade jetzt, da ein Chor unqualifizierter Stimmen auf die internationale
328 Bühne zurückkehrt, muss sich die EU international mit einer gemeinsamen, beson-
329 nenen Stimme Gehör verschaffen. Tritt Europa international geschlossen auf,
330 kann es einen substantiellen Beitrag zu Konfliktprävention, internationaler Stabilität
331 und globaler Ordnungspolitik leisten. Die europäische Außenpolitik muss dazu
332 stärker vergemeinschaftet und durch das Europäische Parlament kontrolliert wer-
333 den. Ein sichtbares Zeichen und wichtiges Instrument für ein geschlossenes inter-
334 nationales Agieren wäre ein ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat.

335

336

337

Begründung:

SPD-Landesverband Sachsen ordentlicher Landesparteitag 2016	22./23. Oktober 2016 Chemnitz
Europa und Internationales	

338 mündlich

Europa und Internationales

Antrag: E 02

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

Antragsteller:

SPD-Kreisverband Erzgebirge und SPD-Ortsverein Aue-Bad Schlema-Schneeberg

Thema: Aufhebung der Russland-Sanktionen überdenken

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Alle Möglichkeiten zur Aufhebung der Russland-Sanktionen sollen überdacht werden.

Der Landesparteitag der SPD Sachsen bekennt sich zu den europäischen und deutschen Werten friedlicher Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent.

Begründung:

Seit ca. zwei Jahren werden Wirtschaftssanktionen gegen Russland durchgesetzt und regelmäßig verlängert. Sie betreffen überwiegend Klein- und mittelständische Unternehmen aus Ostdeutschland, deren außenwirtschaftliche Tätigkeit eingeschränkt wird. Sie gefährden den Bestand von Arbeitsplätzen.

Erst kürzlich, d. h. nach ca. zwei Jahren wurde in der Presse verkündet, dass die Summe - der Verlust - nur durch den einen Exportzweig der Auto- und Zulieferindustrie ausgeglichen werden könne. Nicht beinhaltet sind die für uns negativen Ergebnisse durch das Importembargo durch Russland.

Beabsichtigte positive Reaktionen zur Entspannung der Situation um die Ukraine sind nicht erkennbar.

Parteilieben

Antrag: P 01

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Gelebte Nachhaltigkeit in der SPD

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Der Landesvorstand erarbeitet in enger Abstimmung mit den Arbeitsgemeinschaften und Geschäftsstellen Leitlinien für eine umweltfreundliche und ressourcenschonende Arbeit innerhalb der Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Geschäftsstellen. Dabei werden die Themenfelder nachhaltiger Konsum, Nutzung von Büromaterialien, Mülltrennung, Mobilität und Verpflegung diskutiert und verbindliche Leitlinien festgelegt.

Begründung:

erfolgt mündlich

Parteileben

Antrag: P 02

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Meißen

Thema:

Wer, wenn nicht wir? Vereinbarkeit von Familie und Politik in der SPD Sachsen

Die SPD Sachsen will, dass mehr Menschen sich an unserer Politik beteiligen, in das politische Ehren- oder Hauptamt einsteigen und aktiv bleiben, gerade wenn sie in familiärer Verantwortung für Kinder oder auch zu pflegende Angehörige stehen. Um eine Kultur und Praxis der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt zu befördern, beschließen wir die folgende Selbstverpflichtung:

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Unterstützung derjenigen, die sich in Lebensphasen befinden, in denen Kinder oder die Pflege älterer Menschen mit beruflichen Herausforderungen zusammentreffen, ist erklärtes politisches Ziel der SPD. Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen für dieses Ziel ein.

Begleitet werden muss die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aber nicht nur durch gesetzliche Regelungen, den Ausbau der sozialen Infrastruktur und finanzielle Erleichterungen, sondern auch von einer Kultur der Akzeptanz des Privaten; des Rechts darauf, Zeit zu haben.

Dies gilt auch und besonders dort, wo Menschen haupt- oder ehrenamtlich Politik machen. Die SPD-Sachsen steht für eine Kultur, die verschiedene Lebenslagen berücksichtigt und in der mit der Zeit ihrer Mitglieder und Aktiven sorgfältig umgegangen wird. Die SPD-Sachsen geht als gutes Beispiel voran, indem sie Mitarbeit erleichtert und zur Mitarbeit in verschiedenen Lebensphasen einlädt.

Menschen in Lebensphasen mit vielfältigen Herausforderungen haben auch Vielfältiges in die Parteiarbeit einzubringen. Eltern wissen wo der Schuh in Kita und Schule drückt. Berufstätige kennen die alltäglichen Kämpfe um eigene Entscheidungsmöglichkeiten, Zeit, Konkurrenz und Solidarität. Wer seine Eltern oder Schwiegereltern pflegt, ist Expertin oder Experte in gesundheitspolitischen Fragen und im Umgang mit der Pflegeversicherung.

Gerade für Menschen in diesen Lebensphasen ist es besonders schwierig, die Zeit dafür zu finden, diese Erfahrungen und dieses Wissen einzubringen. Ihnen werden Möglichkeiten geboten, sich auch projekthaft, kurzfristig oder auch anwesenheitsunabhängig in die Parteiarbeit einzubringen. Wir wollen verbindliche wie auch flexible Strukturen für die politische Arbeit schaffen, die auf diese Anforderungen Rücksicht nehmen.

Rahmenbedingungen

- Freie Sonntage: begründen sollte der-/diejenige, der/die sonntags zu Veranstaltungen einlädt und nicht der-/diejenige, der/die diesen einen Tag mit ihrer/seiner Familie verbringen will

Parteileben

- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- Langfristige und verlässliche Terminplanung, mit festen Endzeiten: eine Betreuung von Kindern oder eine Ersatzpflegeperson muss für die Familien planbar sein
 - Verbindlichkeit, Ergebnisse und Transparenz in Gremien: Politik findet in den Gremien statt und nicht beim Bier danach
 - Kinderbetreuung auf Parteitag und Klausuren
 - Nutzung moderner Medien und Kommunikationsformen zur partiellen Loslösung der Meinungsbildung von Ort und Zeitpunkt: Telefon-, Skype- oder Videokonferenzen

Modernisierung und Ergänzung der demokratischen und Organisationsstruktur der SPD – Änderung Parteiengesetz

- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Parteistruktur vom Örtlichkeitsprinzip losgelöst werden kann, Erweiterung der Ortsvereine als unterste Organisationsebene um
 - Betriebsgruppen (Synergie- und Effizienzgewinne durch Sitzungen in der Frühstücks- oder Mittagspause) und
 - Überwiegend Netzbasierte, regional abgegrenzte Vereinsstrukturen

Engagement in Parlamenten – Änderung Wahlgesetz

69

70

71

Wir setzen uns dafür ein, dass

- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- Mutterschutz und Elternzeit in Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaparlament möglich ist ohne Nachteile für die betreffenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Zeitlich begrenztes Nachrücken wird als eine Option geprüft.
 - Wir sind bereit zu Pairing im Parlament und unterstützen diese Form des Stimmenaushleichs, um Eltern nicht dazu zu bringen, zugunsten der Mehrheitsverhältnisse auf ihr Mandat oder auf ihre Familie verzichten zu müssen.
 - Vertretungsregelungen innerhalb der Fraktionen ermöglichen wir. Gegebenenfalls ändern wir hierzu die Geschäftsordnungen ab.

82

83

Hauptamtliche und Mitarbeiter_innen in der SPD Sachsen

84

85

86

87

88

89

Die SPD steht auch als Arbeitgeberin in der Verantwortung, für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Vereinbarkeit von Beruf (oftmals zusätzlichem Ehrenamt) und Familie zu ermöglichen.

89

90

91

92

93

94

95

96

97

www.eltern-in-der-politik.de

Parteileben

98 Die SPD Sachsen dokumentiert öffentlich ihr Bekenntnis für eine bessere Vereinbarkeit
99 von Familie und Politik. Dafür schließen wir uns der bundesweiten und parteiübergreifen-
100 den Selbstverpflichtung „Eltern in der Politik“ an.

101 Wir verpflichten uns, achtsam mit den familiären Belangen der Menschen, die sich poli-
102 tisch engagieren oder die im politischen Bereich arbeiten, umzugehen. Wir kennzeichnen
103 unsere Unterstützung durch den Button auf unserer Website. Wir laden die Unterbezirke,
104 Ortsvereine und Fraktionen der SPD in Sachsen ein, die Initiative ebenfalls zu unterstüt-
105 zen.

106 Die Initiative „Eltern in der Politik“ beinhaltet folgende Punkte:

107

108 • Der Sonntag sollte politikfrei sein. Wir legen selbst grundsätzlich keine Sitzungen
109 auf den Sonntag.

110 • Wir laden nur zu solchen Veranstaltungen am Wochenende ein, bei denen die
111 ganze Familie willkommen ist. Wir freuen uns, wenn andere Veranstaltungen
112 familienfreundlich gestaltet werden und besuchen solche Veranstaltungen
113 besonders gerne.

114 • Als Vorsitzender oder Vorsitzende von Gremien des Parlaments oder der Partei
115 achten wir auf eine effiziente Sitzungsleitung. Wir laden grundsätzlich unter
116 Angabe eines Endzeitpunktes ein. Bei Terminierungen nehmen wir auf Belange
117 von Kolleginnen und Kollegen mit Kindern besondere Rücksicht.

118 • Als Arbeitgeber oder Arbeitgeberin setzen wir auf Effizienz, statt auf Präsenz. Wir
119 ermöglichen flexible Arbeitszeiten und Teilzeit auch in Führungspositionen. Wir
120 wollen die Arbeitszeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Abend und
121 am Wochenende so weit wie möglich reduzieren.

122 • Als politische Wettbewerber oder Wettbewerberinnen nehmen wir besondere
123 Rücksicht auf politische Konkurrenten, deren Kind gerade zur Welt gekommen ist.
124 Wir kommentieren es grundsätzlich nicht negativ, wenn aus familiären Gründen
125 Termine nicht wahrgenommen werden.

Parteilieben

1 **Antrag: P 03**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: AG Selbstaktiv Sachsen**

7
8 **Thema: Barrierefreie Dokumente**

9
10 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen,

11
12 dass die SPD Sachsen künftig alle Wahlprogramme und sonstige öffentliche Dokumente
13 in barrierefreier Form zur Verfügung stellt. Darunter verstehen wir „in einfacher bzw. leich-
14 ter Sprache“ (zertifiziert) sowie in Audio- und Textformat (barrierefreies PDF).

15
16
17 **Begründung:**

18
19 Der Landesverband der sächsischen SPD soll in Deutschland die erste inklusive Partei-
20 gliederung in der SPD Deutschland werden.
21 Menschen mit Beeinträchtigung sollten auch die Möglichkeit haben, ohne Hindernisse In-
22 formationen erfassen zu können, damit eine gleichberechtigte Teilhabe gegeben ist.

Parteileben

Antrag: P 04

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags:

Antragsteller: AG Selbstaktiv Sachsen

Thema:

MitarbeiterInnen der Landes- und Regionalgeschäftsstellen mit Zertifikat „Leichte Sprache“

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen,

dass ein/e Mitarbeiter/in der Landes- und jeweiligen Regionalgeschäftsstellen das Zertifikat für „Leichte Sprache“ erlangen, um alle parteiwichtigen Informationen in Leichter Sprache verfassen und veröffentlichen zu können.

Begründung:

Der Landesverband der sächsischen SPD soll in Deutschland die erste inklusive Parteigliederung in der SPD Deutschland werden.

„Leichte Sprache“ ist ein sehr wichtiges Informationsmedium, was vor allem Menschen mit Lernschwierigkeiten oder ähnlichen kognitiven Beeinträchtigungen hilft, Informationen zu erfassen und zu verstehen. Aber auch Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem Flüchtlinge, könnten zum besseren Verständnis dieses Medium sehr gut nutzen.

Nicht jeder Mensch ist in der Lage, die „Leichte Sprache“ richtig zu formulieren, dafür gibt es bereits Büros, wo es fachkundige Menschen gibt, die Informationen in eine „Leichte Sprache“ übersetzen. Die „Übersetzung“ ist jedoch sehr zeit- und kostenintensiv. Aus diesem Grund bieten Bildungseinrichtungen Kurse an, wo Interessierte das Zertifikat „Leichte Sprache“ erlangen können.

Wir schlagen deshalb vor, dass ein Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle sowie der Regionalgeschäftsstellen, einen Lehrgang besucht und dann alle parteiwichtigen Informationen, wie Kurzform Wahlprogramm, Einladungen, Grundsätze unserer Partei und die Beschlüsse der SPD Sachsen, in Leichte Sprache übersetzen kann.

Parteilieben

1 **Antrag: P 05**
2 **Votum der Antragskommission: Diskussion**
3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller: ASF Sachsen**
7

8 **Thema: Aufstellung der sächsischen Liste zu den Bundestagswahlen**
9

10 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

11
12 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, bei seinem Vorschlag an die kommende Landeswahlkonferenz zur Aufstellung der sächsischen Landesliste für die Bundestagswahl 2017 die erste Stelle mit einer Frau besetzen.
13
14
15

16 **Begründung:**
17

18 Die Landesliste für die Bundestagswahl 2013 wurde von einem Mann angeführt.
19 Wegen der Gleichberechtigung und als Zeichen der politischen Wertschätzung soll deswegen in 2017 eine Frau den Listenplatz 1 erhalten.
20

Parteileben

Antrag: P 06
Votum der Antragskommission: Diskussion
Votum des Parteitags:

Antragsteller: AG Selbstaktiv Sachsen

Thema: Inklusionsbeauftragte des SPD-Landesparteivorstandes

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der SPD-Landesvorstand wählt aus dem Kreis seiner stimmberechtigten Mitglieder mindestens zwei "Inklusionsbeauftragte".

Die zu wählenden/berufenden Inklusionsbeauftragten sollen ausdrücklich nicht nur auf die Belange von Menschen mit Behinderung begrenzt sein. Sie sollen im Landesparteivorstand Ansprechpartner für Folgendes sein:

- Menschen mit Behinderung und deren Selbsthilfeorganisationen
- Menschen mit Migrationshintergrund und deren Selbsthilfeorganisationen
- Menschen mit einer anderen sexuellen Lebensgestaltung deren Selbsthilfeorganisationen
- Senioren und Seniorinnen
- Menschen in Armut bzw. von Armut bedroht sind

Die Inklusionsbeauftragten haben unter anderem die Aufgabe die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu begleiten und zu überwachen. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Veranstaltungen der SPD Sachsen für alle Menschen in ihrer Vielfältigkeit barrierefrei erreichbar sind und durchgeführt werden. Veranstaltungsorte und Caterings dürfen für Menschen in Armut bzw. von Armut bedrohten Menschen nicht zu sozialen Barrieren werden.

Begründung:

Der Landesverband der sächsischen SPD soll in Deutschland die erste inklusive Parteigliederung in der SPD Deutschland werden.

In einigen Kreisverbänden und Unterbezirken wurden in den letzten 2 Jahren Inklusionsbeauftragte berufen bzw. gewählt. Alle der Untergliederungen in der SPD Sachsen, die diesen Schritt gegangen sind, konnten und feststellen, dass dadurch eine stärkere Berücksichtigung der Menschen mit Behinderungen gelungen ist und diese Menschen sich aktiver in die SPD-Basisarbeit eingebracht haben.

Die Einführung dieses Amtes auch auf Landesebene wird die Arbeit des Landesvorstandes der Partei erleichtern, denn Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe der SPD.

Parteilieben

Antrag: P 07

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags:

Antragsteller: AG Selbstaktiv Sachsen

Thema:

Umgang mit psychisch erkrankten Genossinnen und Genossen in der SPD Sachsen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen,

dass der Umgang mit psychisch erkrankten Genossinnen und Genossen in der SPD Sachsen überdacht und ggfs. verändert wird. Der Landesparteivorstand soll einen Verhaltenskodex für den Umgang mit psychisch erkrankten Genossinnen und Genossen in unserer Partei erarbeiten. Hierbei sollen insbesondere die Erfahrungen der psychisch erkrankten Genossinnen und Genossen in unserer Partei berücksichtigt werden.

Begründung:

Der Landesverband der sächsischen SPD soll in Deutschland die erste inklusive Parteigliederung in der SPD Deutschland werden.

Es wurde die Erfahrung gemacht, dass Menschen mit einer psychischen Erkrankung in unserer Partei sich ausgegrenzt und nicht dem Grundsatz der gesellschaftlichen Inklusion entsprechend behandelt fühlen. Viele psychisch erkrankte Genossinnen und Genossen leisten hervorragende ehrenamtliche Arbeit in unserer Partei. Sie fühlen sich aber nicht entsprechend behandelt und wertgeschätzt.